Dieses Buch ist eine Fundgrube !

Ich stieß darauf, als ich irgendwo las, daß Herbert Wehner, der Ex-Kommunist und spätere Fraktionsvorsitzende der SPD im Bundestag seiner ehemaligen Genossin Buber-Neumann die Veröffentlichung dieses Buches niemals verziehen habe.

Ein schonungsloser Bericht in der Rückschau aus der Sicht einer Idealistin, deren es so viele damals gab. Jeder mag allerdings andere Lehren daraus ziehen.

Einleitung, Kapitel 1 bis 5 und 31, in dem Herbert Wehner auftaucht wie die dazugehörenden Anmerkungen werden hier vorgestellt. Sie könnten das Interesse für dieses Buch erneut wecken. Es ist immer noch preiswert in Antiquariaten zu finden . . .

Margarete Buber-Neumann, geboren 1901 in Potsdam, kam Ende des Ersten Weltkriegs über die Freideutsche Jugendbewegung in Verbindung mit links-sozialistischen Kreisen, trat 1921 in den kommunistischen Jugendverband ein und 1926 in die KPD. Nach erster Ehe mit Rafael Buber, dem Sohn des bekannten jüdischen Religionsphilosophen Martin Buber, begegnete sie 1929 ihrem späteren Lebensgefährten, Heinz Neumann, einem der führenden Männer der KPD. Nachdem Neumann 1932 in Opposition zu Stalins Deutschlandpolitik geraten und seiner Funktionen in der KPD enthoben worden war, lebte sie mit dem Geächteten in Moskau das traurige Leben politisch Ausgestoßener, bis Neumann 1937 von der NKWD verhaftet wurde und spurlos verschwand. Ein Jahr später wurde sie selbst nach Sibirien verschickt. Aufgrund des Stalin-Hitler-Paktes wurde sie 1940 mit 500 Häftlingen der Gestapo ausgeliefert und in das Frauen-KZ Ravensbrück deportiert. Heute lebt sie als politische Publizistin in Frankfurt am Main. Ihren Lebensweg schildert Margarete Buber-Neumann in den bereits in sechzehn Sprachen erschienenen Büchern »Als Gefangene bei Stalin und Hitler« (1948) und »Von Potsdam nach Moskau« (1957). Ihr drittes Buch, »Kafkas Freundin Milena«, erschien 1963. Es erzählt die Lebensgeschichte der mit Kafka befreundeten tschechischen Schriftstellerin Milena Jesenska, die im KZ bis zu ihrem Tode Margarete Buber-Neumanns engste Freundin war.

Seewald Verlag Stuttgart-Degerloch

Buber-Neumann

Kriegs-schauplätze der Welt-revolution

ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919–1943

Seewald

Margarete (1901-1989) im Jahre 1934.

Margarete Buber-Neumann

Kriegsschauplätze der Weltrevolution

Ein Bericht aus der Praxis der Komintern 1919-1943

Seewald Verlag
Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten. © Seewald Verlag Dr. Heinrich Seewald, Stuttgart-Degerloch 1967. Schutzumschlag und Einband von Hela Seewald. Fotos: Süddeutscher Verlag 18, Ullstein 5, Associated Press 1, »Spiegel«-Archiv 1. Gesamtherstellung Buchdruckerei Wilhelm Röck, Weinsberg. Printed in Germany

Inhalt

Einleitung: Das tödliche Mißverständnis		7
1.	Die Komintern – Ein Instrument Lenins	12
2.	Der Kapp-Putsch	27
3.	Zweimal Sinowjew	35
4.	»Vor Leuna sind viele gefallen . . .«	45
5.	Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück	59
6.	Wie wird man Berufsrevolutionär?	67
7.	Das Ende der heroischen Epoche	77
8.	Einheitsfront mit Rechts	84
9.	Sowjetische Geheimemissäre	96
10.	Zu spät gezündet	106
11.	Fraktionskämpfe sind Machtkämpfe	118
12.	Die jungen Bolschewiken	126
13.	Straßenzelle X	137
14.	Von links bis ultralinks	145
15.	Das zehnte Jahr der Komintern	171
16.	Der Kampf um China	182
17.	Der Kantoner Aufstand	207
18.	»Die relative Stabilisierung«	229
19.	Begegnung mit Heinz Neumann	243
20.	Die KPD auf Linkskurs	251
21.	Kommunisten sind auch Menschen	259
22.	»Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!«	267
23.	Stalin zieht die Schraube an	274
24.	Moskau und die farbige Welt	299
25.	Ein verhängnisvolles Bündnis	308
26.	Eine Republik und ihre Totengräber	321
27.	Berufsrevolutionäre z. b. V.	346
28.	Auftrag in Spanien	362
29.	Faschismus im Vormarsch	396
30.	Die Komintern putscht in Brasilien	417
31.	Der Wolf frißt Kreide	431
32.	Die große Säuberung	443
33.	Das Ende der Komintern	477
Anmerkungen		493
Literatur- und Quellenverzeichnis		506
Verzeichnis der Abkürzungen		508
Sachregister		510
Personenregister		516

Einleitung

Das tödliche Mißverständnis

Hat in meinen früheren politischen Büchern das Selbsterlebte, Selbsterfahrene im Mittelpunkt gestanden, so wird die Darstellung im folgenden über die Grenzen des Autobiographischen weit hinausgehen. Wo es überhaupt noch in Erscheinung tritt, ist es nichts als Illustration zum Zeitgeschehen, Bemühung, die Wirkung dieses Geschehens in einer ganz bestimmten Form auf einen Menschen sichtbar zu machen. Nicht anders verhält es sich mit der Gestalt des deutschen Kommunisten und Kominternfunktionärs Heinz Neumann. Sie steht stellvertretend für viele Funktionäre, deren Schicksale in Bahnen verliefen, die denjenigen des seinen sehr ähnlich sind.

Wenn aber auch in diesem Buch Zeitgeschehen die entscheidende Rolle spielt, so war doch weder eine umfassende Geschichte der Komintern noch der KPD beabsichtigt. Das zentrale Thema ist der Kampf um die Weltrevolution, vornehmlich in seinen kriegerischen, bewaffneten Phasen. Das Buch berichtet von einigen Kriegsschauplätzen der Weltrevolution, und es berichtet von Menschen, die in diese Kämpfe eingriffen oder in sie – manchmal gegen ihren Willen – verstrickt wurden. Es handelt von Akteuren, von Soldaten der Weltrevolution – und es handelt von Opfern.

Dieser Kampf ist in unserer Zeit der blutigste Beweis für die Unvereinbarkeit von Theorie und Wirklichkeit. Mögen die Opfer im heißen Krieg um die Weltrevolution auch nicht zu Millionen gefallen sein, so steigert sich ihre Zahl doch um ein Vielfaches durch die Zahl der Gemordeten des kalten Terrors – in Sowjetrußland, und in allen Ländern, die in den russischen Machtbereich gerieten. Auch die Millionen Toten und Verschollenen der Zwangskollektivisierung, der Großen Säuberung und der zahllosen »kleinen« Säuberungen, die ihr vorangingen und die ihr folgten und bis zum heutigen Tage folgen, in Sowjetrußland, in China, in den Staaten des Ostblocks; auch diese Opfer sind auf einem Schlachtfeld der Weltrevolution gefallen.

Es war die feste Überzeugung Lenins – und mit ihm die der anderen Bolschewiki, vor allem Trotzkis, daß die Revolution nur dann zum endgültigen Erfolg geführt werden könne, wenn siegreiche Revolutionen in anderen Ländern sich der gewonnenen russischen anschlössen. Das durch den verlorenen Krieg geschwächte Deutschland schien das Land zu sein, das als erstes Lenin und den neuen Herren in Moskau die Gewähr für eine solche siegreiche Revolution zu bieten schien, und sie hielten den Industriestaat im Herzen Europas vor allem für

zur absoluten Macht befindliche Führer im Kreml begriffen hatte, wie wenig mit den alten Methoden die Weltrevolution zum Siege zu führen sei.

Doch nicht das Ziel wurde aufgegeben, nur die Kampfmethoden änderten sich. Nach wie vor ging es um den Sieg der Weltrevolution, aber man hatte in Moskau begriffen, daß es weit, weit langsamer gehen werde, bis man sein Ziel erreichte, und daß es nur auf Schleichpfaden, auf ausgeklügelten Umwegen zu erreichen war.

Den kommunistischen Arbeitern teilte man diese neuen Erkenntnisse allerdings nur selten mit. In Deutschland glaubten die meisten von ihnen bis zu dem Tage, an dem Hitler die Macht übernahm, fest daran, daß ihr Mut und ihr unermüdlicher Einsatz ein kleiner Beitrag wären zum Sieg der Revolution, der, wie ihnen ihre Führer immer wieder versicherten, doch nahe bevorstehen müsse. Und auch das ist ein Teil der Tragödie, von der dieses Buch berichten soll.

Das qualvolle und sinnlose Ringen um die Weltrevolution, die Vergewaltigung der Wirklichkeit und die Vielzahl an Menschenopfern, mit denen diese Vergewaltigung bezahlt wurde, waren weniger das Werk der kommunistischen Ideologie, wie so oft behauptet wird, als das Werk der bolschewistischen Partei, und diese Partei war das Werk eines einzigen Mannes: Wladimir Iljitsch Lenin. Welche Rolle Lenin aber dieser seiner Partei zugedacht hatte, geht aus folgenden Worten hervor, die seiner berühmten Broschüre »Was tun?« entstammen: »Die Geschichte aller Länder lehrt, daß sich die Arbeiterklasse aus eigenen Kräften nur zu einem trade-unionistischen Bewußtsein durchzuringen vermag, das heißt, sie gelangt zu der Überzeugung von der Notwendigkeit, sich zu Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf mit den Unternehmern zu führen, von der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze zu fordern usw. Die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung führt zu ihrer Unterwerfung unter die bürgerliche Ideologie . . . weil die spontane Arbeiterbewegung ein Trade-Unionismus ist . . .[4]« Die Arbeiterklasse war also nach Lenins Ansicht von Natur aus unfähig, revolutionäres Bewußtsein zu entwickeln. Das Werk der Befreiung des Proletariats, so etwa fährt Lenin fort, mußte den Berufsrevolutionären übertragen werden, einem Vortrupp, bestehend aus unbedingt zuverlässigen, jedem Befehl des Zentralkomitees blind gehorchenden Praktikern des revolutionären Kampfes – kurz, den Funktionären der bolschewistischen Partei. Was bewiese wohl schlüssiger, daß es Lenin von vornherein nicht um die viel beredete Diktatur des Proletariats ging, sondern einzig und allein um die Diktatur seiner Partei? Stalin fiel es später lediglich zu, die Diktatur des Politbüros der Partei durch die persönliche Diktatur zu ersetzen. Nach seinem Tode übernahm die Partei und ihr Politbüro wiederum die alte Funktion und hat sie bis heute nicht aufgegeben. Die Toten der Weltrevolution fielen nicht einem tragischen Irrtum zum Opfer; sie wurden von den Führern der bolschewistischen Partei zur Schlachtbank geführt.

Zwangsläufig mußten diese Auffassungen Lenins zu einer totalen Übereinstimmung von Partei, Staat und Ideologie führen. Die dominierende Rolle in dieser Dreieinigkeit fiel naturgemäß der Partei zu, denn die Partei bestimmte, was Ideologie war, und die Partei übernahm sämtliche Funktionen des Staates. Zu diesen Funktionen gehört auch die Ausübung der Militärmacht, und was die Rote Armee

gegen Ende des Zweiten Weltkrieges mit ihren Bajonetten in die Länder brachte, die sie besetzte, das waren die Ideologie und die Regierungsmethoden der allmächtigen bolschewistischen Staatspartei. Wie in Rußland Schauprozesse und Säuberungen erbarmungslos die Reihen der Bevölkerung gelichtet hatten, so setzte dieser Prozeß gleich nach der Errichtung der kommunistischen Satelliten auch in den Ostblockländern ein. Auf diese Weise war auch der Zweite Weltkrieg zu einem Schlachtfeld der Weltrevolution geworden.

Die größte Zahl der Opfer forderte der Sieg der kommunistischen Sache in China, entsprechend der riesigen Bevölkerungsziffer und der besonderen Brutalität der Sieger. Mao ist ein *Kommunist*, der sich weitergehend als andere Kommunisten der Unterstützung durch die Bauern bedient haben mag, um seine Revolution zum siegreichen Ende zu führen, er ist jedoch nicht ein *Agrarrevolutionär*, dessen Programm gewisse kommunistische Einflüsse nicht verleugnen kann. Maos Revolution war eine kommunistische Revolution, Maos China ist ein kommunistischer Staat, seine Methoden sind kommunistische Methoden. Er hat fast noch ausschließlicher als sein Vorbild Stalin die Diktatur der Partei durch die persönliche Diktatur ersetzt. Wehe der westlichen Welt, wenn sie sich dieser Wahrheit verschließen sollte! Wehe ihr, wenn sie ihre Hoffnungen gar auf eine bewaffnete Auseinandersetzung zwischen den beiden mächtigsten Staaten des kommunistischen Blocks setzen sollte, wenn sie glauben sollte, den einen oder den anderen um dieser Unstimmigkeit willen auf ihre Seite ziehen zu können! Es handelt sich bei diesem Konflikt um nicht mehr als einen Fraktionskampf im Weltmaßstab, der sich für die westliche Welt nur insofern günstig auswirken kann, als er zwangsläufig beide Staaten und damit das gesamte kommunistische System schwächen muß. Von ihm jedoch die Lösung des folgenschwersten Konfliktes unserer Zeit zu erwarten, ist nichts weiter als höchst gefährliches Wunschdenken.

Wie sehr ist unsere westliche Welt zum Wunschdenken bereit! Es ist eine einfache, allzu einfache Rechnung, die allenthalben aufgestellt wird: Unter Lenin war es notwendig, Terror auszuüben, wollte man die Errungenschaften der Revolution erhalten und wirksam gegen ihre Feinde verteidigen; Stalin erhob den Terror zum Selbstzweck, war folglich ein »Verbrecher«; unter seinen Nachfolgern, vornehmlich unter Chruschtschow, der mit seinem Verdammungsurteil über Stalin der geistige Vater dieser fatalen Milchmädchenrechnung ist, ließ der Terror nach, die wirtschaftlichen Verhältnisse begannen sich zu bessern, und anscheinend bessern sie sich weiter, wie die unermüdlichen »Touristen« berichten – warum soll man es da nicht mit der Koexistenz versuchen? Wie leicht findet sich unsere freie Welt bereit, die Vergangenheit zu vergessen, die Gegenwart nicht wahrzunehmen und an die Zukunft nicht zu glauben! Ist es so schwer zu begreifen, daß auch Korea, Afrika, Vietnam Schlachtfelder der Weltrevolution – und wohl ihre blutigsten – sind?

Der historische Reifeprozeß der Menschheit hat es, nach Jahrhunderten der Aufklärung, des Fortschritts, der Liberalisierung, nicht verhindern können, daß im 20. Jahrhundert eine politische Partei es wagen darf, die Argumente ihrer fraktionellen Auseinandersetzungen mit Leichenhaufen zu untermauern, daß fana-

tische Anhänger versuchen dürfen, die unbewiesenen Behauptungen ihres Meisters mit Hekatomben von Opfern zu beweisen. Ein wesentliches Dilemma unserer Zeit liegt darin, daß es oft gerade diejenigen sind, die sich den aufgeklärtesten, fortschrittlichsten, liberalsten Ideen verpflichtet fühlen, die mit denen gemeinsame Sache machen, welche, wie Jules Monnerot schrieb, sich des »psychologischen Imperialismus erobernder Sekten bedienen[5]« und in seinem Namen morden. An der Wiege des Sozialismus stand voran die Hoffnung, und sie war gewiß nicht fern, als die Idee der Weltrevolution aus der Taufe gehoben wurde. Aber es ist das Schicksal des hoffenden Menschen, daß er sich seiner Wirklichkeit entfremden muß. »Er bekommt Augen, die vieles übersehen, Ohren, die manches überhören[6].« Es sind diese veränderten Organe von Sinnen, deren Funktion sich wandelte, die so viele Fortschrittsgläubige bis zum heutigen Tage daran gehindert haben zu erkennen, daß die Geschichte ihnen keine würdigere Rolle zugedacht hat als die, Reisigbündel zu sein, mit denen das Feuer der Weltrevolution entfacht wird, jenes Feuer, das sie als erste verzehren wird. Eine gefährliche Krankheit unserer Zeit ist die geistige Farbenblindheit. Ist sie heilbar?

1

Die Komintern - Ein Instrument Lenins

Der Sturz des deutschen Kaiserhauses am 9. November 1918 war von Lenin und den Bolschewiki in Petrograd mit Begeisterung aufgenommen worden. Nur wenige von ihnen hegten Zweifel daran, daß sich die Vorgänge der russischen Oktoberrevolution in Deutschland wiederholen würden, daß das Proletariat unter Führung der Spartakusgruppe nun auch in Deutschland die Macht an sich reißen werde, damit die Voraussetzung schaffend, die Lenin als eine wesentliche Garantie für die endgültige Festigung der bolschewistischen Macht in Rußland betrachtete. Daß sich diese Erwartungen nicht erfüllen würden, mußte den Bolschewiki sehr rasch klar werden, ja, es ging bereits aus einem Funkgespräch hervor, das Karl Radek, der Mitarbeiter Lenins, der wohl der hervorragendste Kenner deutscher Verhältnisse war, nur einen Tag nach dem Umsturz in Deutschland von Petrograd aus mit Hugo Haase, dem Vorsitzenden der Unabhängigen Sozialdemokraten, in Berlin führte. Radek hatte Haase die Unterstützung durch die Bolschewiki angeboten, aber Haase hatte das großzügige Angebot mit außerordentlicher Kühle und Zurückhaltung abgewiesen [1].

Lenin erkannte rasch, daß die politische Situation nach dem verlorenen Kriege nicht ausreichte, um dem deutschen Proletariat den Sieg in den Schoß fallen zu lassen. Auch in Deutschland mußte, wie in Rußland, zunächst also eine Elitepartei gebildet werden und die Führung der proletarischen Massen übernehmen, die nach Lenins Ansicht von Natur aus unfähig waren, ohne diese Führung ihre Befreiung zu erkämpfen. Nicht ohne Geburtswehen kam diese Partei dann auch einen Monat später zur Welt.

Schon auf ihrem zweiten, dem sogenannten Heidelberger Parteitag vom 20. bis 24. Oktober 1919 hatte die junge Partei einen schweren Rückschlag erlitten. An drei Fragen vor allem, einer Betonung der nationalen Interessen, die von den Hamburgern Wolffheim und Laufenberg gefordert wurde, der Beteiligung an parlamentarischen Wahlen, gegen die sich eine starke linke Opposition aussprach, und an der Annahme von außerordentlich scharf formulierten und eine weitgehend zentralisierte Parteiführung fordernden Thesen entzündeten sich die Geister. Der größte Teil der Oppositionellen verließ Parteitag und Partei und schloß sich zur Kommunistischen Arbeiterpartei (KAPD) zusammen. Ähnliche Differenzen zwischen den Verfechtern einer ultralinken und jenen einer gemäßigteren Linie im Kampf gegen den Kapitalismus kennzeichneten die Politik der KPD in den ersten anderthalb Jahren ihres Bestehens.

Diese Uneinheitlichkeit war keineswegs verwunderlich, da schon unter ihren Gründern, den Anhängern des Spartakusbundes und den Mitgliedern der »Internationalen Kommunisten Deutschlands«, tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten bestanden hatten. Der Spartakusbund, der sich während des Ersten Weltkrieges gebildet hatte und zu dessen Führern Karl Liebknecht, Franz Mehring, Rosa Luxemburg und Leo Jogiches gehörten, unterschied sich in Fragen der politischen Taktik von Anfang an von den Bremer »Internationalen Kommunisten«, den Anhängern der Leninschen Richtung in der internationalen Sozialdemokratie. Schon in den ersten Kriegsjahren hatte die Bremer Gruppe zu einer Abspaltung von der SPD gedrängt. Rosa Luxemburg, als Führerin des Spartakusbundes, wandte sich jedoch damals gegen diese Absichten.

Trotzdem kam es Anfang 1917 zur organisatorischen Trennung von der alten Sozialdemokratie. Es spalteten sich nicht nur der Spartakusbund und die Bremer Linken ab, sondern auch die Richtung Haase-Ledebour, die späteren Führer der Unabhängigen Sozialdemokraten (USPD). Zwischen dem Spartakusbund und der Haase-Ledebour-Richtung bestanden weniger tiefgehende politische Meinungsverschiedenheiten als zwischen den Spartakisten und den Bremer Linken, aber trotzdem waren sie sich spinnefeind. Rosa Luxemburg schrieb am 31. März 1917 im »Kampf«, daß die Unabhängigen und die Spartakusleute »zusammengehörige Erbstücke der deutschen wie der internationalen Sozialdemokratie« seien, wobei »die ersten der bisherigen Praxis und die letzteren den theoretischen Zukunftsaufgaben der alten Sozialdemokratie« entsprächen. Eben daher stamme der schroffe Gegensatz der beiden Richtungen[2].

Noch während des Krieges, im Juli 1918, drohte die »Arbeiterpolitik«, die Zeitung der Bremer Linken, es werde jetzt, entweder mit Mehring und seinen Freunden oder ohne sie, zur Gründung einer Kommunistischen Partei Deutschlands kommen. Die Bremer »Internationalen Kommunisten« waren ihrer Sache deshalb so sicher, weil sie wußten, daß die russischen Bolschewiken, die neun Monate zuvor die Staatsmacht erobert hatten, sich bei vielen Arbeitern Deutschlands schon deshalb großer Sympathien erfreuten, weil Deutschland und andere kapitalistische Länder gegen die junge Sowjetrepublik zu Felde zogen. Außerdem ging von der bloßen Tatsache der siegreichen Revolution die Überzeugung von der Richtigkeit der bolschewistischen Taktik aus, denn den Bolschewiken war es ja gelungen, in Rußland die Staatsmacht zu erobern. Die für den Kommunismus günstige Stimmung erhielt einen weiteren Auftrieb durch die Propagandaliteratur, die die Russen in Deutschland verbreiten ließen.

Da es unter diesen Umständen auf alle Fälle zur Gründung einer kommunistischen Partei gekommen wäre, entschied sich der Spartakusbund, daran teilzunehmen, wahrscheinlich in der Hoffnung, der neuen Partei sein Gepräge geben zu können. Zum Jahreswechsel 1918/19 schloß sich der Spartakusbund mit den »Internationalen Kommunisten« zur »Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)« zusammen. Doch schon auf dem Gründungsparteitag traten die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten der beiden Gruppen erneut zutage. Während die »Internationalen Kommunisten Deutschlands« eine extrem antiparlamentarische und antigewerkschaftliche Politik verfochten, vertrat Rosa Luxem-

burg, als Wortführerin des Spartakusbundes, Ideen eines humanistischen Sozialismus und nahm in der Frage der Revolution, der Machtergreifung durch das Proletariat, einen wesentlich anderen Standpunkt ein als die russischen Bolschewiken. Ihrer Meinung nach durfte die Partei nur durch die Massen der Arbeiter zur Herrschaft kommen und niemals, wie im Oktober 1917 in Rußland, als eine Minderheit, die der Mehrheit des Proletariats ihre Politik aufzwang. In anderen Fragen, die die Verwirklichung des Sozialismus anbetrafen, vor allem in den Fragen der nationalen Minderheiten und der Bauern, vertrat Rosa Luxemburg allerdings einen noch extremeren Standpunkt als die Bolschewiki.

Der Gründungsparteitag der KPD glich, was seine Delegierten und Teilnehmer anbetraf, einer bunt zusammengewürfelten Gesellschaft, und so wurden viele seiner Beschlüsse reine Zufallsentscheidungen. Um am 1. Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte, der am 16. Dezember 1918 in Berlin eröffnet wurde, teilzunehmen, war der Vertreter der Russischen Kommunistischen Partei (RKP), Karl Radek, bereits im November nach Berlin gekommen. Als jedoch Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Teilnahme am Rätekongreß verweigert worden war, blieb Radek aus Protest der Tagung fern. Aber auch am Gründungskongreß der KPD konnte er nicht teilnehmen, denn inzwischen saß er bereits als Häftling im Berliner Untersuchungsgefängnis Lehrterstraße. Doch Radek war nicht der Mann, sich durch solche Kleinigkeiten von politischer Einflußnahme abhalten zu lassen. So gelang es ihm vor allem, durch geschickte Verhandlungstaktik die Unstimmigkeiten zwischen Spartakusbund und Bremer Gruppe, die neben Rosa Luxemburgs Einwänden das wesentlichste Hemmnis für eine Parteigründung gebildet hatten, aus dem Wege zu räumen.

Rosa Luxemburg allerdings war über das Auftreten Radeks keineswegs erfreut. Sie faßte ihren politischen Widerwillen gegen den polnischen Landsmann in folgende scharfe Worte zusammen: »Wir brauchen keinen ›Kommissar für Bolschewismus‹; die Bolschewiken mögen mit ihrer Taktik zu Hause bleiben . . .[3]« Rosa Luxemburgs Abneigung gegen Karl Radek lagen jedoch nicht nur politische, sondern auch moralische Bedenken zugrunde. In ihren Augen war er ein Zyniker und Machiavellist.

Man kann also durchaus sagen, daß die KPD bei ihrer Gründung sich noch keineswegs auf einer orthodoxen Leninschen Linie befand, was wohl vor allem an Rosa Luxemburg lag, die sich überhaupt nur zögernd dazu hatte entschließen können, der Parteigründung zuzustimmen, weil sie den Zeitpunkt für verfrüht hielt. Auch gegen den Plan der Bolschewiki, schon jetzt eine neue Internationale ins Leben zu rufen, in der alle kommunistischen Parteien zusammengeschlossen sein sollten, nahm sie entschieden Stellung. Sie hielt die Gründung der III. Internationale für gefährlich, solange in ihr, »bei der Zurückgebliebenheit der westlichen revolutionären Parteien, die Bolschewiki den Ausschlag gaben . . .[4]«

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden zwei Wochen nach der Gründung der KPD, am 15. Januar 1919, von Mitgliedern rechtsradikaler Freikorps ermordet. Wäre Rosa Luxemburg am Leben geblieben, hätte sich mit aller Wahrscheinlichkeit nicht nur die KPD, sondern möglicherweise die gesamte deutsche Arbeiterbewegung in einer anderen Richtung entwickelt. Nach ihrem Tode wurde Paul

Levi der leitende Mann in der Zentrale der KPD (Spartakusbund). Sehr bald sollte sich jedoch herausstellen, daß auch Levi, ein echter Revolutionär, den Lenin hochschätzte, die feste Absicht hatte, eine selbständige deutsche Politik in der KPD durchzuführen.

Zwei Monate nach der Gründung der KPD, vom 2. bis 19. März 1919, wurde in Moskau von einer Handvoll europäischer Linker die III., die Kommunistische Internationale ins Leben gerufen. Im August 1919 erschien die erste Nummer der Zeitschrift »Die Kommunistische Internationale«, die gleichzeitig in russischer, französischer, englischer und deutscher Sprache herauskam. »Proletarier aller Länder vereinigt Euch!« stand als Motto auf dem Deckblatt. Der Leitartikel stammte von Lenin selbst. »Die weltgeschichtliche Bedeutung der III. Internationale«, hieß es darin, »besteht darin, daß sie begann, die große Losung Marx' im Leben zu verwirklichen, die Losung, die der jahrhundertelangen Entwicklung des Sozialismus und der Arbeiterbewegung die Bilanz zieht, die Losung, die im Begriffe Diktatur des Proletariats ihren Ausdruck findet. Dieser geniale Vorausblick, diese geniale Theorie wird Wirklichkeit . . . Eine neue Epoche der Weltgeschichte hat begonnen. Die Menschheit wirft die letzte Form der Sklaverei von sich, die kapitalistische oder die Lohnsklaverei. Indem sie sich von dieser Sklaverei befreit, geht die Menschheit zum ersten Mal zu wahrer Freiheit über . . .«

Außer diesen wenigen Sätzen voller Pathos ist Lenins Artikel trocken und rechthaberisch, und der Verfasser belfert gegen alle Sozialisten, die nicht seiner politischen Meinung sind. Über die Führer der SPD hatte er folgende Ansicht: ». . . Gegen das zweite Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts steht an der Spitze der universell mustergültigen marxistischen Arbeiterpartei Deutschlands ein Häuflein Erzhalunken, das denkbar schmutzigste Gesindel, das sich dem Kapitalismus verkauft hat, von Scheidemann und Noske bis David und Legien, die widerlichsten Henker aus der Arbeiterklasse im Dienste der Monarchie und der gegenrevolutionären Bourgeoisie . . .[5]« Diese bösartige Tonart Lenins wurde bald in allen Parteien der Kommunistischen Internationale zum Jargon erhoben.

Das Pathos, das dem Artikel Lenins fehlte, besaß der nächste Beitrag in um so reichlicherem Maße[6]. Sein Verfasser, der frischbackene Generalsekretär der Komintern, Grigori Sinowjew, überschrieb ihn: »Die Perspektiven der proletarischen Revolution.« Es war ein Pamphlet voller Zukunftsgläubigkeit, geeignet, beim unkritischen Leser einen Wust von Emotionen und romantischen Vorstellungen auszulösen, ihn von der Zauberkraft der Revolution zu überzeugen und ihm jeden Zweifel daran zu nehmen, daß die Kommunisten fähig sind, über Nacht ein Paradies auf Erden zu schaffen: ». . . Jetzt ist es bereits allzu klar, daß die revolutionäre Bewegung in Europa . . . weit schneller vor sich geht, als das die selbst größten Optimisten auf dem Moskauer Kongreß der Dritten Internationale erwarteten. Die Feuersbrunst des Bürgerkrieges loht in ganz Europa . . . Der Sieg des Kommunismus in ganz Deutschland ist durchaus unvermeidlich . . . Und das in den nächsten Monaten, vielleicht sogar Wochen. Die Bewegung geht so schwindelerregend vorwärts, daß man mit Gewißheit sagen kann: Nach Jahresfrist werden wir bereits zu vergessen beginnen, daß es in Europa einen Kampf für den Kommunismus gegeben hat, denn nach einem Jahr wird ganz Europa kommuni-

stisch sein. Und der Kampf für den Kommunismus wird sich bereits auf Amerika, vielleicht auch auf Asien und die anderen Erdteile hinüberwerfen ... Der Vorstoß gegen die Festen des Kapitals hat begonnen. Und er wird mit unserem vollständigen Siege enden. Wir hören schon das Krachen der zusammenbrechenden Bauten des kapitalistischen Europa. Die proletarische Revolution wird ihren Siegeslauf von Land zu Land nehmen ... Unter der Fahne der Dritten Internationale wird die Arbeiterklasse in der ganzen Welt siegen ...[7]«

Auf den nächsten Seiten dieses Heftes steht in den »Richtlinien der Kommunistischen Internationale«, die auf dem Gründungskongreß in Moskau angenommen wurden, in beschwörendem Ton: »... Der Menschheit, deren ganze Kultur jetzt in Trümmern liegt, droht die Gefahr vollständiger Vernichtung. Es gibt nur eine Kraft, die sie retten kann, und diese Kraft ist das Proletariat ... Das Endresultat der kapitalistischen Produktionsweise ist das Chaos ... Die Arbeiterklasse ... muß eine wirkliche Ordnung schaffen ... sie muß die Herrschaft des Kapitals brechen, die Kriege unmöglich machen, die Grenzen der Staaten vernichten, die ganze Welt in eine für sich selbst arbeitende Gemeinschaft verwandeln, die Verbrüderung und Befreiung der Völker verwirklichen ... Der endgültige Sieg des Proletariats der Welt bedeutet den Anfang der wirklichen Geschichte der befreiten Menschheit ...« Mit welchen Mitteln die Komintern der Weltrevolution zum Siege verhelfen wollte, geht aus diesen 1919 erlassenen Richtlinien hervor: »Die Kommunistische Internationale ruft das ganze Weltproletariat zum letzten Kampfe auf. Waffe gegen Waffe! Gewalt gegen Gewalt[8]!«

Durch die kommunistischen Veröffentlichungen der damaligen Zeit zog sich der feste Glaube, daß nach der proletarischen Revolution die Entwicklung der Menschheit zu einer strahlenden Zukunft einfach nicht aufzuhalten sei, und Kommunisten wie linke Sozialisten lebten in den Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges in Vorstellungen dieser utopischen Gesellschaft. Bei der Gewinnung von Arbeitern und Intellektuellen für die Ideale des Kommunismus spielte jenes Wunschbild eine wesentliche Rolle. Die Behauptung, daß die Sowjetmacht oder die Diktatur des Proletariats die Gleichheit der Bürger ohne Rücksicht auf Geschlecht, Konfession, Rasse, Nationalität auf einmal und voll verwirklicht habe, hinterließ bei allen, die vom Wunsch um die Erringung einer besseren Welt erfüllt waren, einen tiefen Eindruck, ebenso wie die in den Richtlinien der Komintern niedergelegte Versicherung: »Die proletarische Diktatur wird die Trennung der physischen und geistigen Arbeit, die der Kapitalismus entwickelt hat, durch ihre Kooperation ersetzen und auf diese Weise Wissenschaft und Arbeit vereinigen[9].«

Für viele Intellektuelle bedeutete der Krieg von 1914 bis 1918 den endgültigen Zusammenbruch der alten Welt. In ihrer Ratlosigkeit wandten sie sich gläubig den Versprechungen der Kommunisten zu und setzten ihre ganze Hoffnung auf die Rettung der Kultur durch das Proletariat. Für diesen Glauben und diese Hoffnung war eine Erklärung symptomatisch, die der Schriftsteller und Journalist Alfons Paquet in Frankfurt am Main auf einer öffentlichen Versammlung der KPD im Juni 1919 abgab. In ihr hieß es: »Eine stolze Scheinkultur ist kläglich zusammengebrochen und hat nichts hinterlassen als das Chaos. Was war es denn, das

den Zusammenbruch unvermeidlich machte? Es war die Trennung der beiden Arbeiten, die nur in engem Zusammenwirken ein Gemeinleben begründen, der Arbeit um die äußeren Lebensbedingungen und der um den Lebensgehalt. Voneinander losgerissen, sind beide gleich losgerissen von ihrer Lebenswurzel, der Gemeinschaft. Nur vereint können wir wieder Wurzel fassen, daß eine edlere Kultur als Gemeingut aller wieder erwachse . . .« Doch Paquet war nicht nur ein Befürworter, er war auch ein Warner, allerdings ein zaghafter und mit Illusionen belasteter: »Ihr begegnet jedem bürgerlichen Anerbieten mit nur zu begründetem Mißtrauen . . . Aber wir treten ganz ohne Rückhalt auf eure Seite . . . Gemeinsam mit euch wollen wir es erstreiten, daß, mit den Spaltungen der wirtschaftlichen Klassen, der politischen Parteien, auch die letzten steilsten Mauern stürzen, die Seele und Seele, Geist und Geist voneinander scheiden . . . Unser Kampf darf allein der des Geistes um den Geist sein . . . Werdet ihr durch die Gewalt in die Gewalt mithineingerissen, so richten wir nicht, aber wir warnen. Ihr kämpft um die Diktatur eurer Klasse? Wen habt ihr zu fürchten, wenn ihr euer Bestes festhaltet, euren sieghaften Glauben an das Heil aller? Gelingt es, euren Hunger nach Freiheit mit dem Wissen um ihre geistigen Voraussetzungen mit dem reinen Willen der Wahrheit und des Rechts in lebendig schaffender Tatgemeinschaft zu vereinen, dann sind wir die Macht. Läßt euer gerechter Trotz, eure zukunftssichere Unverbrauchtheit sich durchströmen von den edelsten Kräften, die eine noch innerlich freie und aufrechte Geistigkeit allen bereitstellt, dann müssen alle falschen Trennungen fallen, dann hat es keinen Sinn mehr zu fragen, ob wir alle Bürger oder alle Proletarier sind. Tot sind die Klassen, frei ist der Weg zum freien Volk. Gleiche wir alle und Brüder . . .[10]«

In der bürgerlich-konservativen Welt von 1919 gab es nur wenige Menschen, die die Natur des Bolschewismus wirklich erkannten. Man lachte über die Narren im Kreml oder meinte, daß sich auch die Kommunisten sehr bald die Hörner ablaufen und dann ganz von selbst von ihren Methoden ablassen würden. Man ahnte nichts von der Dynamik der Ideen, die sie vertraten, konnte sich nicht vorstellen, welche Wirkung ihr fanatischer Haß, ihr revolutionärer Elan und ihre Diesseitsgläubigkeit auf breite Kreise ausüben würde. Menschen, die den Fortschritt bejahten, sahen in den Bolschewiki vor allem die Sieger über den Zarismus und damit die Befreier der russischen Bauern, und sie waren deshalb mit ganzem Herzen bereit, sich im Kampf für eine bessere Gesellschaftsordnung auf ihre Seite zu stellen.

Die Menschewiki jedoch, die einstigen Kampfgenossen der Bolschewiken und jetzt ihre Erzfeinde, kannten die neuen Machthaber aus langer, bitterer Erfahrung. Paul Axelrod schrieb 1919 anläßlich der Gründung der III. Internationale an »die schwedischen Genossen«: »Daß das Proletariat fast aller Länder das Regime der Gewalt blind verherrlicht und begrüßt, das im Namen und unter der Fahne des internationalen Sozialismus die russischen Arbeiter unterdrückt und sie aller Rechte beraubt, das ist eine tief traurige, beschämende und die Ehre der internationalen Sozialdemokratie herabsetzende Erscheinung . . . Ich erfahre soeben, daß man in Moskau einen ›internationalen Kongreß‹ einberuft, wohlverstanden aus Vertretern der Parteien und Gruppen, die die Regierung der bol-

schewistischen Sowjets bewundern ... Mit viel Pomp und Parade wird die bolschewistische Regierung es verstehen, ihren Gästen den unerschütterlichen Glauben an die Weltmission der russischen Bolschewiken beizubringen ... Man wird für die fremden Gäste Potemkinsche Dörfer errichten ...[11]«

Mit der Gründung der III. Internationale und dem kurzfristig erwarteten Ausbruch der proletarischen Revolution im außerrussischen Europa ergab sich für die Bolschewisten die Aufgabe, so rasch wie möglich in allen Ländern kommunistische Parteien zu schaffen, die als Träger der Revolution dienen sollten. Lenins Hauptaugenmerk richtete sich auf die Entwicklung in Deutschland, hoffte er doch, daß die deutschen Arbeiter dem russischen Beispiel in Kürze folgen würden.

Viele Menschen, die den Weltkrieg für die Wurzel allen Übels hielten, rechneten es dem Spartakusbund, aus dem die KPD vor allem hervorgegangen war, hoch an, daß er als einzige Gruppe schon während des Krieges in mutigen Streiks gegen die Fortsetzung des Völkermordens aufgetreten war. Die Kommunisten hielten sich nicht nur für die Nachfolger des Spartakusbundes, sie beanspruchten auch, die »direkten Fortsetzer der heroischen Anstrengungen und des Märtyrertums einer langen Reihe revolutionärer Generationen zu sein, von Babeuf bis Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ...[12]« Durch die Art, in der die Kommunisten über die heroische Geschichte ihrer Partei, von der selbstlosen Hingabe und dem Heldenmut der kämpfenden Genossen sowie von den Leiden ihrer Märtyrer berichteten, übten sie eine tiefgehende Wirkung auf die Gefühle ihrer Anhänger aus.

Das erste Jahr nach der Gründung der KPD und der Kommunistischen Internationale stand im Zeichen blutiger, revolutionärer Auseinandersetzungen. In Berlin kam es im Januar und im März 1919 zu erbitterten Straßenkämpfen, die tagelang andauerten und viele Opfer an Menschenleben forderten; über ganz Deutschland ging eine Welle von Streiks und Demonstrationen; in München wurde im März 1919 die Räterepublik ausgerufen und nach einigen Wochen blutig niedergeschlagen. Fast zur gleichen Zeit errichteten die Arbeiterparteien in Ungarn ebenfalls eine Räterepublik, die erst nach einigen Monaten zusammenbrach. Nur ein Teil dieser Aktionen stand unter der Führung der Kommunisten, doch um ihre Rolle als revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse herauszustreichen, behauptete die KPD in ihrer Berichterstattung und Propaganda sowie in der späteren Geschichtsschreibung, überall die alleinige Initiatorin dieser Revolten gewesen zu sein.

Der Agitation der KPD verlieh die Existenz Sowjetrußlands, dessen Hauptstadt Moskau Sitz der Kommunistischen Internationale war, eine besondere Anziehungskraft. Für viele Mitglieder der Linksparteien war Sowjetrußland Hoffnung und Garantie für den Sieg der Revolution, denn in ihrer Zukunftsgläubigkeit zweifelten sie nicht an dem von den russischen Revolutionären verkündeten Endziel, dem Kampf für die Weltrevolution, deren Sieg ein Zeitalter des Friedens einleiten würde.

Große Bedeutung für die spätere Entwicklung der Kommunistischen Partei Deutschlands sowie aller der Kommunistischen Internationale angeschlossenen Parteien kam dem im Juli 1920 nach Moskau einberufenen II. Weltkongreß zu.

Die frühen Weltkongresse der Komintern, diese Manifestationen des Internationalismus, waren nicht nur Arbeitstagungen. Man gestaltete sie in Moskau und Petrograd zu wahren Volksfesten. Am Abend des 19. Juli 1920, dem Eröffnungstag des II. Weltkongresses, wurde in Petrograd auf dem großen Platz vor dem Gebäude der Börse zu Ehren der III. Internationale ein Massenschauspiel inszeniert, in dem viertausend Menschen auftraten, Schauspieler, Soldaten, Matrosen und Arbeiter. Der Platz, der die Bühne darstellte, wurde mit Scheinwerfern von der Peter-Pauls-Festung und von Minenschiffen, die auf der Newa lagen, aus taghell erleuchtet. Das Theaterstück, dessen Idee und Entwurf von Maxim Gorki stammten, behandelte den Kampf der unterdrückten Klassen gegen die Herrschenden und als Krönung den Sieg der Revolution. Auf den unteren Stufen der breiten Treppe, die zur Börse hinaufführt, drängten sich Scharen von Sklaven; ganz oben standen die anmaßenden Vertreter der Ausbeuterklasse. In rhythmisch-mimischen Bewegungen beginnt es mit der Darstellung der französischen Kommune von 1871; die Unterdrückten, die Kommunarden, drängen nach oben, doch bleibt ihr Angriff erfolglos. Sie werden zurückgeschlagen und besiegt. Die nächste Szene spielt im Jahre 1914. Es erscheinen wild karikierte Vertreter der II. Internationale, alte glatzköpfige Männer, die sich mit dicken Büchern abschleppen, anstatt zur Tat zu schreiten. Der Erste Weltkrieg bricht aus, rote Fahnen werden zerfetzt und die II. Internationale landet auf dem »Misthaufen der Geschichte«. Über den Platz marschieren endlose Kolonnen feldmarschmäßig ausgerüsteter Soldaten, die Geschütze und Panzer mit sich führen. Der Krieg schlägt um in die Revolution, die Soldaten drehen die Gewehre um, vereinigen sich mit den Sklaven, stürmen gemeinsam die Treppe der Börse hinauf und verjagen die Unterdrücker. Dem folgt die sehr realistische Darstellung des Bürgerkrieges mit regulären Kavallerieangriffen und wilder Schießerei sowohl von Infanterie wie auch von Artillerie. Das Geheul aller Fabriksirenen Petrograds, der Donner der Kanonen von der Peter-Pauls-Festung verkünden schließlich den Sieg der Roten Armee. In die Säulenhalle der Börse treten, umglänzt vom Scheinwerferlicht, weißgekleidete Mädchen mit goldenen Fanfaren, und von Schiffen auf der Newa, die gegen Schluß des Schauspiels mit in das theatralische Geschehen einbezogen wurden, steigen kommunistische Delegierte der ganzen Welt in ihren Nationalkostümen, um der siegreichen Revolution zu huldigen. Auf dem Platz vor der Börse reichen sie sich dann die Hände mit den Arbeitern, Matrosen und Soldaten zu einem Freudentanz, während ein Feuerwerk in den Himmel steigt . . .

Diese Massenschauspiele entsprachen dem Befehl der bolschewistischen Führung, die bald nach der Revolution den »Theater-Oktober« proklamiert hatte. Das bedeutete, daß die historischen Ereignisse der Oktoberrevolution auf die Bühne übertragen werden sollten. Der russische Regisseur Eisenstein verwirklichte diese Forderung in seinem Monumentalfilm »Zehn Tage, die die Welt erschütterten«. Zur selben Zeit war eine militärische Order an das Theater ergangen, gegen alle unpolitischen oder gar konterrevolutionären Tendenzen bürgerlicher Kunst den Kampf aufzunehmen. Einer der Begründer und Oberkommandierender des neuen militanten Theaters war der bedeutende Regisseur Wssewolod Meyerhold, der auf das gesamte sowjetische Theaterleben fruchtbaren Einfluß

nehmen sollte, bis er mit dem Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre aufkommenden sozialistischen Realismus in Konflikt geriet und schließlich während Stalins »großer Säuberung« verhaftet wurde.

Doch schon mit dem Jahre 1920 fand in Sowjetrußland das Massentheater sein frühes Ende. Ein von Meyerhold entworfenes Schauspiel, das zur Feier des III. Weltkongresses der Komintern im Jahre 1921 geplant worden war, blieb unverwirklicht. An dieser Vorführung sollten, wie aus dem Entwurf hervorgeht, 200 Reiter der Kavallerieschule, zweitausenddreihundert Soldaten zu Fuß, sechzehn Geschütze, fünf Flugzeuge mit Scheinwerfern sowie etliche Panzerzüge, Tanks, Motorräder, Sanitätsabteilungen, Abordnungen der Rekrutenschule, der Vereine für Körperkultur, der Zentrale militärischer Erziehungsanstalten und zahlreiche Militärkapellen und Chöre teilnehmen. Neben drei riesigen Bühnen wollte der Regisseur ganze Teile der Stadt zum Schauplatz der Handlung machen. Das politische Massentheater war ein typischer Ausdruck der Gigantomanie der russischen Bolschewiken. Als dann aber 1920 das Brot immer knapper wurde, kam man davon ab, das Volk mit derartig kostspieligen Schauspielen zu unterhalten.

Von der Kommunistischen Internationale ging in jener Zeit eine erstaunliche Anziehungskraft aus. Zwischen 1919 und 1920 hatte sich in vielen sozialistischen Parteien Europas ein Ruck nach links vollzogen, und einige von ihnen, so die Italienische Sozialistische Partei, die französischen Sozialisten und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, äußerten den Wunsch, der Komintern beizutreten, und schickten deshalb Delegierte zum Moskauer Kongreß. Diese Tatsache dürfte Lenin zur beschleunigten Ausarbeitung der »21 Bedingungen über die Aufnahme in die Kommunistische Internationale« veranlaßt haben. Das Dokument stellt nicht nur einen Generalangriff gegen die gemäßigten Sozialisten dar, sondern ist auch eine Anleitung zur fraktionellen Durchdringung und möglichen Spaltung der sozialdemokratischen Partei. Außerdem fordert Lenin in Punkt 12 dieser »21 Bedingungen« die Bildung einer neuen von Moskau abhängigen Art von kommunistischer Partei, »die nur dann imstande sein wird, ihrer Pflicht zu genügen, wenn sie auf möglichst zentralistische Weise organisiert, wenn eiserne Disziplin in ihr herrscht und wenn ein Parteizentrum ... mit der Fülle der Macht, Autorität und den weitgehendsten Befugnissen ausgestattet wird[13]«. Der Punkt 14 verpflichtet jede Partei, die der Komintern anzugehören wünscht, den Sowjetrepubliken in ihrem Kampf gegen die konterrevolutionären Kräfte zu helfen und mit »legalen und illegalen Mitteln« gegen Transporte von Kriegsmunition an Feinde der Sowjetrepubliken vorzugehen. Er ist also eine unverblümte Aufforderung, Landesverrat im Interesse des sowjetrussischen Staates zu begehen[14]. Die sich später als besonders verhängnisvoll erweisenden Punkte 3 und 4 verlangen von den Kommunisten der ganzen Welt, Geheimapparate zu organisieren, die legale Zersetzungstätigkeit mit der illegalen zu kombinieren, wobei als Beispiel »illegale Propaganda im Heer« erwähnt wird. »Der Verzicht auf eine solche Arbeit«, heißt es in Punkt 4, »würde einem Verrat an der revolutionären Pflicht gleichen und mit der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale unvereinbar sein[15].« Für Lenin gehörte die unterirdische Zersetzungsarbeit mit zur Strategie und Taktik der Weltrevolution.

Selbstverständlich fand Lenin, sowohl für die »21 Bedingungen« als auch für die Statuten der Komintern, die zu gleicher Zeit verkündet wurden, bei der Mehrheit der Mitglieder des Exekutivkomitees der Komintern volle Unterstützung, denn seine Autorität war so unumstritten, daß keines der sowjetischen Mitglieder des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI) es gewagt hätte ihm entgegenzutreten. Die Behauptung einiger Geschichtsschreiber, Karl Radek habe in vielen Fragen nicht nur eine Lenin entgegengesetzte Meinung vertreten, sondern auch versucht, eine eigene politische Linie in der Komintern durchzuführen.

Bei einer Reihe ausländischer Delegierter stießen Lenin und die sowjetischen Mitglieder des EKKI jedoch mit dem Plan, eine von Moskau abhängige Internationale aufzubauen, deren kommunistische Mitgliederparteien – schlicht »Sektionen« genannt – in streng militärischer Form organisiert sein sollten, auf entschiedenen Widerstand. In dieser Beziehung dürfte der II. Weltkongreß der letzte seiner Art gewesen sein, denn man konnte auf ihm Delegierte hören, die eine eigene politische Meinung vertraten. Als kritische Diskussionsredner taten sich vor allem hervor der Amerikaner Tanner, ein Vertreter der Shop Stewards, weiter MacLaine, ein Delegierter der Britischen Sozialistischen Partei, der Holländer Wijnkoop sowie Pestaña, ein spanischer Syndikalist, der so vermessen war, die Rolle der Gewerkschaften im politischen Kampf der Arbeiter für wichtiger zu halten als die Rolle der Partei. Er zweifelte sehr heftig an der von den Bolschewiki gerühmten »Einmaligkeit« der Kommunistischen Partei Rußlands und teilte keineswegs deren Auffassung, daß es »eine grandiose Leistung der KPdSU« sei, eine Rote Armee, über die sie die Verfügungsgewalt besitze, geschaffen zu haben. »Ich berufe mich auf die Französische Revolution«, argumentierte er, »die beweist, daß man immer eine Armee und eine politische Partei hatte, die zur Macht verhalf. Die Hauptsache ist, daß die Gewerkschaften als solche revolutionär und kampffähig bleiben . . .[16]« Außerdem verlangte Pestaña, daß die Autonomie der Parteien nicht angetastet werde.

Der Holländer Wijnkoop deckte in der Diskussion zu den Statuten der Komintern die darin enthaltenen dunklen Punkte auf, besonders den Paragraphen 8, und wandte sich gegen die Absicht der Russen, Moskau zum Sitz des Exekutivkomitees der III. Internationale zu machen. Der Paragraph 8 bestimmte nämlich, daß die kommunistische Partei des Landes, in dem der Weltkongreß den Sitz des EKKI festgesetzt hat, fünf Vertreter ins Exekutivkomitee entsende, in jenes Gremium, das alles beherrschte und souverän jede Entscheidung fällte, während alle übrigen Mitgliedsparteien nur das Recht auf einen Vertreter hatten. Dazu meinte Wijnkoop: »Es scheint mir, als werde ein internationales Exekutivkomitee gebildet, in Wirklichkeit ist es aber nicht der Fall, sondern es wird hier ein erweitertes *russisches* Exekutivkomitee gebildet . . .[17]« Dann fügt er noch hinzu: »Wenn der Kongreß meint, daß eine Veränderung des Sitzes der Exekutive unmöglich ist, dann kann in diesem Moment kein wirklich internationales Exekutivkomitee bestehen, und man muß sich mit einem russischen begnügen. Diese Frage ist sehr wichtig, weil wir diesem Exekutivkomitee eine sehr große Macht geben, die so weit geht, daß es sogar ganze Parteien, Gruppen und Personen ausschließen kann . . .[18]«

Nach weiteren Einwänden von Paul Levi, von Fraina und dem Schriftsteller John Reed, dem Verfasser der klassisch gewordenen literarischen Darstellung der Oktoberrevolution, »Zehn Tage, die die Welt erschütterten«, antwortete Sinowjew auf die Diskussionsbeiträge und kritisierte mit besonderer Schärfe den Holländer Wijnkoop. »Genosse Wijnkoop hat hier vorgeschlagen«, sagte er höhnisch, »man solle die Exekutive vielleicht nach Norwegen verlegen. Man kann verschiedene Projekte aufstellen, man könnte einige exotische Republiken finden ... Sollte es sein, daß die proletarische Revolution in Frankreich oder England siegt, so werden wir selbstverständlich dem zustimmen, daß die Exekutive in eines dieser Länder verlegt wird ...[19]« Die Kritiker an den Punkten 3 und 4 der Statuten, nämlich an der den kommunistischen Parteien befohlenen illegalen Zersetzungsarbeit, fertigte Sinowjew, der Generalsekretär der Komintern, folgendermaßen ab: »... Für die Bürgerlichen ist es nicht entscheidend, ob wir sie illegal aufhängen oder legal. Für sie ist es wichtig, ob wir sie wirklich aufhängen, ob wir für den Kommunismus kämpfen[20].« Auch allen jenen, die Vorbehalte gegen Lenins Auffassung von der Elitepartei äußerten, gab Sinowjew zur Antwort: »Wir brauchen eine kommunistische Partei, und zwar eine zentralisierte, eine eisern disziplinierte Partei aus einem Guß.« Auf die Situation in Sowjetrußland hinweisend erklärte er: »Die Partei ist für die vorgeschrittenen russischen Arbeiter ein Heiligtum, das beste Wesen, teurer als das Leben, lieber als alles andere, das Höchste, der Leitstern. Und darin soll die Arbeiterklasse der ganzen Welt der russischen folgen ...[21]«

Gemäß der vom II. Weltkongreß angenommenen Statuten war die Oberste Instanz der Komintern der Weltkongreß, das heißt die dort versammelten Delegierten aller Sektionen der KI. Der Weltkongreß sollte in jedem Jahr einmal stattfinden, wobei die Delegierten dann, als Vertreter der kommunistischen »Weltpartei«, das Exekutivkomitee der Komintern, kurz EKKI genannt, zu wählen hatten. Die Mitglieder des EKKI wählten ihrerseits das Präsidium der Komintern, und aus dessen Reihe wurde ein Vorsitzender bestimmt, der sogenannte Generalsekretär. Von 1919 bis 1927 amtierte Grigori Sinowjew als Generalsekretär der Komintern, von 1927 bis 1929 Nikolai Bucharin, von 1929 bis 1935 Ossip Pjatnitzki und von 1935 bis 1943 Georgi Dimitroff. Das EKKI und sein Präsidium hatten, nach den Statuten, in der Zeit zwischen den Weltkongressen, was die politische Linie in den kommunistischen Parteien der Komintern anbetraf, gewissermaßen das letzte Wort, waren also das Politbüro der Kommunistischen Internationale. Als nächste Instanz nach dem EKKI kam die IKK, die Internationale Kontrollkommission, die über eventuelle Verstöße führender Kommunisten der Komintern zu befinden und zu richten hatte. Dem EKKI und seinem Präsidium unterstanden alle übrigen Abteilungen des umfangreichen Kominternapparates, wie z. B. die Abteilung Organisation, deren Leiter während vieler Jahre der alte Bolschewik Pjatnitzki war. Zu den Aufgaben dieses Orgbüros gehörte unter anderem die Entsendung der »Kominterndelegierten«, die in den verschiedenen kommunistischen Parteien der Welt die vom EKKI für richtig befundene politische Linie durchzusetzen hatten. Da diese Arbeit, die ja einer Einmischung in das politische Leben fremder Länder gleichkam, streng konspirativ gehandhabt werden

mußte, gab es für diesen Zweck ein besonderes Büro, die OMS (Abteilung für Internationale Verbindung). Dort wurden die Kominternemissäre nicht nur mit den nötigen falschen Pässen ausgestattet, sondern die Mitarbeiter dieser Abteilung standen später in engstem Kontakt mit den Geheimapparaten der außerrussischen kommunistischen Parteien. Außerdem oblag der Orgabteilung auch die Finanzierung, das heißt die Weiterleitung der sowjetrussischen Gelder an die einzelnen Sektionen der Komintern. Ferner unterstanden ihr die Informations- und die statistische Abteilung sowie jene Stelle, die die Schulung neuer Kader für die Komintern unter sich hatte. Auch dazu gehörte wiederum eine Reihe streng illegal geführter Unternehmungen.

Neben dem Orgbüro gab es eine Agitprop-Abteilung, die über ihr Pressebüro die Sektionen der KI mit Druck-Erzeugnissen belieferte. Die Kaderabteilung sorgte für den Einsatz und die Überwachung der in der Komintern tätigen Funktionäre und Angestellten. Eine Militärabteilung beschäftigte sich mit den militärischen Problemen, die im Kampf um die Weltrevolution auftauchten. Die Jugendinternationale verfügte über eine besondere Abteilung in der Komintern, und ebenso gab es dort ein Frauensekretariat und eine Verbindungsstelle zur Profintern, der Roten Gewerkschaftsinternationale. – Jede kommunistische Partei der Welt delegierte einen ständigen Vertreter nach Moskau, der im Gebäude der Komintern ein Büro besaß.

Für viele der kommunistischen Delegierten des II. Weltkongresses spielten die Auseinandersetzungen über die diktatorischen Paragraphen der »21 Bedingungen« und der Statuten keineswegs die Hauptrolle. Sie durchlebten einen Begeisterungstaumel, sahen sie doch den Sieg der Weltrevolution in greifbare Nähe gerückt. Einige Wochen vor der Eröffnung der Moskauer Tagung war die Rote Armee in Polen eingedrungen. Dieser Angriff Sowjetrußlands auf das kleine Polen wurde übrigens in Deutschland nicht nur von der KPD in Aufrufen begrüßt; die SPD, die USPD und die deutschen Gewerkschaften erklärten sich ebenfalls mit Sowjetrußland solidarisch und wandten sich gegen den Durchtransport von französischem Kriegsmaterial, mit dem Frankreich dem überfallenen Polen zu Hilfe kommen wollte. Eine solche Haltung der Linksparteien entsprach voll und ganz den Sympathien der deutschen Arbeiter und vieler Intellektueller für Sowjetrußland. Doch gab es, wie aus Äußerungen Karl Radeks zu ersehen ist, auch nationalistische Kreise in Deutschland, die mit der bolschewistischen Offensive auf Polen sympathisierten.

Offiziell deklarierten die Bolschewiki den Einfall in Polen als Befreiungskrieg und als Kampf für die Weltrevolution. In einem, vom damaligen General Tuchatschewski, dem Befehlshaber der russischen Westfront, unterzeichneten Aufruf an die Soldaten der Roten Armee heißt es: »Soldaten der Arbeiterrevolution! Richtet eure Augen auf den Westen! Dort wird der endgültige Ausgang der Weltrevolution entschieden werden. Der Weg des weltweiten Feuerbrandes führt über den Leichnam Weißpolens. Wir werden den werktätigen Bevölkerungen mit unseren Bajonetten Frieden und Glück bringen. Westwärts! Zu den entscheidenden Schlachten! Zu den großen Siegen[22]!«

Während der Kongreß tagte, befand sich die Rote Armee in stürmischem Vor-

marsch auf Warschau und an ihrem Sieg gab es keinen Zweifel mehr. Kaum war jedoch der Kongreß vorüber, als die Front in Polen, obgleich Warschau schon fast umzingelt worden war, zum Stillstand kam[23]. Eine Vorwärtsbewegung fand nur noch auf der Nordflanke in Richtung auf die ostpreußische Grenze statt. In dieser Situation ließ Lenin drei deutsche Delegierte zu sich in den Kreml rufen, Paul Levi, Ernst Meyer und Walter Löwenhain, die einzigen, die sich noch in Moskau aufhielten. Die Gerufenen fanden Lenin vor einer großen Landkarte. Er begann, ihnen die militärische Situation an der Westfront zu erklären. »Es liegt eine Mitteilung des Genossen Trotzki vor«, sagte er, »daß die Rote Armee in den nächsten Tagen die Grenze Ostpreußens erreicht haben wird. Sie sehen also, was für eine Entwicklung sich anbahnt.« Nach kurzer Pause wandte er sich in sachlichem Ton an die drei Anwesenden: »Genossen, in welcher Form wird sich nun, Ihrer Meinung nach, die Erhebung in Ostpreußen abspielen?« Die drei Angesprochenen glaubten zuerst, nicht richtig verstanden zu haben und erwiderten zögernd: »Eine Erhebung? Und das ausgerechnet in Ostpreußen, wo doch bekanntlich die ostpreußischen Bauern die reaktionärste Gruppe der ganzen deutschen Bevölkerung sind?!« Lenin fiel ihnen in gereiztem Ton ins Wort: »Wollen Sie damit etwa gesagt haben, daß man in Ostpreußen nicht kämpfen wird?!« Nach einer Weile betretenen Schweigens meinte Ernst Meyer mit mildem Spott in der Stimme: »Genosse Lenin, erwarten Sie wirklich, allen Ernstes, daß sich die ostpreußische Bevölkerung beim Herannahen der Roten Armee spontan erhebe?« Lenin gab keine Antwort, sondern wandte sich mit enttäuschter und ungeduldiger Stimme an Paul Levi: »Und Sie, Genosse Levi, sind Sie auch der Ansicht, daß es dort zu keiner Erhebung kommen wird?!« Levi schwieg. Darauf beendete Lenin die Unterhaltung und sagte in scharfem Ton: »Jedenfalls müssen Sie sich klar darüber sein, daß wir im Zentralkomitee ganz anderer Auffassung sind als Sie.« Als die Rote Armee die ostpreußische Grenze erreichte, betraten tatsächlich mehrere ihrer Einheiten deutschen Boden und wurden prompt interniert. Die ostpreußischen Bauern hätten sicherlich ihren Ohren nicht getraut, wären sie Zeugen dieses merkwürdigen Gesprächs im Kreml gewesen, denn nichts lag ihnen ferner als mit den »russischen kommunistischen Brüdern« gegen Königsberg zu marschieren.

Zwischen einigen Delegierten aus der Führung der KPD, Anhängern eines gemäßigteren politischen Kurses, und den EKKI-Mitgliedern aus der KPdSU war es schon auf einer Sitzung, die der Eröffnung des II. Weltkongresses vorausging, zu heftigen Zusammenstößen gekommen. Darüber berichtete Ernst Meyer auf dem V. Parteitag der KPD, der vom 1. bis 3. November 1920 in Berlin tagte[24]. Die russischen Genossen hatten den deutschen Delegierten vorgeworfen, daß die KPD »infolge einer traditionellen Einstellung, die von dem Verhalten der Genossin Rosa Luxemburg und des Genossen Leo Jogiches gegenüber der russischen Partei herrühre, noch eine gewisse Reserviertheit gegenüber der russischen Partei habe«. Außerdem kreidete man es ihnen an, daß der deutsche Delegierte Hugo Eberlein im März 1919, während des I. Weltkongresses, gegen die sofortige Gründung der Kommunistischen Internationale aufgetreten sei, ja, daß er

sogar gedroht habe, den Kongreß zu verlassen, falls es zum Beschluß der Gründung komme. Eberleins Unlust, ebenso wie diejenige Rosa Luxemburgs, deren Meinung er auf dem I. Weltkongreß vertrat, entsprang der Ansicht, die kommunistische Bewegung im außerrussischen Europa sei noch viel zu schwach, um eine Internationale gründen zu können. Nur zwei kommunistische Parteien, nämlich die russische und die deutsche, hatten damals Delegierte geschickt. Alle übrigen Anwesenden waren Vertreter kleiner unbedeutender Gruppen. Diese bereits der Vergangenheit angehörende Sünde eines KPD-Vertreters wurde aber nur deshalb ausgekramt, weil die deutschen Kominterndelegierten sich wiederum einem Beschluß der russischen EKKI-Vertreter nicht beugen wollten. Sie machten Front gegen die Absicht der Russen, die Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD), eine Partei mit ausgesprochen anarchistisch-putschistischer Tendenz, zum II. Weltkongreß zuzulassen. Da nach Meinung der sowjetrussischen Vertreter Europa sich damals in einer Periode der Bürgerkriege und Revolutionen befand, mißbilligte man in Moskau die, wie man es nannte, »antiputschistische Stimmung in der Führung der KPD, die die Partei . . . selbst in dem Moment, wo Aktionen notwendig sind, hemme«, und entschied deshalb, »daß die KAPD mit dem Spartakusbund wieder in engere Fühlung trete, um so zu dem politisch sicheren und richtigen Auftreten der deutschen Partei noch etwas von dem revolutionären Elan hinzuzufügen, der nach Auffassung . . . in stärkerem Maß bei der KAPD vorhanden« war[25]. Die Absicht Moskaus, die KAPD wieder unter die Fittiche zu bekommen, hatte noch einen anderen Grund. Mit dem Ausscheiden der Heidelberger Rebellen hatte die KPD ihre stärksten Organisationen verloren. Ihre 107 000 Mitglieder schmolzen auf rund die Hälfte zusammen. Besonders hoch waren die Verluste in Berlin, wo es zur Zeit des Kapp-Putsches, im März 1920, nur einige Hundert KPD-Mitglieder gab. Wenn das EKKI sich also derart um die KAPD bemühte, dann nicht nur darum, weil es sie für »revolutionäre Hefe« hielt, sondern auch darum, weil ihr Ausscheiden die deutsche KP in eine ernsthafte Krise gestürzt hatte.

Über den weiteren Verlauf der Auseinandersetzungen gab Paul Levi, ebenfalls auf dem V. Parteitag der KPD, folgende Darstellung: Er habe erklärt, sofort aus Moskau abzureisen, falls die KAPD gegen den Willen der KPD eingeladen würde, worauf das Zentralkomitee der russischen kommunistischen Partei beschloß, »in einer Lebensfrage für die Deutsche Kommunistische Partei über meinen Kopf hinweg, die Zulassung der KAPD zu beantragen«. Selbst einen Antrag der deutschen Delegierten, weiter darüber zu beraten, lehnten die Russen ab, genauso wie den Wunsch nach einer vierundzwanzigstündigen Vertagung, bis zur Ankunft eines weiteren Delegierten[26]. Durch diese Episode wurde den deutschen Vertretern am II. Weltkongreß nicht nur vordemonstriert, was die Bolschewiki unter innerparteilicher Demokratie verstanden, sondern auch unmißverständlich klargemacht, welche Stelle eigentlich das EKKI lenkte, wer in Wirklichkeit die höchste Instanz der Komintern war: das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Sowjetrußlands.

Das Hauptquartier der Weltrevolution, die Exekutive und das Präsidium der Komintern mit ihren zahlreichen Unterabteilungen, hatte ein großes Haus in der

Mochowaja Nr. 18 im Zentrum Moskaus bezogen, dicht an der Mauer des Kreml gelegen. Dort wurden die politische Linie, die Strategie und Taktik, für die kommunistischen Parteien aller Länder ausgearbeitet und durch ihren jeweiligen Vertreter, der in der Mochowaja amtierte, an die Führung der kommunistischen Partei seines Landes weitergeleitet. Seit dem II. Weltkongreß stand aber nicht nur der organisatorische Aufbau der Komintern fest, die Statuten sahen vor, daß die russische Sektion der KI, schon durch ihre Mehrheit im EKKI, befugt sei, sich in die Politik der übrigen kommunistischen Parteien der Internationale einzumischen. Der entsprechende Paragraph lautete: »Im Bedarfsfalle organisiert das Exekutivkomitee in den verschiedenen Ländern seine technischen und anderen Hilfsbüros, die völlig dem Exekutivkomitee untergeordnet sind. Die Vertreter des Exekutivkomitees erledigen ihre politischen Aufgaben in engstem Kontakt mit der Parteizentrale des betreffenden Landes[27].« Über die Tätigkeit solcher Instrukteure Moskaus, die auch »Kominterndelegierte« genannt wurden, wird noch zu berichten sein. Der gleiche Paragraph der Statuten erweiterte noch das Recht des EKKI auf Einmischung: »Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale hat das Recht, von den ihr angehörenden Parteien den Ausschluß von Gruppen und Personen zu verlangen, die die internationale Disziplin verletzen und ebenso diejenigen Parteien aus der Kommunistischen Internationale auszuschließen, die gegen die Beschlüsse des Weltkongresses verstoßen[28].« Nach dem II. Weltkongreß im Jahre 1920 begann die Vorherrschaft Moskaus in der III. Internationale, die schließlich jede Gleichberechtigung der kommunistischen Parteien gegenüber der KPdSU beseitigte. Zur Hauptforderung für die kommunistischen Parteien wurde nicht nur die bedingungslose Anerkennung der sowjetischen Führungsrolle, sondern auch Gehorsam und eiserne Disziplin allen Befehlen Moskaus gegenüber. Lenin und die Bolschewiki pochten auf ihr Vorrecht in der Komintern; sie vertraten die Ansicht, das stehe ihnen schon deshalb zu, weil Rußland der einzige Staat der Welt sei, der eine wirklich sozialistische Regierung besitze, ein Staat, in dem das Volk herrsche, und weil es ja schließlich die Kommunistische Partei Rußlands gewesen sei, die die gigantische Leistung der erfolgreichen sozialistischen Revolution vollbracht habe.

2

Der Kapp-Putsch

Im März 1920 kam es in Deutschland zu einem Umsturzversuch von rechts, dem Kapp-Putsch. Die sozialdemokratische Reichsregierung beabsichtigte, im Zuge der Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertrages die reaktionären Freikorps, im besonderen die Brigaden Ehrhardt und Loewenfeldt, aufzulösen. Die Freikorps, Verbände von »Zeitfreiwilligen«, die unter Führung von Reichswehroffizieren standen, waren nach dem Kriege unter Umgehung der Bestimmungen des Versailler Vertrages gebildet worden, um besonders an den Ostgrenzen Deutschlands eingesetzt zu werden. Für die beabsichtigte Auflösung war vor allem deshalb Eile geboten, weil die politische Rechte sich dieser Verbände als Waffe im Kampf gegen die Regierung bediente. In den Freikorps hatten sich alle solche Elemente zusammengefunden, die der jungen Republik feindlich gegenüberstanden wie ehemalige Berufsoffiziere, Feldwebel und Unteroffiziere aus der wilhelminischen Armee sowie auch alle möglichen sonstigen Deklassierten, die nach dem Ende des Krieges nicht in ein Zivilleben zurückfinden wollten oder konnten. Die Mitglieder der Freikorps fühlten sich als Entrechtete und waren deshalb bereit, auch mit den Mitteln der Gewalt für ihre verlorengegangenen Privilegien zu kämpfen. In diesem Bestreben wurden sie von rechtsstehenden Politikern weidlich unterstützt, die die Weimarer Regierung, neben vielem anderen, auch für die Notlage der ehemaligen Berufssoldaten verantwortlich machten. Manche Politiker und andere Vertreter der Rechten, die früher einmal zur herrschenden Gesellschaftsschicht gehört hatten, lebten in der gleichen haßerfüllten Abneigung gegen das parlamentarische System wie die Freikorpsleute. Sie wünschten nur eines: das Ende der Demokratie.

Als sich am 10. März 1920 die Nachrichten über einen geplanten Umsturz von rechts häuften, wurde General Walther von Lüttwitz seines Amtes enthoben und gegen den »alldeutschen« ostpreußischen Generallandschaftsdirektor Kapp sowie den früheren Hauptmann Pabst, die als Initiatoren der Aufstandsabsichten galten, ein Haftbefehl erlassen. Doch dieser kam zu spät. Die beiden waren bereits in Sicherheit gebracht worden. Daraufhin ging der Freikorpsführer Ehrhardt, der sich als »Retter des Vaterlandes« fühlte, und der Unterstützung von rechts gewiß war, zur Offensive über. Er sandte vom Döberitzer Truppenlager aus, wo sein Freikorps untergebracht war, ein Ultimatum an die Regierung Braun in Berlin, das folgende von den Deutschnationalen bereits am 9. März in der Nationalversammlung erhobenen Forderungen enthielt: Wahl des Reichspräsidenten durch

das Volk; Auflösung der Nationalversammlung und Ausschreibung von Wahlen zum Reichstag sowie Ersetzung der parlamentarischen Minister durch Fachminister. In der Nationalversammlung hatte übrigens auch die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) diese Forderungen unterstützt. Als Ebert die Truppen der Republik gegen die Aufrührer einsetzen wollte, verweigerte General von Seeckt, der Chef der Reichswehr, den Gehorsam. Reichswehr, meinte er arrogant, kämpfe nicht gegen Reichswehr. Sowohl Friedrich Ebert als auch sein Reichswehrminister Gustav Noske begingen in dieser bedrohlichen Situation einen verhängnisvollen Fehler. Sie zögerten und wichen einer klaren Entscheidung gegen die Rechte aus. Die Folge davon war, daß am 13. März morgens um 5 Uhr die Brigade Ehrhardt von Döberitz kommend in Berlin einmarschierte. Ohne Gegenwehr war ihnen so der Staatsstreich gelungen.

Der vom Befehlshaber der Brigade Ehrhardt, General von Lüttwitz, zum Reichskanzler proklamierte ostpreußische Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp verkündete, er werde eine neue Regierung der Ordnung, der Freiheit und der Tat bilden. Er erließ sofort eine Reihe von Verboten, gegen Zeitungen und Zeitschriften, die über die neue Regierung angeblich unwahre Gerüchte in Umlauf setzten, und gegen streikende Arbeiter, gegen die mit unerbittlicher Strenge vorgegangen werden solle. In einer nationalistischen Broschüre, welche im März 1920 im Verlag der »Täglichen Rundschau« erschien, wurde er folgendermaßen charakterisiert: »Kapp ist einer der Radikalsten auf der Rechten . . . Er ist ein Mann der eisernen Allüren . . .« Über die Soldateska, die ihm vorübergehend in den Sattel geholfen hatte, wußte der Schreiber zu berichten: »Sie trugen alle das Hakenkreuz . . . das alte indogermanische Heilszeichen . . . , es bedeutet ihnen das Gelöbnis zur Deutschheit und gegen alles Rassenfremde . . .« Es war kaum verwunderlich, daß dieser »Mann der Tat« zum erstenmal seit dem November 1918 die Wache vor dem Brandenburger Tor wieder aufziehen ließ. Es war, als wolle man das »schändliche Zwischenspiel« der Demokratie von einem Augenblick auf den anderen aus der Geschichte auslöschen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaften, die SPD und die USPD hatten den Putsch von rechts sofort mit der Proklamierung des Generalstreiks beantwortet. Die Zentrale der KPD hingegen ließ sich in erbitterter Feindschaft gegen die Sozialdemokraten dazu hinreißen, den Aufruf zum Generalstreik abzulehnen und den Kapp-Putsch als einen Kampf zwischen »zwei gegenrevolutionären Flügeln Kapp und Ebert« zu bezeichnen: »Die Ebert-Bauer-Noske sind stumm und widerstandlos in die Grube gefahren . . . Im Augenblick des Versinkens ruft diese Gesellschaft von Bankrotteuren die Arbeiterschaft zum Generalstreik auf zur ›Rettung der Republik‹ . . . Das revolutionäre Proletariat . . . wird keinen Finger rühren für die in Schmach und Schande untergegangene Regierung der Mörder Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs . . . Es wird keinen Finger rühren für die demokratische Republik, die nur eine dürftige Maske der Diktatur der Bourgeoisie war . . .[1]« Es ist gelinde gesagt grotesk, wenn man bedenkt, daß das die Sprache einer Partei war, die einige Monate vorher auf dem Heidelberger Parteitag, mit der ausscheidenden KAP-Opposition, etwa die Hälfte ihrer Mitglieder verloren hatte und daher zu einem unbedeutenden Häuflein zusammengeschmolzen war.

Mit ihrer Einstellung leisteten die Kommunisten ihren schlimmsten Feinden Schützenhilfe, über deren Ähnlichkeit mit den späteren Nationalsozialisten die schon erwähnte Broschüre der »Täglichen Rundschau« einigen Aufschluß gibt. Der rassenbewußte Schreiber ist der Meinung: ». . . Es müßten zunächst 150 Schieber und 150 Arbeitsscheue baumeln . . . Wenn man schon einmal mit Gewalt eingreifen will, dann muß man auch die Proskriptionsliste fertig bei sich haben. So haben es die Leute in Ungarn gemacht. Mann für Mann sind dort sämtliche Führer der verflossenen Rätediktatur verhaftet, abgeurteilt, gerichtet worden, zum Teil durch hochbezahlte Agenten im benachbarten Auslande, in Deutsch-Österreich und der Tschechoslowakei, geknebelt und im Auto nach Ofenpest entführt. Mit Stumpf und Stiel wurde das alte Regime ausgerottet. Aber um etwas Ähnliches auch nur zu versuchen, wenn es in Deutschland überhaupt ginge, fehlt es Kapp an jedem vorbereiteten Adressenmaterial . . .«

Paul Levi, der gerade eine Strafe im Berliner Gefängnis Lehrter Straße abbüßte, erfuhr von dem Antistreik-Aufruf der KPD, als ihm am Samstagnachmittag seine Sekretärin die Wochenendnummer der »Roten Fahne« brachte. Er verfaßte umgehend einen Brandbrief an die Zentrale mit der Aufforderung, sich sofort am Generalstreik zu beteiligen. Doch dieses Schreiben erreichte erst am Montag, den 15. März die Adressaten, weil Levis Bürokraft sonntags keinen Gefängnisbesuch machte. Das ist die Erklärung für die seltsamen Schwankungen der KPD-Führung und ihre späte Bereitschaft, doch noch am Generalstreik teilzunehmen. Schon am 16. März »empfing«, wie der Schreiber der »Täglichen Rundschau«-Broschüre in stolzer Trauer mitteilt, »die Regierung der Tat ihren Todesstreich«. Am 17. März war der Putsch endgültig zusammengebrochen. Zu diesem schnellen Ende trug der Generalstreik wesentlich bei; auch die Haltung der Beamten, die sich weigerten, den Anordnungen der Putschisten Folge zu leisten, beschleunigte den Zusammenbruch.

Doch nicht in allen Gegenden Deutschlands kehrte Ruhe ein. Sachsen und das Ruhrgebiet erlebten nach dem Kapp-Putsch langandauernde revolutionäre Auseinandersetzungen. Im Ruhrgebiet hatten sich die Arbeiter bewaffnet und erbittert gegen die Freikorps und die Putschisten gekämpft. Im Laufe der anfangs mehr spontanen Abwehr gegen rechts bildete sich eine »Rote Armee«, der schließlich 50 000 Mann angehörten. Die Führung übernahmen Funktionäre der KPD und der KAPD, die den Kampf gegen rechts im Sinne ihrer revolutionären Ziele ausweiteten. So wurden von den Linksradikalen in allen Orten, die sie beherrschten, die Gemeinde- und Regierungsvertreter abgesetzt und sogenannte Aktionsausschüsse gebildet, die als Träger der Macht fungierten und selbstverständlich unter kommunistischer Führung standen.

Als nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches die Regierung die Entwaffnung der Arbeiter im Ruhrgebiet forderte, wehrten sich die Kommunisten und KAPisten mit allen Mitteln. Sie widersetzten sich auch den Beschlüssen des sogenannten »Bielefelder Abkommens«, das zwischen Vertretern der Regierung und Vertretern der Bevölkerung zustande gekommen war, und das unter anderem Straffreiheit für alle, die in Abwehr des Kapp-Putsches gegen Gesetze verstoßen hatten, verfügte und die Auflösung aller militärischen Formationen, die der

Verfassung nicht treu geblieben waren, anordnete. Auch sollte die Entwaffnung der Bevölkerung durchgeführt werden. Dazu heißt es im »Bielefelder Abkommen«: »Die verfassungsmäßigen Behörden walten ihres Amtes nach den gesetzlichen Vorschriften. Die jetzt bestehenden Vollzugs- und Aktionsausschüsse (die Organe der Kommunisten) haben in Gemeinschaft mit der Gemeindebehörde die Ortswehr aufzustellen und die Waffenabgabe zu regeln. Dieses muß spätestens innerhalb 10 Tagen geschehen. Danach tritt an Stelle jener Ausschüsse ein aus der organisierten Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenschaft und den Mehrheitsparteien (Demokraten, Zentrum und Sozialdemokraten) gebildeter Ordnungsausschuß, der im Einvernehmen mit den zuständigen Gemeindeorganen bei der Durchführung des Sicherheitsdienstes mitwirkt[2].« Außerdem war vereinbart worden, daß, falls diese Bestimmungen des »Bielefelder Abkommens« eingehalten würden, die Reichswehr, die bereits an der Grenze des rheinisch-westfälischen Industriebezirks stand, nicht ins Ruhrgebiet einmarschieren würde.

Die Linksradikalen der KPD und der KAPD reagierten auf das »Bielefelder Abkommen« voller Empörung und Abscheu. Ihre Einstellung zu den Vorschlägen der Regierung verrät ein in Carl Severings Erinnerungen zitiertes Flugblatt an die Soldaten der erwähnten Roten Armee. Darin heißt es: »Soldaten! Jagt das politisierende Bonzengesindel aller Schattierungen mit Kolbenschlägen auseinander! Duldet keine Konferenz mehr, denn auf Konferenzen wird euer Todesurteil unterschrieben. Ihr als die Helden des revolutionären Proletariats habt zu bestimmen, nicht aber das Bonzentum! Schlagt die Flaumacher tot! Eure Devise sei das Wort Schillers: Lieber den Tod, als in der Knechtschaft leben! Schlagt! Kämpft! Siegt!«

Nach einem Ultimatum marschierte am 2. April 1920 die Reichswehr unter dem berüchtigten General von Watter ins Ruhrgebiet ein. Die von den Kommunisten terrorisierte Bevölkerung nahm blindwütige Rache. Sie denunzierte alle Linksradikalen, die sich an Plünderungen, Gewalttaten oder Morden beteiligt hatten. Oft bezichtigte sie die Falschen. Die Reichswehr hauste schlimmer als in Feindesland. Mißhandlungen, Verhaftungen, Erschießungen ohne Verhör und Urteil waren an der Tagesordnung; Standgerichte und Kriegsgerichte arbeiteten auf Hochtouren. Nach diesem Blutbad setzten die Arbeiter ihrer Entwaffnung keinen Widerstand mehr entgegen. So wurde das Ruhrgebiet »befriedet«.

Zur Zeit etwa, als der Kapp-Putsch die junge Weimarer Republik erschütterte, betrat ein junger Mann ein schäbiges Haus in der Alten Jakobstraße in Berlin. Er war 18 Jahre alt, mittelgroß, auffallend schlank und feingliedrig, in die hohe, ausgeprägte Stirn fielen ihm widerspenstige dunkelbraune Haare. Das Bemerkenswerteste an diesem Jünglingsgesicht waren große blaue Augen, überwölbt von stark geschwungenen Brauen. Die Nase war kurz und kräftig, der Mund klein, das Kinn gut geformt, aber wenig hervortretend. Den selbst für das jugendliche Alter des Mannes erstaunlich knabenhaft wirkenden Kopf trug ein starker Hals, der gar nicht zu dem feinen Knochenbau des Körpers zu passen schien. Das Gebaren des jungen Mannes verriet eine gewisse frühreife Selbstsicherheit, aber als er den dunklen Hausflur betreten hatte, machte sie plötzlich einer merkwürdigen Schüchternheit Platz. Im ersten Stock des Gebäudes waren die Büroräume des Kommunistischen Jugendverbandes und ein Teil der KPD-Bezirkslei-

tung Berlin-Brandenburg untergebracht. Auch Karl Gröhl, der damalige Militärische Leiter des Bezirks, residierte dort. Er hatte den jungen Mann zu sich bestellt.

Der war zunächst an der Treppe vorübergegangen und in einer dunklen Ecke des Flurs stehengeblieben. Er empfand Scheu vor der ihm ganz fremden Art der Genossen vom KJVD, vor ihrem selbstbewußten, forschen Auftreten, ihrer Vertraulichkeit und Kameraderie, die ihm, dem bürgerlich Erzogenen, ganz unvertraut war, der lächerlichen Vereinssprache, die sehr an den Jargon des Freideutschen Jugendverbands erinnerte. Wie würde Gröhl, den er bereits kennengelernt hatte, ihn empfangen? Unvermittelt fielen ihm die täglichen Ermahnungen der Mutter ein: »Wie siehst du nur aus!? Du hast ja schon wieder vergessen, dich zu kämmen!« Rasch zog er einen winzigen runden Spiegel und einen Kamm aus der Tasche und fuhr sich durch die dichten Haare über der Stirn. Bei diesem Zeichen des guten Willens ließ er es indessen bewenden. An Schläfen und Hinterkopf blieb die Tolle weiter in wüster Unordnung stehen. Um es ganz gut zu machen, reinigte er noch schnell die Nägel. Dann richtete er sich grade auf, stieß die geballten Fäuste nach unten und lief mit kurzen, schnellen Schritten die Treppe hinauf.

Gröhl empfing ihn freundlich, ebenso die Bürosekretärin des KJVD, an die der Militärische Leiter den jungen Mann weitergab. In den nächsten Tagen und Wochen würde er, wie alle anderen, die, wie er, gekommen waren, um mitzuarbeiten, in stundenlangen Gesprächen herumsitzen und warten, bis man ihm irgendeine Arbeit zuteilte: Plakatekleben, Flugblätter verteilen, als Kurier von einem Stadtteil in den anderen eilen. Nichts deutete darauf hin, daß damit eine Parteikarriere begonnen hatte, die ihn allzu früh in die Höhe führen und die ihn mit 35 Jahren schon das Leben kosten sollte.

Der junge Mann hieß Heinz Neumann. Die Zeit, in der er geboren wurde, war friedlich, die Epoche, in die er hineinwuchs, stürmisch. Anfangs hatte sein Interesse nicht der Politik gegolten. Als Fünfzehnjähriger schwelgte Heinz Neumann in Literatur, schrieb Gedichte und übersetzte die Lyrik anderer Völker. Einmal fand ich unter dem Berg seiner Bücher ein schmales Bändchen portugiesischer Gedichte. Neben jedem Gedicht war eine Seite freigelassen, die in steiler Jungenschrift die Übersetzung ins Deutsche trug. Mit Eifer erlernte er fremde Sprachen, nicht, weil das zum Schulpensum gehört hätte, sondern weil sie ihn faszinierten. Aber er erlernte sie weniger aus Grammatiken und Übungsstücken als aus den Gedichten, Liedern oder Sprichwörtern fremder Völker. Zu anderen, freundlicheren Zeiten wäre Neumann wahrscheinlich Sprachwissenschaftler geworden, denn er besaß viele Züge eines Stubengelehrten. Dieser Seite seines Wesens sollte er sehr bald den Kampf ansagen. Sein anderes Ich, das zur Aktivität drängende, das vom Wunsch beherrscht war, sich zu bewähren, das nach Revolte und leidenschaftlicher Hingabe verlangte, gewann die Oberhand.

Im Berlin nach 1918, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, konnte man sich schwerlich den politischen Ereignissen entziehen. Die Atmosphäre jener Zeit zwang die Menschen – selbst die Jugend – Stellung zu nehmen, sich zu einer »Weltanschauung« zu bekennen und sich für sie einzusetzen. 1918 wurde Heinz

Neumann 16 Jahre alt. »Nie wieder Krieg!« Diese Losung der Linken gab ihm, der den Krieg und seine Schrecken nur theoretisch kennengelernt hatte, den Anstoß zum Politischen hin. Mit »Le Feu«, dem Antikriegsroman von Henry Barbusse, begann es. Als leidenschaftlicher Leser suchte er aus der Flut der Propagandaschriften, Broschüren, Flugblätter, Zeitungen und Bücher alles das heraus, was am überzeugendsten gegen den Krieg argumentierte. Es waren die kommunistischen Veröffentlichungen, die ihn in Kürze in ihren Bann zogen, deren Beweisführung die stärkste Wirkung auf ihn ausübte. Als Systematiker begnügte er sich aber nicht mit Romanen, Pamphleten und Tageszeitungen. Er suchte nach den grundlegenden politischen Schriften. Er las alles Erreichbare über Sowjetrußland und erlag der magischen Wirkung der russischen Oktoberrevolution, die damals das entscheidende Problem war für alle, die an einen Fortschritt glaubten.

Der Vater Heinz Neumanns war ein guter Bürger und als Pädagoge entschieden konservativ. Doch nicht nur in Fragen der Erziehung. Ihn erfüllte alles Linkslerische mit Mißtrauen und Ablehnung. Vielleicht wandte sich Neumann auch deshalb gerade dem zu, was der Vater so nachdrücklich verneinte. Noch ein anderes Problem mag auf seinem Weg zum Kommunismus mitbestimmend gewesen sein. Sein Elternhaus war jüdisch, aber ohne besondere Betonung dieser Tatsache. Seit Generationen hatte sich die Familie assimiliert. In ihrem jüngsten Mitglied schien der Prozeß der Assimilation jenes Stadium erreicht zu haben, in dem das Dilemma aus dem Schatten des Selbstverständlichen wieder heraustritt und das Judentum erneut zu einem Problem, gleichsam zum Negativbild eines Problems, werden läßt. Während Neumanns Eltern sich noch ohne innere Vorbehalte zu einem liberalen, weltoffenen Judentum bekannten, obwohl sie sich durchaus als deutsche Staatsbürger mit allen Rechten und Pflichten fühlten, fehlte dem jungen Heinz Neumann offenbar jegliche Bindung zum Judentum. Er tat im Gegenteil alles, um das Faktum seiner jüdischen Abstammung vergessen zu machen. Zu Hilfe kam ihm dabei zweifellos sein Aussehen. Es fehlte ihm das, was sich der deutsche Durchschnittsbürger unter »jüdischem Aussehen« vorstellt. Das alles war jedoch nicht etwa die verständliche Reaktion auf irgendwelche antisemitischen Tendenzen, mit denen er in Berührung gekommen wäre, es war eher ein Versuch, einem Problem auszuweichen, indem er es negierte, nämlich dem Problem der Entscheidung zwischen zwei möglichen Zugehörigkeiten, das je nach ihrem Stadium mehr oder weniger offen jeder Assimilation zugrunde liegt. Heinz Neumann gab vor, daß dieses Problem für ihn gelöst sei. Das mag einer der Gründe gewesen sein, weshalb er sich mit solcher Intensität in das Studium des Marxismus und später in die Arbeit für die kommunistische Partei stürzte. Hier waren Fragen genug zu beantworten, Probleme genug zu lösen. Hier spielte das jüdische Dilemma keine Rolle.

Im Jahr 1919 bestand Heinz Neumann sein Abitur am Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg und entschloß sich zum Philologiestudium an der Berliner Humboldt-Universität. Wie mir Dr. Julian Gumperz, der spätere Leiter des Malik-Verlages, erzählte, traf er ihn im Winter desselben Jahres im Seminar von Professor Gustav Meyer, der Vorlesungen über Marxismus hielt. Schon damals lernte Neumann den um einige Jahre älteren Kommilitonen Fritz

Schönherr kennen, der bereits Mitglied der KPD war und einer von ihren »Vertrauensleuten« an der Universität. Schönherr zog Neumann zur Arbeit in einer Studentengruppe heran und machte ihn zu seinem »parteilosen Vertrauensmann«.

Im März 1920 war die KPD illegal und jeder, der als neues Mitglied aufgenommen werden wollte, mußte zwei Bürgen bringen, die ihn und seine Eignung zur Parteiarbeit gut kannten und die dafür einstehen konnten, daß er vertrauenswürdig war. Schönherr, der mit Karl Gröhl befreundet war, erzählte von seinem »parteilosen Vertrauensmann«, pries die ausgezeichnete Arbeit, die Intelligenz und den Mut des jungen Mannes. Gröhl, der Neumann kurz darauf traf, zeigte sich besonders von dessen rednerischer Begabung beeindruckt und vor allem auch davon, daß Neumann, der Intellektuelle, keinerlei geistigen Hochmut zeigte und vor keiner Art von Parteiarbeit zurückschreckte. Er erklärte sich einverstanden, gemeinsam mit Schönherr für Neumann zu bürgen, und Ernst Reuter-Friesland, der damalige Bezirksleiter von Berlin-Brandenburg, nahm den kaum 18jährigen in die Partei auf.

So war Neumann also in die Alte Jakobstraße gekommen, wo er sich bald sehr gut eingewöhnt hatte. Zwischen den zwei größten Räumen hatten die jugendlichen Wohnungsbesitzer die Wand niedergerissen und dadurch eine Art Saal geschaffen, in welchem man sich zu Sitzungen traf, aber noch häufiger zu geselligen Abenden, an denen Volkslieder gesungen und Volkstänze getanzt wurden.

Am Ende eines langen Korridors, ausgezeichnet getarnt gegen ein unvermutetes Auftauchen der Polizei und geschützt durch den Trubel des Jugendbüros, saß in der ehemaligen Küche der Wohnung Karl Gröhl und ging seiner geheimnisvollen Tätigkeit für den KPD-Bezirk nach. Heinz Neumann bewegte sich zwischen KJVD-Büro und dem Schlupfwinkel Gröhls hin und her. In kurzer Zeit fühlte er sich ganz und gar zugehörig zur großen Brüderschaft der Genossen, zur Gemeinschaft der einer Idee Verschworenen, die von jedem, der mitarbeiten wollte, den ganzen Menschen verlangten. Nicht nur jede freie Stunde gehörte von nun an der Partei, sondern bald auch die Zeit, in der er eigentlich hätte studieren sollen. Die Art seiner Arbeit für die Partei spielte damals für ihn überhaupt keine Rolle. Es ging um etwas anderes: Jetzt hatte er eine Aufgabe, jetzt durfte er sich leidenschaftlich für etwas einsetzen. Dazu kam, daß er von einer Gruppe aufgenommen wurde, die vielfältig und schillernd war, zu der Arbeiter ebenso gehörten wie geistreiche, nonkonformistische Intellektuelle und Bohemiens. Besonders faszinierend wirkte es, daß die Aktionen der Kommunisten vielfach den Charakter von Verschwörungen trugen, geheimnisumwittert waren und mit gefährlichen Abenteuern gepaart. Dazu schien, jedenfalls im Jahre 1920, das Ziel der Kämpfe der Kommunisten, der Ausbruch der Revolution, die Eroberung der Macht durch das Proletariat unter Führung der Kommunistischen Partei, greifbar nahe gerückt. Alle beherrschte ein geradezu mystischer Glaube an die Revolution, und erfüllte sie mit einem Überschwang an Lebensbejahung.

Heinz Neumann ließ sich, was die Zukunft der Menschheit unterm Kommunismus anbetraf, von den gleichen phantastischen Illusionen hinreißen wie seine Genossen. Nachdem er voller Eifer sich auf Marx, Engels und Lenin gestürzt hatte,

stand es für ihn fest: In der kommenden kommunistischen Gesellschaft werde durch die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen die wahre Freiheit anbrechen, ja, unter diesen durch die proletarische Revolution veränderten wirtschaftlichen und politischen Bedingungen, vor allem durch die Beseitigung der Klassen, würde der Mensch von Lebensnot und Lebensangst befreit, sich in Kürze zu einem höherstehenden Wesen mit kollektivem Verantwortungsgefühl entwickeln, das alle seine Pflichten der Gesellschaft gegenüber mit Freuden erfüllen würde. Damit verschwände dann auch jedes Verbrechen und jede Kriminalität, es gäbe keine Gefängnisse mehr, keinen Zwang und keine Vergewaltigung durch den Staat.

Heinz Neumann beherrschte die Kunst der schnellen und präzisen Formulierung. Das Schreiben von Artikeln bereitete ihm keinerlei Schwierigkeiten. Den Handwerkersohn Karl Gröhl, der nur die Volksschule besuchen durfte, beeindruckte diese angeborene Leichtigkeit, mit der Neumann seine Gedanken zu Papier brachte. Er beschloß, die so seltene Fähigkeit zum Nutzen der Partei einzusetzen. Der in jenen Jahren anerkannte Theoretiker der KPD, der »beste Ökonomist und Marxist Westeuropas«, wie ihn, allerdings höhnend, Paul Levi später nannte, war das Mitglied der Zentrale August Thalheimer. Ihm erzählte Karl Gröhl von Heinz Neumann und machte die beiden noch im Jahre 1920 miteinander bekannt. Thalheimer brachte den jungen Mann zu Heinrich Brandler, einem der damaligen »führenden Genossen« der KPD. Brandler hatte eine Zentrale für Berichterstattung geschaffen, in der über die Art der Beiträge, die die Partei für ihre Zeitungen brauchte, beraten und sodann die gewünschten Artikel bestellt wurden. Zu dieser Zentrale gehörten einerseits Leute mit Erfahrungen in der Arbeiterbewegung, in den Betrieben und den Gewerkschaften, andererseits schreibgewandte Intellektuelle und junge Genossen mit revolutionärem Elan. Beide Teile sollten einander befruchten und ergänzen. Zur Mitarbeit in dieser Zentrale zog Brandler auch Neumann heran, und bald schrieb dieser nicht nur für die »Rote Fahne«, das Zentralorgan der KPD, sondern auch für die »Internationale Pressekorrespondenz«, für »Die Internationale« und andere Zeitschriften der Partei.

3

Zweimal Sinowjew

Im Laufe des Jahres 1920 vollzog sich ein Radikalisierungsprozeß unter den deutschen Arbeitern, der vor allem bei den Unabhängigen Sozialdemokraten, der damals stärksten Partei der Weimarer Republik, sichtbare Formen annahm. Ihr linker Flügel bekannte sich zur »Diktatur des Proletariats« und zum »Rätesystem«. So war es folgerichtig, wenn die USPD vier führende Funktionäre, Dittmann, Crispien, Däumig und Stöcker, nach Moskau zum II. Weltkongreß der Komintern entsandte, wo sie über den Beitritt ihrer Partei zur III. Internationale verhandeln sollten. In Moskau wurde jedoch aus diesem Beitritt nichts. Die Statuten und die »21 Bedingungen« Lenins verhinderten vorerst eine Fusion, denn sie versetzten einem Teil der USP einen so tiefgehenden Schock, daß man vor dem geplanten Schritt zurückschreckte.

Über die Einstellung der Kommunisten zu den Führern des rechten USPD-Flügels gibt eine Äußerung Willi Münzenbergs in seinem Buch »Die Dritte Front« beredten Aufschluß. Münzenberg beschreibt seine Begegnung mit den vier Vertretern der USPD auf dem II. Weltkongreß in Moskau folgendermaßen: »Die Unabhängigen versuchten noch am Kongreß ihre zentristische Politik zu verteidigen, aber schon klaffte in ihrer Delegation ein Riß. Von den vier Delegierten waren Ernst Däumig und Walter Stöcker entschlossen, Schluß mit allen Halbheiten zu machen und sich ehrlich zum Programm der Komintern zu bekennen, was sie auch später auf dem historischen Kongreß in Halle ausführten. Aber Crispien und Dittmann sah man es an, daß sie nicht in die Reihen paßten. Sie kamen mir immer wie Heiligenbilder vor, die man vergessen hatte, wegzustellen. Eines Abends stand ich mit Dittmann auf der Terrasse vor dem großen Saal. Blutrot ging die Sonne unter, in ihren Strahlen funkelten und strahlten Hunderte von goldenen Kirchenspitzen und Kreuzen. ›Ein Bild aus Tausendundeiner Nacht‹ sagte ich zu dem neben mir stehenden Dittmann. ›Ja, aber wissen Sie, wie die Badewanne in unserem Hotel aussieht, na, das ist doch keine Kulturstadt.‹ Am liebsten hätte ich den Kerl über die Terrasse geworfen. Den ganzen Tag über redeten sie über die mangelhafte Kanalisation und sahen während ihres Aufenthaltes nichts als die durch das Wetter abgewaschene Fassade eines Hauses. Nach ihrer Rückkehr konnten sie auch nur darüber in den Strickstrumpfabenden ihrer USP-Tanten reden[1].«

Den unentwegt und weiterhin Sowjetbegeisterten aus der USP verwehrte hingegen eine Klausel in den »21 Bedingungen«, wonach in jedem Lande nur eine

Partei Mitglied der Kommunistischen Internationale sein konnte, vorläufig den Beitritt.

Daraufhin rief die USPD im Oktober 1920 in Halle ihren Parteitag zusammen, zu dem, als Vertreter der III. Internationale und der Moskauer Gewerkschaftsinternationale, Grigori Sinowjew, Karl Radek und Salomon Losowski eingeladen worden waren. Das Auftreten Sinowjews, des obersten Chefs der Komintern, beim USP-Parteitag in Halle hinterließ in Deutschland einen nachhaltigen Eindruck von den Methoden der russischen Kommunisten im Kampf gegen andersdenkende Sozialisten. Die Führer und Delegierten des rechten Flügels der USP, unter ihnen Hilferding, Dittmann, Crispien, Ledebour und andere, stellten die Leninschen »21 Bedingungen« zur Diskussion und forderten als Voraussetzung für einen eventuellen Beitritt zur Komintern größere Selbständigkeit, sie machten Front gegen die Vorherrschaft Moskaus in der Komintern und gegen die drohende Abhängigkeit von Rußland.

Der alte Revolutionär Georg Ledebour brachte ein weiteres Problem zur Sprache, den »roten Terror«, und erklärte mit Entschiedenheit, daß ein Sozialist niemals irgendeiner Form des Terrors zustimmen dürfe, weil das unsittlich sei. Jeder, der den roten Terror anerkenne, entlarve sich als Reaktionär. Schon in einer offiziellen Erklärung, die die Vertreter der USPD zum II. Weltkongreß nach Moskau mitgebracht hatten, nahmen sie ausführlich zur Frage des Terrors Stellung. In dem Schreiben heißt es: »Terrorismus als politische Methode bedeutet die Errichtung einer Schreckensherrschaft, bedeutet die Anwendung von staatlichen Gewaltmitteln auch gegen Unschuldige, um durch Einschüchterung und Abschreckung alle Absichten auf Widerstand zu brechen.« Sinowjew, der in Moskau auf dem Weltkongreß zu dieser Erklärung Stellung genommen und sie in Bausch und Bogen verurteilt hatte, vertrat 1919 zur Frage des Terrors in einer Broschüre folgenden typisch kommunistischen Standpunkt: »Wer die dem Proletariat aufgedrungene Notwendigkeit, Gewaltmittel zur Befreiung der ausgebeuteten Mehrheit der Menschheit zu gebrauchen, gleichsetzt dem bürgerlichen Terror, der die Ausbeutung und Versklavung verewigen soll, den Terrorismus der proletarischen Diktatur aus »ethischen« Gründen ablehnt, der ist Gegner der proletarischen Diktatur, ein desto gefährlicherer, wenn er unter der Maske des Anhängers der proletarischen Diktatur in ihre Organe sich einschleichen kann, um ihnen in den Arm zu fallen . . .[2]«

Die Angriffe Ledebours in Halle trieben den dialektisch geschulten Sinowjew, einen vorzüglichen Redner, zu wütenden Gegenattacken, zu Höchstleistungen an hemmungsloser Verdrehung der Wahrheit und zur Ehrabschneiderei. Den rechten USP-Leuten, die trotz aller Meinungsverschiedenheiten mit den Linken und den Kommunisten wieder und immer wieder ihre Sympathie für Sowjetrußland beteuerten, drückte Sinowjew den Stempel »Henker der Arbeiterklasse« auf und entwarf in seinen Reden ein blutrünstiges Bild von der zukünftigen politischen Wirksamkeit dieser Sympathisanten mit der kommunistischen Arbeiterbewegung, die sich, nach Meinung des Generalsekretärs der Komintern, schon jetzt der Bourgeoisie verkauft hätten. »Es ist durchaus keine Übertreibung«, eiferte Sinowjew, »wenn ich sage, daß Ledebour mit seiner Einstellung dem weißen Terror

gegen die Arbeiter den Weg ebnet. Wenn die weißen Offiziere der Orgesch wieder einmal, wie im Januar, die besten Führer der Arbeiterklasse niederschießen, dann wird auch Ledebour sein Teil Schuld daran tragen ... Aus allem geht hervor, daß er nicht ein einfacher, sondern ein blutiger Narr ist ...« – Seiner Hoffnung in die Zukunft gab Sinowjew in folgenden drastischen Worten Ausdruck: »Erst wenn die Arbeiterklasse dieses Ungeziefer« – gemeint sind die Führer des rechten Flügels der USP – »mit ihrem schweren Stiefel zertreten hat, werden ihre Hände frei sein für den endgültigen Zusammenstoß mit den Kapitalisten ...[3]« Bei seinen Anhängern von der linken USPD und bei den anwesenden Kommunisten erntete Sinowjew für diese von Infamien strotzende Rede stürmischen Beifall.

Das Ende des Hallenser Parteitages brachte den gewünschten Erfolg: Die Spaltung der USPD. 237 Delegierte stimmten für den Anschluß an die Kommunistische Internationale, 156 wandten sich dagegen. Sinowjew verließ Halle in Siegesstimmung und gefiel sich in der Behauptung, daß »das Auftreten der Kommunistischen Internationale den Eindruck einer vor der Nase der europäischen Bourgeoisie explodierenden Bombe erweckt« habe[4]. Die Kommunisten hatten Grund zum Jubel: Aus einer zahlenmäßig unbedeutenden Gruppe entstand im Dezember 1920, auf dem Vereinigungsparteitag, durch Verschmelzung der KPD mit den über 300 000 Mitgliedern der linken USPD, eine Massenpartei unter dem Namen »Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands« (VKPD). Das Wort »Spartakus« ließ man wegfallen. Die Vorsitzenden der neuen Partei waren Paul Levi von der KPD und Ernst Däumig von der USPD. Allerdings mischten sich in die laute Freude bald einige Mißtöne. Kritik wurde laut am Zentralismus der Komintern und an deren bürokratischen Methoden. Auch Paul Levi gehörte zu den Kritikern.

Eines stand fest: die Komintern hatte im Laufe ihres anderthalbjährigen Bestehens einen erstaunlichen Aufschwung genommen. Neben den Vertretern der USPD waren auch Delegierte der sozialistischen Parteien Frankreichs und Italiens sowie Vertreter der Arbeiterparteien aller Welt nach Moskau gekommen. Diese Entwicklung führte im Laufe der Jahre 1920/21 neben Halle zu weiteren Spaltungskongressen in Tours und in Livorno, wodurch in einigen europäischen Ländern durch Verschmelzung mit den linken Sozialisten aus den kleinen kommunistischen Parteien plötzlich Massenorganisationen entstanden.

Im Zusammenhang mit dem Parteitag der italienischen Sozialisten in Livorno kam es während des Winters 1920/21 in der Führung der VKPD zu einer Krise. Der Emissär des EKKI, der ungarische Kommunist Mathias Rákosi, der von Moskau nach Italien geschickt worden war, um in Livorno die III. Internationale zu vertreten und die Spaltung der Italienischen Sozialistischen Partei im Interesse der Komintern zu betreiben, unterbrach in Berlin seine Rückreise nach Rußland und begann, ohne Zweifel im Einvernehmen mit Moskau, gegen die »Rechten« in der KPD-Führung zu intrigieren, also gegen Paul Levi, gegen Ernst Däumig und alle jene, die deren politische Einstellung teilten. Dabei kam dem EKKI-Vertreter ein gewisses Maß an Unzufriedenheit in der VKPD mit dem schleppenden Tempo der Revolution zugute. Dieser vorwärts drängende Teil in der kom-

munistischen Partei, bestand vor allem aus ehemaligen USP-Mitgliedern, die die Vereinigung mit der KPD als Garantie für eine sofort einsetzende revolutionäre Aktivität betrachtet hatten und nun gereizt auf deren Einlösung drängten. Eine solche Stimmung kam den Wünschen der Russen entgegen, und Rákosi nutzte sie aus, schuf im ZK der KPD einen »linken Flügel« und provozierte fraktionelle Zusammenstöße gegen die Parteivorsitzenden Paul Levi und Ernst Däumig. Eine von Rákosis Formulierungen lautete: »Der Antiputschismus in der Partei muß liquidiert werden, der linke Flügel muß gut gestützt werden, und die Personen, die in der Leitung schwere Fehler gemacht haben, müssen unbarmherzig entfernt werden[5].«

Levi, der Rákosis Wirken in Livorno, die Art der dort vollzogenen Spaltung der Sozialistischen Partei, für politisch verhängnisvoll hielt, geriet offen mit dem EKKI-Vertreter aneinander, als dieser von der KPD-Führung verlangte, sie solle durch eine Entschließung die Durchführung seines politischen Auftrages in Italien gutheißen und ihn auf diese Weise dem EKKI gegenüber loben. Außerdem, so meinte Rákosi, würde die Zustimmung der KPD-Führung der Livorneser Entscheidung der Komintern den italienischen Sozialisten gegenüber einen größeren Nachdruck verleihen. Die mehr als zweifelhaften Methoden des EKKI-Delegierten empörten Paul Levi derart, daß er sich aus der Parteileitung der VKPD, die in ihrer Mehrheit dem Wunsch Rákosis nachkam, zurückzog. Diese Krise in der Zentrale sollte bei der Vorgeschichte zur sogenannten März-Aktion des Jahres 1921 von Bedeutung werden.

Während im ersten Jahre ihres Bestehens die III. Internationale hauptsächlich propagandistische Aufgaben erfüllte, hatte sie, wie aus dem Auftreten Sinowjews in Halle und dem Rákosis in Livorno und Berlin zu ersehen ist, nach dem erfolgreichen II. Weltkongreß begonnen, auch die Tagespolitik der kommunistischen Parteien mitzubestimmen. Die dabei von Moskau aus angewandten Methoden ließen bald erkennen, daß das Exekutivkomitee der Komintern, dessen Mehrheit aus Vertretern der russischen kommunistischen Partei bestand, sich als der »Generalstab der Weltrevolution« fühlte, und seine Aufgabe in der Internationale gewissermaßen als eine militärische betrachtete. Von Moskau aus erteilte man den Führungen der kommunistischen Parteien ganz einfach Befehle. Als Übermittler dieser Befehle sandte das EKKI seine »Kominterndelegierten« ins Ausland, die mit einer Fülle von Machtvollkommenheit ausgestattet waren und die geplanten revolutionären Aktionen vorantrieben.

Mit dem Winter 1920/21 steigerten sich die wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in Sowjetrußland in bedrohlicher Weise. Am Ende des Bürgerkrieges hofften die Menschen in Rußland, die bolschewistische Regierung werde endlich die Zwangsmaßnahmen des Kriegskommunismus abbauen. Aber nichts dergleichen. Das Gegenteil geschah: Durch die Einführung der Dienstverpflichtung an den Arbeitsplätzen wurde der Druck auf die Arbeiterschaft, die man für die Lähmung des industriellen Aufbaus verantwortlich machte, noch verschärft. Viele Fabriken und Werke waren stillgelegt worden, und die Arbeiter litten unter Hunger und Kälte. In Petrograd, der damals größten Industriestadt Sowjetrußlands, begann das Proletariat gegen die bolschewistischen Unterdrückungsmetho-

den aufzubegehren. Die Regierung rief daraufhin ein sogenanntes Verteidigungskomitee ins Leben, an dessen Spitze Grigori Sinowjew stand, der nicht nur einen Posten in der Komintern bekleidete, sondern gleichzeitig Vorsitzender des Petrograder Stadtsowjets war. Am 24. Februar 1921 traten die Arbeiter der Patronni-Munitionsfabrik, der Trubotschni- und der Baltiiski-Werke sowie der Laferm-Fabrik in den Streik. Sinowjew verurteilte die Streikenden mit scharfen Worten und erklärte, sie seien »arbeitsscheue Egoisten und Konterrevolutionäre«. Am nächsten Tage kam es zu einer Arbeiterdemonstration, die die Regierung von Kadetten der kommunistischen Militär-Akademie auseinandertreiben ließ. Als sich der Streik auch auf andere Betriebe auszudehnen drohte, befahl das Verteidigungskomitee die Aussperrung aller Streikenden. Durch diese Maßnahme gingen die Arbeiter nicht nur ihres Lohnes und ihres Arbeitsplatzes verlustig, sie erhielten für sich und ihre Familien auch keine Lebensmittelrationen. Dieses Vorgehen steigerte die Empörung der Streikenden. Von jetzt ab erschienen Losungen an den Häuserwänden Petrograds, die nicht nur soziale, sondern ausgesprochen politische Forderungen enthielten. In einem solchen Flugblatt vom 27. Februar stand: ». . . in erster Linie brauchen die Arbeiter und Bauern Freiheit. Sie wollen nicht nach den Erlassen der Bolschewiki leben, sondern selbst über ihr Schicksal verfügen . . .« Das Pamphlet endete mit den folgenden Forderungen: »Befreiung aller verhafteten Sozialisten und parteilosen Arbeiter! Aufhebung des Kriegsrechtes und Freiheit der Presse und Versammlung für alle Werktätigen . . .[6]« Das war die Vorgeschichte zum Kronstädter Aufstand, der am 1. März 1921 ausbrach.

Die Matrosen von Kronstadt und mit ihnen die Mehrheit der Besatzung der baltischen Kriegsflotte hatten vor, während und nach der Oktoberrevolution zur Elite jener Teile des russischen Volkes gehört, auf die sich die bolschewistische Partei nicht nur militärisch, sondern auch politisch stützte. Viele Matrosen der Kriegsmarine entstammten der politisch bewußten Arbeiterschaft. Nicht wenige von ihnen hatten wegen revolutionärer Tätigkeit schon unter dem Zaren in den Zuchthäusern gesessen und waren so zu fanatischen Gegnern des Zarismus geworden. Nach ihrer Befreiung durch die Februarrevolution des Jahres 1917 wurden sie zu Anhängern der Bolschewiken und kämpften während der Oktoberrevolution in den vordersten Reihen. Der Kreuzer »Aurora« war es, der, bei der Eroberung der damaligen Hauptstadt Petersburg, das Winterpalais bombardierte, in dem Minister der Kerenski-Regierung Widerstand leisteten, und Matrosen der baltischen Flotte stürmten sodann dieses Gebäude im Bajonettangriff. Ebenso wie die »Aurora« gehörten auch die Kriegsschiffe »Petropawlowsk« und »Sewastopol« zu den Hauptstützen der Bolschewiki. Als dann Kerenski den Versuch machte, Petersburg zurückzuerobern, waren es wiederum Marineeinheiten, die ihn zurückschlugen. Auch während des Bürgerkrieges spielten auf seiten der Bolschewiki neben den lettischen Schützenregimentern die Matrosen eine besonders aggressive Rolle. Bis 1920 gehörte die kommunistische Parteiorganisation in Kronstadt zu den besten des Landes. Doch im Laufe der Jahre 1920/21 änderte sich das Bild.

Schon während der Kerenski-Regierung, vom Februar bis zum Oktober 1917, hatten die Matrosen eine weitgehende Demokratisierung in der gesamten Armee

durchgesetzt. Doch bald darauf begann die bolschewistische Partei die neugebildete Armee zu reorganisieren, und zwar keineswegs auf demokratischer Grundlage. Sie verlangte eiserne Disziplin und führte eine neue Kommando-Hierarchie ein. In der Marine hingegen konnten die Bolschewiken nicht so rigoros durchgreifen, weil sie bei möglichem Widerstand keinen Ersatz für die geschulten Matrosen gefunden hätten. Also blieb es dort, vor allem während der Zeit des Bürgerkrieges, noch beim alten. Die Matrosen bewahrten sich solche Privilegien wie beispielsweise die Wählbarkeit der Kommandeure, eine besondere Errungenschaft der Revolution. Doch bald forderte die Regierung, vor allem Kriegskommissar Trotzki, auch die Kriegsmarine sei einer straffen Disziplin zu unterwerfen. Das führte zu immer stärkeren Spannungen. Die Matrosen der Baltischen Flotte rächten sich für diese Absichten auf höchst interessante Weise. Als die Kommunisten unter ihnen Anfang 1921 Delegierte zum Kongreß der Russischen Kommunistischen Partei wählen mußten, machten sie sich ein Vergnügen daraus, den Kriegskommissar Trotzki durchfallen zu lassen. Zur gleichen Zeit erklärten sie in einer Resolution, die von Trotzki geforderte Einführung militärischer Methoden in der Industrie sei ein verhängnisvoller Fehler und müsse zu deren Ruin führen. Eine weitere Form des Protestes äußerte sich in Massenaustritten aus der Partei. Angeblich verließen damals auf einen Schlag 5000 Matrosen die Russische Kommunistische Partei. Den unmittelbaren Anlaß zur Revolte in Kronstadt gaben jedoch die Streiks der Petrograder Arbeiter.

Zu den ersten Sympathiekundgebungen für die Streikenden kam es auf den beiden Kriegsschiffen »Petropawlowsk« und »Sewastopol«, doch gleich darauf griffen die Demonstrationen auf die gesamte Kronstädter Kriegsflotte und auf die dort stationierten Regimenter der Roten Armee über. Die Matrosen, Soldaten und Arbeiter von Kronstadt verdammten die Methoden, mit denen die Kommunisten die selbstverständlichsten Forderungen der Petrograder Arbeiter unterdrückten. Am 1. März 1921 fand in Kronstadt eine Riesenversammlung unter freiem Himmel statt, die vom Vorsitzenden des Kronstädter Sowjets, dem Kommunisten Wassiliew, geleitet wurde und auf der auch der Präsident der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, Kalinin, sowie der Kommissar der Ostseeflotte, Kusmin, das Wort ergriffen. Einige Tage vor dieser Versammlung hatten die Matrosen der »Petropawlowsk« eine Delegation nach Petrograd geschickt, die nun, nach Kronstadt zurückgekehrt, den Versammlungsteilnehmern von den dortigen Zuständen berichtete. Dieser Bericht löste die heftigste Empörung aus. Anschließend an die Versammlung verlasen die Matrosen eine Resolution, in der sie ihre vorbehaltlose Sympathie mit den Streikenden verkündeten und sofortige freie Wahlen zum Kronstädter Sowjet forderten. Dann verlangten sie eine Abstimmung über diese Resolution. Doch Kalinin und Kusmin wandten sich in scharfen Reden gegen diese Forderung und griffen sowohl die Matrosen als auch die Petrograder Arbeiter in heftiger Form an. Ihre Worte blieben jedoch ohne Wirkung. Die Mehrheit der Versammlung stimmte für die Resolution und beschloß, diese durch eine dreißig Mitglieder umfassende Delegation den Streikenden in Petrograd bekanntzumachen. Die Abordnung machte sich auf den Weg, erreichte jedoch nie ihr Ziel. Die kommunistischen Machthaber verhafteten sie

und ließen alle dreißig spurlos verschwinden ... Das war der erste Schlag gegen Kronstadt.

Der entscheidende Umschwung in der Haltung der Kronstädter trat erst einen Tag später ein, nämlich auf einer Konferenz, an der dreihundert Matrosen- und Arbeiterdelegierte teilnahmen, unter denen sich auch Kommunisten befanden. Sie tagten im Kronstädter »Haus der Erziehung«. Die Hauptredner dieser Konferenz waren Kusmin und Wassiliew. Kusmin war besonders unbeliebt, denn Trotzki hatte ihn nach Kronstadt entsandt, um auch in der Marine »eiserne Disziplin« durchzusetzen. Beide Redner behaupteten, es habe in Petrograd überhaupt keine Unruhen gegeben und beide drohten den Anwesenden mit strengen Vergeltungsmaßnahmen, falls sie weiter an ihren Forderungen festhielten. Am Ende seiner Rede rief Kusmin aus: »Wenn ihr Krieg wollt, sollt ihr ihn haben!« Diese Provokation warf alle Hemmungen über Bord, sie wirkte auf die Delegierten wie Zündstoff. Die Stimmung schlug jäh um, wurde eindeutig antibolschewistisch. In wilder Erregung forderten die Anwesenden das von ihnen gewählte Präsidium der Konferenz auf, die Vertreter der Staatsmacht, Kusmin und Wassiliew, sofort in Schutzhaft zu nehmen. Das geschah. Nach dieser ersten Machtprobe verlangte die Versammlung, daß das Präsidium der Konferenz von jetzt ab die Funktionen eines »Provisorischen Revolutionskomitees« übernehmen und in der Stadt für Ruhe und Ordnung sorgen solle.

Bereits an diesem 2. März 1921 veröffentlichte die Sowjetregierung einen von Lenin und Trotzki unterzeichneten Erlaß, der die Kronstädter der Meuterei beschuldigte und behauptete, deren Forderung nach unabhängigen Sowjets sei »das Werk der Entente-Interventionisten und französischer Spione«. Weiter heißt es dort, die Matrosen seien »Werkzeuge ehemaliger zaristischer Generäle, die zusammen mit sozialrevolutionären Verrätern eine konterrevolutionäre Verschwörung gegen die proletarische Republik in die Wege geleitet« hätten. Mit einem Wust von Lügenmeldungen über die Rolle eines in Kronstadt agierenden angeblich zaristischen Generals namens Koslowski, der der Leiter der Erhebung sei, begann die kommunistische Regierung die Bevölkerung Rußlands und auch das Ausland systematisch gegen die Kronstädter aufzuhetzen. Die Matrosen wehrten sich gegen diese Verleumdung und veröffentlichten die Liste der Mitglieder ihres revolutionären Komitees, das von Peritschenko, Archipoff und Jakowenko geleitet wurde und nur aus Matrosen bestand. Der einzige wirkliche General, der sich in Kronstadt befindet, so betonten sie, sei Kusmin. Ihn aber halte man im Kerker fest. In Kronstadt gab es zwar einen Offizier der Roten Armee namens Koslowski, nur konnte man bei ihm nicht von einem zaristischen General sprechen, denn Koslowski war ein Regimentskommandeur der Roten Armee, einer der wenigen Offiziere, die gleich nach der Novemberrevolution zu den Bolschewiken übergingen und seit dieser Zeit an allen Fronten des Bürgerkrieges gekämpft hatten.

Am 3. März 1921 verhängte die Sowjetregierung über Kronstadt und den gesamten nördlichen Bezirk das Kriegsrecht. In Petrograd herrschte das Verteidigungskomitee unter Führung Sinowjews mit terroristischen Mitteln. Von jetzt ab waren Streiks und jegliche Arbeitsniederlegung streng verboten, ebenso jede

Ansammlung auf der Straße. Ein Erlaß verkündete, daß bei Zuwiderhandlung das Militär von der Waffe Gebrauch machen werde. Die in Petrograd lebenden Familien von Kronstädter Matrosen wurden als Geiseln festgenommen und eine Welle von Verhaftungen und Deportationen ließ die Stadt in Angst erstarren.

Die Insel Kronstadt hingegen lebte in einem Taumel der Freude über die gewonnene Freiheit. Der stürmischen Begeisterung konnten sich selbst die Mitglieder der kommunistischen Partei nicht entziehen. Es herrschte eine Stimmung allgemeiner Verbrüderung. Man erhoffte die Befreiung durch die neue, die »Dritte Revolution« und erwartete, daß sich das russische Volk zur Verteidigung jener Ideale erheben werde, für die es während der Oktoberrevolution gekämpft und um welche die Bolschewiken es betrogen hatten. Das Provisorische Revolutionskomitee amtierte im »Volkshaus« von Kronstadt und seine Maßnahmen waren vom Prinzip »Gleiches Recht für alle und Vorrechte für keinen« erfüllt. Es gab einheitliche Lebensmittelrationen. Eine Ausnahme machten lediglich die Krankenhäuser und die Kinderheime, die eine größere Zuteilung erhielten. Viele Kommunisten von Kronstadt schickten Zuschriften an die Zeitung mit der Mitteilung, daß »ihr Verbleiben in der Partei des Henkers Trotzki« unmöglich geworden sei. Die Mannschaft eines Kronstädter Forts sandte eine Sympathieerklärung, in der es u. a. heißt: »Wir, Soldaten der Roten Armee des Forts Krasno-Armejet, stehen geschlossen hinter dem Revolutionskomitee und sind bereit, das Revolutionskomitee, die Arbeiter und Bauern bis zum letzten Atemzug zu verteidigen ... Jetzt, wo wir uns von dem drei Jahre währenden kommunistischen Joch und seinem Terror befreit haben, werden wir eher sterben als auch nur einen Schritt zurückweichen ...[7]« In Kronstadt konzentrierte sich alles auf die Vorbereitungen zur ersten echten und gerechten Wahl zum neuen Sowjet. Freie Sowjets, das schien ihnen der einzige Weg, sich der Unterdrückung durch die kommunistische Bürokratie zu entziehen. Jetzt wollten sie Lenins Versprechungen von 1917 verwirklichen. Ihr Ziel war: Alle Macht den Räten! Ein am 6. März 1921 in die Welt gesandter Funkspruch ist typisch für die Haltung der Befreiten: »Unsere Sache ist gerecht; wir kämpfen für die Macht der Räte, nicht der Parteien. Wir treten ein für die freie Wahl von Vertretern der arbeitenden Klassen. Die kommunistisch gelenkten Räte waren unseren Nöten und Forderungen gegenüber immer taub, sie antworteten nur mit Kugeln ... Genossen, nicht allein, daß sie euch betrügen, nein, sie entstellen bewußt die Wahrheit und nehmen zu den abscheulichsten Verunglimpfungen ihre Zuflucht ... In Kronstadt liegt die gesamte Macht uneingeschränkt in den Händen der revolutionären Matrosen, Arbeiter und Soldaten – nicht in den Händen der von einem gewissen Koslowski geleiteten Konterrevolutionäre, wie euch der lügnerische Moskauer Sender glauben machen will ... Zögert nicht, Genossen! Schließt Euch uns an, nehmt mit uns Verbindung auf! Fordert die Zulassung Eurer Delegierten nach Kronstadt! ...[8]«

Am 5. März 1921 stellte Trotzki, der Vorsitzende des Revolutionären Militärrates der Republik, ein Ultimatum an Kronstadt mit der Aufforderung, sich zu unterwerfen. Dann folgte ein Erlaß, der den Satz enthielt: »Ich werde euch abknallen wie die Fasanen!« Am Abend des 7. März begannen, unter Führung des Generals Tuchatschewski, Truppen der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik

Kronstadt unter Artilleriebeschuß zu nehmen. Unter dieser tödlichen Bedrohung kämpften die Aufständischen nicht nur um ihr Leben und ihre Freiheit, sie versuchten auch immer wieder in Funksprüchen und Artikeln die lügnerische offizielle Sowjetpropaganda zu widerlegen. In einem dieser Artikel, der am 10. März in der Kronstädter »Iswestija« erschien, heißt es: »Von der Oktoberrevolution hatte die Arbeiterklasse ihre Befreiung erhofft; sie führte aber nur zu einer noch größeren Versklavung der menschlichen Persönlichkeit. Durch die Fesselung der Arbeiter an die Fabrik hat man eine neue Sklaverei geschaffen. Die elementaren Aufstände, durch die das Bauerntum seinen Protest ausdrückt, und die durch die Not erzwungenen Streiks der Arbeiter werden mit Massenerschießungen nach der Methode der zaristischen Generäle unterdrückt. In einem Meer von Blut ersticken die Kommunisten alle großen Parolen der Arbeiterrevolution. Nein, die russische kommunistische Partei ist keine Vertreterin der arbeitenden Massen ... Die Macht des zaristischen Polizeistaates fiel in die Hände von Usurpatoren, die, anstatt dem Volke die Freiheit zu geben, es von der Tscheka terrorisieren ließen ... Am furchtbarsten ist die geistige Knebelung des Volkes durch die Kommunisten, die jeden zwingen, nach kommunistischer Vorschrift zu denken, die ihre Hand auf die Seele der arbeitenden Massen gelegt haben ... In Kronstadt wurde das Banner der Rebellion gegen die dreijährige Tyrannei erhoben ... Ohne einen einzigen Schuß, ohne auch nur einen Blutstropfen zu vergießen, wurde der erste Schritt getan. Die arbeitenden Klassen verlangen kein Blut, sie werden es nur für die Verteidigung ihres Lebens vergießen ...[9]« Trotz aller Provokationen der bolschewistischen Regierung ließen sich die Aufständischen, diese einfachen Matrosen und Arbeiter, nicht zu Terrorakten hinreißen. In Kronstadt wurde keinem Kommunisten ein Haar gekrümmt.

Nachdem am Abend des 7. März von den Petrograder Forts aus der Artilleriebeschuß auf Stadt und Bevölkerung begonnen hatte, versuchten die Bolschewiken, die inzwischen ihre zuverlässigsten Divisionen zusammengezogen hatten, Kronstadt zu erstürmen. Von zwei Seiten fluteten Soldaten in Schneehemden im Dunkel der Nacht über das Eis der breiten finnischen Bucht. Auf der Hälfte des Weges wurden sie von einem Schneesturm überrascht und Tausende erfroren in der eisigen Winternacht. Von dieser ersten Welle erreichten nur wenige die Insel. Doch die Bolschewiken setzten täglich neue Truppen ein, jagten weiter Tausende regierungstreuer Soldaten über das Eis und viele davon in den Tod.

Langsam aber begannen die Kronstädter zu erlahmen. Sie litten Mangel an Proviant und an Menschen, sie besaßen keinerlei Reserven. Der erbitterte, Tag und Nacht ununterbrochene Kampf erschöpfte ihre Kräfte. Doch bis zum Letzten blieben sie standhaft, schlugen verzweifelt zurück, immer in der Hoffnung auf die Hilfe ihrer Genossen von draußen, vom Festland her, immer in der Erwartung auf den Ausbruch der Dritten Revolution in anderen Teilen Rußlands. Erschütternd ist ein Appell des Provisorischen Revolutionskomitees vom 11. März 1921: »Genossen Arbeiter, Kronstadt kämpft für Euch, für die Hungernden, die Frierenden und die Schutzlosen ... Kronstadt hat das Banner der Rebellion erhoben und ist gewiß, daß Millionen Arbeiter und Bauern diesem Rufe folgen werden. Es ist undenkbar, daß dies Morgenrot, das von Kronstadt ausging, nicht zum

hellen Tageslicht für ganz Rußland werden sollte. Es ist undenkbar, daß durch die Kronstädter Explosion nicht das gesamte Rußland, vor allem aber Petrograd, aufgeweckt werden sollte[10].«

Am Morgen des 17. März 1921 brachen die Bolschewiki in Kronstadt ein. Während des ganzen Tages und der darauffolgenden Nacht schlugen sich die tapferen Matrosen, Soldaten und Arbeiter, bis sie schließlich einer vielfachen Übermacht erlagen. Dann begann ein entsetzliches Gemetzel. An Männern, Frauen und auch Kindern wurde Rache genommen . . .

Lenin gedachte der blutigen Tragödie in dürren Worten: »Am kennzeichnendsten für die Kronstädter Ereignisse sind gerade die Schwankungen des kleinbürgerlichen Elements. Etwas Festgeformtes, Klares, Bestimmtes ist kaum zu merken. Wir hörten nebelhafte Schlagworte wie ›Freiheit‹, ›freier Handel‹ oder ›Befreiung vom Joch‹, ›Sowjets ohne Bolschewiken‹ oder ›Neuwahl der Sowjets‹ oder ›Befreiung von der Parteidiktatur‹ und so weiter und so fort. Sowohl die Menschewiken als auch die Sozialrevolutionäre proklamieren, die Kronstädter Bewegung sei ›ihre‹ Bewegung. Denn die Bourgeoisie ist tatsächlich eine Klassenmacht, die unter dem Kapitalismus unvermeidlich herrscht, sowohl in der Monarchie, als in der allerdemokratischsten Republik, und ebenso unvermeidlich auch die Unterstützung der Weltbourgeoisie genießt. Das Kleinbürgertum aber, das heißt, alle Helden der Zweiten und der ›Zweieinhalbten‹ Internationale, kann, dem ökonomischen Wesen nach, nichts anderes sein als der Ausdruck der Klassenohnmacht[11].«

4

»Vor Leuna sind viele gefallen...«

Ebenso wie Lenin hatte die Mehrzahl der Bolschewiki nach dem Sieg in Rußland ihre Hoffnung auf einen revolutionären Umsturz in Deutschland gesetzt. Die deutsche Revolution jedoch ließ auf sich warten. Der Wunsch, mit der gespannten und bedrohlichen innenpolitischen Lage fertig zu werden, und von der Misere im eigenen Lande abzulenken, trieb schließlich die unter Führung der Russen stehende Exekutive der Komintern zu dem Entschluß, den erschütterten Glauben an die kommunistische Weltrevolution durch Aufstände im Ausland wieder zu festigen. Deshalb sollte eine revolutionäre Entwicklung in Deutschland provoziert werden. So schickte man die Kominternemissäre Pepper-Poganyi, einen ungarischen Kommunisten, ferner Guralski, ein KP-Mitglied aus Polen, und den Aufstandsspezialisten Bela Kun, den ehemaligen Führer der ungarischen Räterepublik vom Jahre 1919, nach Berlin. Vorsichtshalber gab man aber den Moskauer Abgesandten keinen formulierten Auftrag zur Entfesselung einer Aktion mit auf den Weg. Das war so üblich bei der Komintern, um sich bei einer eventuellen Niederlage leichter aus der Affäre ziehen zu können. Doch Bela Kun war seiner Sache sicher, er wußte sich einer Meinung mit Sinowjew und Bucharin, er kannte die Hoffnungen Moskaus auf einen Umsturz in Deutschland. Die Stimmung bei den Mitgliedern des linken Flügels der VKPD kam diesen Wünschen entgegen. Unter ihnen konnte man Argumente hören wie »Man muß den Russen helfen!« oder »Wir müssen eine neue ungarische Räterepublik errichten«. Die Komintern-Emissäre waren der Meinung, man müsse jetzt darangehen, das Geschick der Partei und der Revolution selbst zu zwingen. Mit der optimistischen Losung »Die Zeit ist reif zum Losschlagen!« traf man sodann die Vorbereitungen zur Aktion. In einem nicht für die Parteiöffentlichkeit bestimmten Brief Karl Radeks vom 14. März 1921, der »An das Zentralkomitee der VKPD. An die Genossen Brandler, Thalheimer, Frölich, Meyer, Böttcher, Felix«, gerichtet ist, stehen folgende unmißverständliche Sätze: ›... Wenn Ihr jetzt nicht alles tut, um durch das ununterbrochene Drängen nach Aktion der kommunistischen Masse das Gefühl ihrer Notwendigkeit beizubringen, werdet Ihr in einem großen Moment wieder versagen ... Falls Krieg kommt, nicht an Frieden, nur Protest, sondern an das Waffenkriegen denken ...[1]«

Damals, noch ganz ahnungslos, sollte ich durch einen Zufall einen kleinen Einblick bekommen in die Methoden der Vorbereitung eines kommunistischen »Aufstandes«. Anfang Februar 1921 lebte ich in Heidelberg und war erst seit einigen

Wochen Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes. Zu den größten Fabriken dieser Stadt gehören die Portland-Zementwerke. Dort arbeiteten während der Universitätsferien auch Studenten, teils, um Geld zu verdienen, aber auch, soweit sie Kommunisten waren, um ihre proletarische Gesinnung unter Beweis zu stellen. Mein späterer Mann, Rafael Buber, war als Student ebenfalls einige Zeit Arbeiter im Zementsteinbruch gewesen und kannte dadurch dessen Einrichtungen genau. Eines Tages, es war wohl Ende Februar oder Anfang März 1921, setzte sich ein geheimnisvoller Parteigenosse mit Rafael Buber in Verbindung und erteilte ihm sowie einem weiteren Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes einen konspirativen Auftrag. Sie sollten nachts in das umzäunte Gelände des Steinbruchs eindringen, den Schuppen, in dem die Säcke mit Dynamit lagerten, aufbrechen und den Sprengstoff auf einen mitgebrachten Wagen laden. Alles wäre wahrscheinlich ohne Störung verlaufen, doch ein Sack platzte, und der Mithelfer Bubers griff in das Dynamit. Sofort verfärbten sich seine Hände und vor allem die Fingernägel quittegelb, was sich weder durch Wasser noch Seife entfernen ließ. Nachdem der Wagen mit dem Sprengstoff noch während der Nacht am verabredeten Ort übernommen worden war, mußte der junge Mann, die Hände sorgfältig unter Handschuhen verborgen, an die nächste östliche Grenze gebracht werden, wo der KP-Apparat seinen Weitertransport übernahm. Wir empfanden das ganze Dynamitunternehmen als höchst romantisch, zerbrachen uns aber den Kopf, was man mit solchen Mengen von Sprengstoff eigentlich vorhatte.

Die Wiener »Arbeiter Zeitung« schrieb am 15. März 1921: »Man wünscht, daß die illegale Organisation, die gemäß der 21 Bedingungen auch die deutsche Kommunistische Partei sich schaffen mußte, sich, sei es auch um den Preis von Menschenopfern und Niederlagen, im bewaffneten Kampf übe. Wie viele andere Lehren des alten französischen Syndikalismus hat der Bolschewismus auch die von der ›revolutionären Gymnastik‹ übernommen.«

Am 17. März 1921, demselben Tag, an dem der Kronstädter Aufstand im Blut erstickt war, begann in Mitteldeutschland die von Moskau gegen jeden gesunden Menschenverstand in Szene gesetzte März-Aktion. Wieviel einfachen Mitgliedern der KPD mag damals die schauerliche Ironie dieses Zusammentreffens aufgegangen sein? Selbst wenn anderes als die Moskauer Lügenmeldungen, selbst wenn die Wahrheit über den Heldenkampf der Kronstädter Matrosen für die Freiheit zu ihnen gedrungen wären, Gehör hätte sie wahrscheinlich nicht gefunden, sie wäre abgetan worden als konterrevolutionäre Propaganda, mit jenem wissenden Lächeln, das die tragische Taubheit des bedingungslos Gläubigen enthüllt.

Heinz Neumann, nun seit einem Jahr Mitglied der KPD, eifriger Mitarbeiter in Brandlers Berichterstatter-Zentrale und gelehriger Schüler des Theoretikers Thalheimer, mochte vielleicht ein wenig besser unterrichtet gewesen sein als das gewöhnliche Parteimitglied, aber auch er hatte sicher keine andere Art des Lächelns für die spärlichen Gerüchte, die möglicherweise aus dem »Vaterland des Weltproletariats« zu ihm herüberdrangen. Das Signal zum Losschlagen in Mitteldeutschland erfüllte sein jugendliches, nach Abenteuern dürstendes Herz mit erwartungsvoller Vorfreude, wenn es ihm auch nur beschieden war, am Schreib-

tisch für den Sieg der sozialistischen Revolution zu kämpfen. Wie hätte er, der noch nicht Neunzehnjährige, begreifen sollen, daß die bewunderten Befreier vom Joch des Zarismus soeben die Brutalität jenes Zarismus in den Schatten ihrer eigenen Brutalität gestellt hatten, und daß sie gerade dabei waren, aus Ignoranz und politischem Egoismus das Leben deutscher Arbeiter bedenkenlos aufs Spiel zu setzen?

Als Ausgangspunkt der revolutionären Aktionen hatte die Berliner Zentrale der KPD unter Anleitung der Kominterndelegation das mitteldeutsche Industriegebiet, den Bezirk Halle-Merseburg, vorgesehen, da dort die kommunistische Partei über viele Anhänger verfügte. Allein in den Leunawerken gab es unter 22 000 Beschäftigten 2500 KPD-Mitglieder, und der Bezirk Halle brachte der kommunistischen Partei bei den Landtagswahlen im Frühjahr 1921 große Stimmengewinne.

Schon in der zweiten Märzwoche 1921 erschienen in der kommunistischen Presse Artikel in forciert aufrührerischer Sprache. Diese Pressekampagne fand ihren Höhepunkt in einer Proklamation der Berliner »Roten Fahne«, die in Riesenbuchstaben mit dem Satz schloß: »Die Waffen in die Hand der Arbeiter!« Danach gab es für die meisten Leser der kommunistischen Zeitungen keinen Zweifel mehr, daß man sich am Vorabend der Revolution befand. In Mitteldeutschland, wo durch die aufputschende Pressekampagne und die gesteigerte Wirksamkeit des unterirdischen Apparates der KPD, der den Weisungen der Komintern-Emissäre unterstand, bei den Arbeitern bereits eine entsprechende Spannung herrschte, befolgten die gehorsamen und treuen KPD-Genossen – und auch jene von der KAPD – die Aufforderung der kommunistischen Parteiführung, pfiffen auf die Gesetze und beschafften sich Waffen, wo sie sie fanden.

Schon Tage vor dem Beginn der Märzkämpfe hatte die Berliner KPD-Zentrale die Aktionspläne erhalten und alle Vorbereitungen zum Losschlagen getroffen. Trotz strengster Geheimhaltung blieben aber diese Aufstandsvorbereitungen nicht verborgen. Als der Aufruf »Zu den Waffen!« erschienen war, stellte die Führung der KPD zu ihrer größten Überraschung fest, daß der Oberpräsident Hörsing die preußische Sicherheitspolizei bereits am 17. März in das Gebiet von Mansfeld hatte einmarschieren lassen. Sie sollte die Arbeiter entwaffnen. Diese Maßnahme bedeutete einen schweren Schlag gegen die Revolutionspläne der Moskauer Komintern-Führung. Die Propaganda der Partei hatte jedoch die Gemüter ihrer Mitglieder schon derart aufgestachelt, daß es nur noch einen Ausweg gab: den Angriff, koste es, was es wolle. So eröffneten die Kommunisten des Mansfelder Industriegebiets den Kampf gegen die Truppen der Sicherheitspolizei. Sie riefen schon am 22. März zum Generalstreik auf, während ihn die KPD-Führung in Berlin erst zwei Tage später proklamierte, nämlich am Abend des 24. März, einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, weil es der Tag vor Karfreitag war, dem vier arbeitsfreie Tage folgten. An diesem Donnerstag war in Mitteldeutschland der bewaffnete Aufstand bereits ausgebrochen. Weshalb die KPD zum Generalstreik aufrief, blieb, abgesehen von einigen Orten Mitteldeutschlands, der Arbeiterschaft im übrigen Deutschland unverständlich, weil es dort noch weniger eine revolutionäre Situation gab als in Mitteldeutschland.

Erst nach Ostern entnahmen wir Heidelberger Zeitungen, wozu die Kommunisten diese Mengen an Dynamit gebraucht hatten. Da war zu lesen, daß auf den Schnellzug Halle–Leipzig ein Bombenattentat verübt worden sei, daß an verschiedenen Orten Eisenbahnbrücken in die Luft gesprengt wurden und sogar ein Anschlag auf die Siegessäule in Berlin versucht wurde. In den Nachrichten über die revolutionären Kämpfe in Mitteldeutschland tauchte immer wieder ein bestimmter Name auf, der von Max Hölz. Als wir in Heidelberg von seinen »Heldentaten« beim Aufstand in Mitteldeutschland erfuhren, hatten wir keine Ahnung von seinem wirklichen Treiben. Für uns und für viele andere war er so etwas wie der Schinderhannes zur Zeit der Französischen Revolution, der die Reichen enteignete und die Armen beschenkte. Dieser legendäre Ruf von Max Hölz war nach 1918 entstanden. Hölz, der Sohn eines Landarbeiters, kehrte damals aus dem Kriege in seine Heimat, ins Vogtland, zurück und gründete in der kleinen Industriestadt Falkenstein zusammen mit dem Leiter der dortigen USPD einen Arbeiter- und Soldatenrat. Schon bald geriet er jedoch in Konflikt mit den USPD-Leuten, die ihn kurzerhand aus dem Arbeiter- und Soldatenrat hinauswarfen. Diese linken Sozialisten lehnten Hölz als ein fremdes Element ganz entschieden ab. Doch nicht so die Arbeitslosen, die in größter Not lebten. Sie setzten ihre ganze Hoffnung auf die Hilfe des Kämpfers Max Hölz, baten ihn, eine Versammlung zu organisieren und dort die Öffentlichkeit, vor allem den Bürgermeister, unter Druck zu setzen.

Es war die erste Massenversammlung, auf der Hölz sprach. Wahrscheinlich ging ihm dabei auf, wie stark seine Wirkung auf die Menge war. Er berauschte sich an seinen Worten, war von leidenschaftlichem Haß gegen die Reichen erfüllt und rief am Schluß seiner Rede zum sofortigen Handeln auf. An der Spitze der fanatisierten Menge stürmte er sodann das Rathaus von Falkenstein. Man zerrte den Bürgermeister heraus und zwang ihn, zwischen zwei Arbeiterinnen, die ihn an den Schultern gepackt hielten, die Spitze des Demonstrationszuges zu bilden, der durch die ganze Stadt zog.

Nach diesem Vorfall wurde über Falkenstein der Belagerungszustand verhängt und gegen Hölz ein Haftbefehl erlassen. Er entfloh in die Wälder und begann, seinem Bedürfnis nach Revolte, Rache und Terror zu frönen. Sein anarchistisches Temperament trieb ihn zur direkten Aktion. Obgleich versteckt lebend, wiegelte er nach kurzer Zeit die Arbeitslosen zu einem neuerlichen Sturm aufs Rathaus auf. Mit einer Mischung von Drohung, Erpressung und Lüge brachten sie den verschüchterten Bürgermeister dahin, daß er das Abrücken der Soldaten aus der Stadt erwirkte. Damit hatte Hölz freie Bahn. Er verhaftete den Bürgermeister, ließ eine ganze Anzahl wohlhabender Bürger der Stadt als Geiseln festnehmen und schritt dann, umgeben von einer Schar ihm höriger Arbeitsloser, zur »Expropriation der Kapitalisten« von Falkenstein, d. h. er stahl ihnen Geld und Lebensmittel. Das Geraubte verteilte er unter die Armen der Stadt. Nach diesen Erfolgen wurde er immer kühner. Er schrieb Erpressungsbriefe an einen Gutsbesitzer, bedrohte diesen, er werde ihm alle Pferde wegnehmen und verkaufen, wenn er nicht sofort 10 000 Mark herausrücke. Der Gutsbesitzer sandte sogleich das verlangte Geld, und Max Hölz zahlte damit dessen Landarbeitern zusätzliche Löhne.

Zweiter Weltkongreß der
Kommunistischen Internationale
in Moskau (1920).
Lenin spricht

Der Kapp-Putsch
in Berlin (1920)

Rotarmisten
im Ruhrgebiet (1920)

Im Jahre 1919 trat Hölz der KPD bei. Ein linientreuer Kommunist wurde er jedoch nie. Als er wiederum fliehen mußte, begann er unter falschem Namen überall im Vogtland auf kommunistischen Versammlungen zu sprechen. Wo er auch hinkam, begrüßte ihn frenetischer Beifall. Doch er hielt nicht nur Reden. Die Kommunisten benutzten ihn auch zu Gefährlicherem. In ihrem Auftrag überfiel er zusammen mit seinen Kumpanen einen Richter, der sich bei irgendeinem Prozeß gegen Arbeiter verhaßt gemacht hatte, und schlug ihn brutal zusammen. Während einer Eisenbahnfahrt wurde er kurz darauf von einem Polizisten erkannt. Dieser alarmierte sofort die Polizeistation, um Hölz zu verhaften. Eine ganze Gruppe Uniformierter stürmte in den Zug. Da zog Hölz aus der Tasche eine Handgranate und brüllte: »Sowie jemand wagt, mich anzurühren, jage ich den ganzen Waggon in die Luft!« Im Laufe von Sekunden war er allein und konnte ungehindert entfliehen.

Schon im März 1920, während des Kapp-Putsches, nehmen Hölz' Aktionen paramilitärischen Charakter an. Er sammelt ungefähr 2000 Mann um sich, arbeitslose Heimarbeiter und allerhand dunkle Elemente, um, wie er erklärte, gegen die reaktionären Freikorps zu kämpfen. So marschieren sie auf Falkenstein. Es kommt zu Straßenkämpfen. Den Rebellen gelingt es, sich Waffen anzueignen und dann, nach guter alter Partisanenmethode, ohne wesentliche Verluste den Rückzug in die Wälder anzutreten. Im Nachbarort Auerbach findet eine große Versammlung der Arbeiter statt. Dort proklamiert Hölz die Räterepublik Vogtland und fordert alle Männer auf, sich in seine »Rote Armee« einzureihen. Begeisterte Zustimmung ist die Antwort. Sofort brechen sie auf, Max Hölz an der Spitze, und entwaffnen nach erbittertem Straßenkampf, der Tote und Verletzte kostet, die Polizei von Auerbach. Nach diesem Erfolg schlägt Hölz immer drohendere Töne an. Es gelingt ihm, den Abzug der Truppen aus Falkenstein zu erzwingen. Dann beginnt sein Regiment. Er tyrannisiert die Bürger, die in ihrer Angst sofort 45 000 Mark für die Verpflegung und Ausrüstung der Hölzschen Armee zahlen. Hölz führt darauf einen Bewegungskrieg, zieht von Ort zu Ort, und sein angeblicher Kampf gegen die Freikorps nimmt immer wüstere Formen an. Schließlich gelingt es den Soldaten der Sicherheitspolizei, die Hölzschen Banden in die Flucht zu schlagen. Ihr Führer verschwindet über die tschechoslowakische Grenze.

Zwei Tage nach dem Beginn des Putsches im März 1921 kehrte Max Hölz nach Deutschland zurück. Er erschien bei einer großen Versammlung in Eisleben, ergriff das Wort und erklärte den Arbeitern, die ihn stürmisch begrüßten, daß in ganz Deutschland bereits die Flammen des Aufruhrs loderten, und es nun höchste Zeit für die Mansfelder sei, auch in Aktion zu treten. Mit einem Schwall revolutionärer Phrasen forderte er die Arbeiter zu Terror und Plünderungen auf, zur Besetzung der Fabriken und gab die Parole aus, daß alle Betriebe, die nicht sofort in den Streik träten, gewaltsam geschlossen würden. Mit seiner Heilsbotschaft des roten Terrors faszinierte er die Massen. Joseph Schneider, der eigentliche KP-Führer von Eisleben, wurde sein Adjutant und war Wachs in den Händen des Rebellen. Unter dem Druck des Hölzschen Terrors standen schon am nächsten Tage alle Betriebe still. Immer mehr Aufständische schlossen sich Max Hölz an. Bis zum 24. März beherrschten und terrorisierten sie die Stadt. Als die Polizei

dann aber von außen Verstärkung erhielt, zog sich Hölz mit seiner Gefolgschaft aus Eisleben zurück.

Zusammen mit einem gewissen Plättner, einem Mitglied der KAPD, ernannte sich Hölz zum militärischen Führer im Aufstandsgebiet, und die ihm Untergeordneten zu »politischen« und »militärischen« Kommissaren. In kurzer Zeit besetzten die Trupps, die seinem Kommando unterstanden, das Gebiet von Eisleben bis Mansfeld. Im Einverständnis mit der kommunistischen Aufstandsleitung forderte Hölz die Arbeiter zum Eintritt in die Roten Kampfgruppen auf, bildete ein »Großes Hauptquartier« und reihte alle Männer zwischen 18 und 45 gewaltsam in seine »Rote Armee« ein. Hölz ließ Plakate mit folgender Erklärung und seiner Unterschrift an die Häuserwände kleben: »Wer die Aufforderung zum Waffendienst nicht befolgt, wird erschossen!« Die Waffen bezogen Hölz und seine Truppen vorwiegend aus den Beständen, die die Arbeiter während des Kapp-Putsches den Bürgerwehren abgenommen hatten. Mit dem Erscheinen von Hölz hatte sich die Situation völlig verändert. Vorher zeigten die Arbeiter in diesem Gebiet eher eine Neigung, wieder in die Betriebe zurückzukehren, und hatten nur zögernd auf die Weisung der Berliner Zentrale der KPD reagiert, den Kampf mit allen Mitteln fortzuführen und ihn zum bewaffneten Aufstand zu steigern. Nun aber gingen sie zum Angriff gegen die Sicherheitspolizei vor, fuhren in Lastautos und anderen Gefährten von einem Ort zum anderen, riefen überall die »Diktatur des Proletariats« aus, requirierten, plünderten Geschäfte, warfen Handgranaten in Polizeireviere, richteten in allen Orten, die sie »einnahmen«, Dynamitanschläge gegen Rathäuser, Steuerämter, Banken, Gerichtsgebäude, Eisenbahnanlagen und auch Privathäuser. Sie nahmen Geiseln gefangen, legten Brände, so in Eisleben, und beraubten die Banken, die Sparkassen, die Postämter und die Bahnhöfe. Darauf wurde über ganz Sachsen der Belagerungszustand verhängt. Die kommunistischen Zeitungen brachten über diesen Kleinkrieg ganz im Ludendorffschen Stil gehaltene Heeresberichte und versuchten den Anschein zu erwecken, als gebe es in diesem Gebiet eine gut organisierte Rote Armee.

Max Hölz besaß eine erstaunliche Suggestionskraft. In diesem Rebellentyp mischten sich auf seltsame Weise Räuberromantik, Geltungsbedürfnis und der heftige Drang zum Aufbegehren mit primitiver Eitelkeit und auch manchen kriminellen Zügen. Es verschaffte Hölz zum Beispiel große Befriedigung, in den Zeitungen immer wieder seinen Namen zu lesen. Nur Meldungen, in denen *er* genannt wurde, interessierten ihn. Wie sich während der Märzereignisse zeigte, waren Hölz und viele seiner Mitkämpfer ganz und gar von militärischen Vorstellungen beherrscht, die wahrscheinlich noch aus der Kriegszeit in ihren Köpfen steckten. Daher rührte ihr hochstaplerischer militärischer Jargon, der allerdings dem kommunistischen sehr entsprach.

Es war übrigens nicht nur Max Hölz, der die mitteldeutschen Arbeiter unter Erpressung und Drohung zu den Aktionen zwang. Die Kommunisten unter ihnen und jene, die mit der KPD sympathisierten, gehorchten den Aufrufen und Befehlen ihrer Parteiführung. Sie glaubten, es sei die Wahrheit, wenn in den KP-Zeitungen stand, daß in Deutschland der Kapitalismus bereits zusammengebrochen sei, der bürgerliche Staat jeden Augenblick gestürzt werden würde und die

Deutsche Räterepublik errichtet werde. Offensichtlich gehörten diese Lügenmeldungen auch mit zur Strategie und Taktik einer Revolution, wie sie sich die EKKI-Delegierten Bela Kun, Guralski und die anderen vorstellten.

Nach Ostern fruchtete auch in Hamburg die kommunistische Aufstandspropaganda. 1500 Arbeiter besetzten die Werft von Blohm & Voss, und bei blutigen Zusammenstößen mit der Polizei mußten auf den Straßen Hamburgs 30 Arbeiter ihr Leben lassen. Für die Art der kommunistischen Agitation spricht ein damals in Sachsen verbreitetes Flugblatt folgenden Inhalts: »Bewaffnet Euch, wie Ihr immer könnt. Holt Euch die Waffen der Konterrevolution. Kein Sipo darf mit Waffen über Euren Weg. Der schärfste Generalstreik schlägt Euch die Bresche. Es geht ums Ganze. Es geht um die Diktatur des Proletariats ... Hört Ihr die donnernden Rufe Eurer Brüder? Heute noch müßt Ihr handeln! Heute noch muß es donnern zum Sturm[2]!«

Die Hochburg der Kommunisten in Mitteldeutschland waren die riesigen Leunawerke. Nach einem Bericht der kommunistischen Zeitschrift »Der Parteiarbeiter« vom Jahre 1924 fand am 21. März 1921 in den Leunawerken eine Versammlung statt, »in der 12 000 Arbeiter den Beschluß faßten, in den Kampf zu ziehen, um die Schupo zu entwaffnen. Am 22. März wurden bereits in den Werken unter die Arbeiter Waffen verteilt, und am 23. und 24. war die militärische Organisierung im Gange. Es wurden insgesamt 15 Hundertschaften zu Fuß, eine Pionier- und eine Radfahrabteilung gebildet. Die Ausrüstung war unvollkommen, denn es standen nicht für jeden roten Soldaten Waffen zur Verfügung. Jedenfalls gab es genug Waffen, Maschinengewehre und Handgranaten, um die Leunawerke militärisch zu einem wichtigen Zentrum zu machen ...[3]« – Soweit die kommunistische Darstellung. – Nach einem Bericht der »Freiheit« vom 23. März 1921 stellten die Arbeiter des Leunawerkes folgende Forderungen: »1. Sofortige Zurückziehung der Sipo- und Militärbesatzung aus Mitteldeutschland. 2. Entwaffnung der Orgesch und ihrer Helfershelfer. 3. Bewaffnung der Arbeiterschaft zur Abwehr der konterrevolutionären Anschläge. 4. Bei Besetzung der Werke wird sofort die Arbeit eingestellt.« Mit der Bildung eines »Aktionsausschusses«, der unter Führung eines gewissen Kempin stand, hatten die Kommunisten, die KAP-Leute und die von der Arbeiterunion die Herrschaft über das Leunawerk errichtet. Es gelang einer verschwindenden Minderheit, die Mehrheit der Arbeiter, nämlich 22 000 Mann, am Verlassen des Betriebes zu verhindern. Die »Freiheit« vom 23. März berichtet: »Die Terroristen, die bewaffnet sind, haben ... nur die Arbeiter unter 18 und über 45 Jahren entlassen, die übrigen werden von ihnen gefangen gehalten ...«

Dann verkündeten die Leunaer Kommunisten und ihre Anhänger den Generalstreik, um die Aufständischen im Mansfelder Gebiet zu unterstützen. Trotz scharfer Kontrolle an den Toren des Werkes gelang es aber doch Tausenden von Arbeitern, die gegen den Aufstand waren, heimlich bei Nacht das Leunawerk zu verlassen. – Eine Woche lang hielten sich die Kommunisten in Leuna. Als die Truppen der Sicherheitspolizei anrückten, suchten die politischen und militärischen Leiter der Aktion mit einem Teil der Waffen und unter Mitnahme eines großen Geldbetrags aus dem Direktionszimmer das Weite. Die Arbeiter über-

ließen sie ihrem Schicksal. Kurz darauf war an ein Entkommen der Eingeschlossenen nicht mehr zu denken, denn die Sicherheitspolizei umzingelte das Werk. Am 29. März wurde gestürmt. Bei der Einnahme von Leuna fanden 40 Arbeiter den Tod, tausend andere fielen in die Hände der Polizeitruppen.

Nachdem Anfang April die »März-Aktion« zerschlagen und unterdrückt worden war, Hunderte ihr Leben gelassen hatten und 4000 Arbeiter in den Gefängnissen saßen, wurde Max Hölz, der sich in Berlin verborgen hielt, am 16. April verhaftet. In seinen Verhören erklärte er dem Gericht, daß er nur bei »Besitzenden expropriiert« habe. Als ihm darauf der Staatsanwalt entgegnete, daß man das für gewöhnlich Diebstahl nenne, erwiderte Hölz in großer Pose: »Was sagen Sie?! – Schluß!« und gab von da ab bei seinen Verhören keine Antwort mehr. Sein Schlußwort vor Gericht war jedoch so wirkungsvoll, daß man ihm politische Motive zubilligte. Daraufhin wurde Max Hölz nicht zum Tode, sondern zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Jahrelang führten die Kommunisten einen Propagandafeldzug für seine Befreiung aus der Haft. Wie großer Sympathien sich dieser Rebell trotz allem erfreute, beweist ein Vorfall, den ich im Berliner Großen Schauspielhaus Mitte der zwanziger Jahre erlebte. Es wurden »Die Weber« von Gerhart Hauptmann aufgeführt. In der Demonstrationsszene nach der Verhaftung von Moritz Jäger, als die Weber mit der Forderung »Jäger 'raus!« über die Bühne zogen, erhoben sich die Hunderte von Zuschauern auf den Rängen und im Parterre des riesigen Theaters und brachen in den Ruf aus: »Max Hölz 'raus! Max Hölz 'raus!«

Durch diese Kampagne wurde der Häftling Max Hölz allmählich zu einer Primadonna im Zuchthaus Sonnenburg und zur Sensation dieser Strafanstalt. Die Besucher strömten herbei, man überschüttete ihn mit Paketen und Briefen, so daß das örtliche Postamt kaum noch in der Lage war, seine Korrespondenz zu bewältigen. Am 19. Juli 1928 wurde Max Hölz entlassen. Ich erlebte auf dem Bülowplatz in Berlin seine triumphale Begrüßung und konnte mich nicht genug wundern, statt eines ausgemergelten, bleichen Häftlings einen braungebrannten und von Gesundheit strotzenden Max Hölz zu sehen. Ein Jahr lang benutzte ihn dann die KPD als Reklamefigur und ließ ihn auf Vortragsreisen von seinem Leben erzählen. Als er aber keine Sensation mehr darstellte und seine Zugkraft ebenso schnell nachließ wie seine Selbstherrlichkeit wuchs, überredete man ihn, nach Moskau zu gehen, um die Gefahr seiner politischen Eigenmächtigkeiten ein für allemal zu bannen. Ende der zwanziger Jahre brauchte man in der KPD keine Rebellen mehr. – Dann hörte ich lange Zeit nichts mehr von ihm. Er war anfangs in Sowjetrußland mit Orden dekoriert und gefeiert worden. Danach aber überließ man ihn dem sowjetischen Alltag, und von diesem Menschen mit dem Temperament eines Räuberhauptmanns verlangten nun die kommunistischen Bürokraten Disziplin. Er sollte sich einfügen in die reglementierte Unfreiheit. So wurde sein Leben zu einer fortgesetzten Kette von Zusammenstößen, an denen er aber nicht etwa zerbrach, sondern sich in immer stärkere Aggressivität und Überheblichkeit hineinsteigerte. Er fühlte sich berechtigt zu kämpfen, und er tat es, sobald sich ihm jemand entgegenstellte. Immer energischer forderte er seine Rückkehr nach Deutschland. Man riet ihm ab, verweigerte ihm den Paß und versuchte, mit allen

Mitteln zu verhindern, daß er sich mit der deutschen Gesandtschaft in Moskau in Verbindung setzte. Eines Tages gelang es ihm aber doch, das Botschaftsgebäude zu erreichen und dort seine Wünsche vorzutragen. Nach der Rückkehr ins Hotel »Metropol«, wo er ein Zimmer bewohnte, muß er wohl mit seiner Verhaftung durch die NKWD gerechnet haben, denn er verbarrikadierte seine Tür und beantwortete alle Bitten zu öffnen mit der Erklärung, auf jeden Eindringling sofort zu schießen. Dann muß er sich aber wieder beruhigt haben, und er ließ sich sogar überzeugen, nach Gorki, dem früheren Nishnij Nowgorod zu fahren, und dort eine Arbeit anzutreten . . .

Als ich 1935 gerade in Moskau angekommen war, besuchte uns unser Freund Amo Vartanjan, der zu jener Zeit als politischer Sekretär einer Flugzeugfabrik in Gorki arbeitete. Er erzählte, daß man eines Tages im Jahre 1933 die Parteiorganisation von Gorki benachrichtigt habe, daß aus der Oka eine männliche Leiche geborgen worden sei, die am Baugerüst eines Brückenpfeilers angeschwemmt worden war. Man identifizierte den Toten als Max Hölz und erklärte, er sei beim Baden ertrunken. Vartanjan hatte sofort das Gefühl, daß es bei diesem Unglücksfall nicht mit rechten Dingen zugegangen sein könne. Noch bevor Max Hölz mit allen Sowjetehren, unter Vorantragen seiner Orden, mit Musik und Trauerreden bestattet worden war, verbreitete sich das Gerücht, daß ihn Beamte der NKWD betrunken gemacht und dann im Fluß ersäuft hätten wie einen räudigen Hund.

Ich schilderte die März-Ereignisse des Jahres 1921 vor allem deshalb so ausführlich, weil in ihnen die Einmischung der Russen noch viel unverhüllter zutage trat als bei ähnlichen Aktionen der KPD in späteren Jahren. Dazu werfen Vorbereitungen, Durchführung und Nachwirkungen ein bezeichnendes Licht auf die Arbeitsmethoden der Komintern zu Lenins Lebzeiten, als sich Moskau anmaßte, den kommunistischen Parteien der einzelnen Länder den Zeitpunkt der Revolution diktieren zu können. Doch der von den Sowjetführern gewünschte Aufstand weitete sich nicht zur ersehnten Revolution in Deutschland aus. Er wurde zusammengeschlagen. Ein Lied der kommunistischen Arbeiter, das die traurigen Ereignisse in Mitteldeutschland besingt, beginnt mit den Worten: »Vor Leuna sind viele gefallen – Vor Leuna floß Arbeiterblut . . .«

Die Komintern aber und die Führung der VKPD logen die Niederlage in einen siegreichen Rückzug um. August Thalheimer, der Lehrer Heinz Neumanns, schreibt am 14. April 1921 nach Moskau an Karl Radek, den damals einflußreichsten Mann im EKKI: ». . . Die Märzaktion hat auf die Partei wie ein Stahlbad gewirkt . . . Alles Versumpfte ist entweder aufgescheucht oder weggescheucht worden . . . Wenn die Aktion vielleicht nach außen hin den Eindruck des Künstlichen und Plötzlichen machte (!), so rührt das davon her, daß die innere Kampffront nicht frühzeitig genug bei Ausbruch der internationalen Krise bezogen wurde . . . Alles in allem . . . finde ich, daß sich die Partei ihrer Aktion nicht zu schämen hat . . .[4]« Karl Radek teilte, soweit man aus seinem Antwortbrief entnehmen kann, durchaus die Meinung Thalheimers, »daß die Märzaktion die Partei vorwärtsbringen wird . . .[5]« Ebenso wie Thalheimer verliert auch er in diesem Briefwechsel kein Wort über die Toten oder über die ins Zuchthaus geworfenen

Parteimitglieder, noch über das Schicksal von deren zurückbleibenden Frauen und Kindern. Radek und Thalheimer haben andere Sorgen. Es ging ihnen vor allem um die »Geschlossenheit der VKPD«. In seinem Brief an Thalheimer macht Radek sich Gedanken, wie die Partei »dem Rücktritt der Fünf«, nämlich dem Ausscheiden von Paul Levi, Klara Zetkin, Adolph Hoffmann, Däumig und Braß aus der Zentrale, begegnen solle. So verfaßt er in Moskau eine für die VKPD-Führung in Berlin bestimmte Resolution, durch die Paul Levi aus der Partei ausgeschlossen wurde.

Die Linken in der Partei, vor allem die in der Berliner Organisation der VKPD, eröffneten nun den innerparteilichen Kampf gegen Paul Levi und seine Anhänger. Eine wirkliche Diskussion gab es schon 1921 nicht mehr. Ruth Fischer, die in diesem Jahr in die Zentrale aufstieg, erwiderte den Angriff eines führenden USPD-Mitgliedes gegen die KP-Methoden während der Kämpfe in Mitteldeutschland folgendermaßen: »Was Rosenfeld über die Vorgänge in Mitteldeutschland gesagt hat, ist falsch, auch wenn er sich dabei auf Paul Levi beruft, denn dieser ist als Arbeiterverräter entlarvt. Dasselbe gilt auch für Klara Zetkin, Däumig und andere Führer. Der Baum der Partei muß von Zeit zu Zeit verschnitten werden. Es kommt nicht auf Wissen und Bildung an, sondern darauf, daß das getan wird, was die Partei wünscht[6].«

Fraktionskämpfe gab es in den Parteien der Kommunistischen Internationale von Anfang an. Die Mittel, mit denen sie ausgetragen wurden, ließen schon 1921, während des Kampfes gegen die »Leviten«, an Rabiatheit nichts zu wünschen übrig. Es gab »kein einziges Wort einer sachlichen Kritik«, schreibt Paul Levi im Juni 1921 in »Unser Weg«, »nur eine ganz ordinäre Schimpfkanonade, wo jedes Wort ein Nachttopf und kein leerer ist. Die Parteizeitungen dürfen nichts schreiben, die Redakteure, die etwas zu schreiben wagen, werden hinausgeschmissen, die Vertrauensmänner, die Funktionäre, die sich nicht dreimal auf die Brust klopfen und schreien: ›Rettet, rettet uns vor Levitismus!‹ werden hinauskomplimentiert . . . Ein oppositioneller Redner wurde beinahe gelyncht und selbstverständlich wurde ihm das Wort entzogen . . . Wilhelm Pieck hat durch seinen Artikel in der ›Roten Fahne‹, ›Die Rebellion der Führer‹, die Hetze eröffnet . . . Die ›Proletariermassen‹ Ruth Fischer, Maslow, Eberlein, Höllein im Kampf gegen die ›mißvergnügte Intellektuellenclique‹ Klara Zetkin, Däumig, Adolf Hoffmann, Braß usw. Ist das nicht Pogromstimmung? Ist das nicht die verpestete Luft eines Gefängnisses, in das kein frischer Windzug kommen darf? Sind das nicht die patentierten Methoden der Schwarzen Hundert? . . .[7]«

Zwischen den »Leviten« und den Linken sowie der Mehrzahl der jungen Kommunisten, zu denen auch Heinz Neumann gehörte, bestanden wirklich tiefgehende Meinungsverschiedenheiten, denn diese Jungen lebten in der Vorstellung, daß der revolutionäre Umsturz in Deutschland vor der Türe stehe. Im Überschwang ihres Enthusiasmus waren sie ganz auf der Seite derjenigen, die der Befreiung der Arbeiterklasse mit Gewalt zum Siege verhelfen wollten, und es focht sie wenig an, ob die politischen Voraussetzungen für diesen Kampf günstig waren oder nicht. Wie sollten sie einen Mann verstehen, der seinen klaren Kopf behielt, zur Vernunft riet und über die »revolutionäre Situation« und die Aufgabe des

Kommunisten in einer solchen Situation sehr unorthodoxe Auffassungen hatte: »Für einen anarchistischen Klub genügt es vollkommen, wenn der Wille des Führers befiehlt und der Todesmut der Gläubigen gehorcht. Für eine Massenpartei, die nicht nur Massen in Bewegung setzen will, sondern auch selbst Masse ist, genügt das nicht. Was von den Kommunisten erwartet werden muß, das ist, daß sie die Kampfsituation rasch erspähen, energisch ausnutzen und jederzeit über das Kampfziel hinweg auf das Endziel weisen. Aber kein Kommunist ist kraft der Aufnahme in die kommunistische Partei und der Übernahme des Mitgliedsbuches verpflichtet oder auch nur fähig, eine Kampfsituation zu ersehen, wo keine ist und wo nur der Wille der Zentrale in einem unsichtbaren und geheimen Konventikel und aus anderen Gründen als denen, die den Proletariern vor Augen liegen, beschließt: eine Kampfsituation bestehe[8].«

Im Jahre 1921 hatte Willi Münzenberg ein Gespräch mit Paul Levi, das auf ihn und seine Freunde wie eine kalte Dusche wirkte. Levi setzte ihm anhand wohldurchdachter Argumente auseinander, daß sich der internationale Kapitalismus noch jahrelang ohne Erschütterung weiterentwickeln werde, und daß eine Nachkriegskrise wahrscheinlich nicht vor zehn Jahren zu erwarten sei.

Ernst Reuter-Friesland hatte zwar auf dem Jenaer Parteitag im August 1921 Stellung für Moskau bezogen und Levis Haltung verurteilt. Nur wenige Monate später entschied er sich jedoch für den gegenteiligen Standpunkt und verließ seinerseits die Partei. Kurz darauf machte er seinem Unmut über die Polizeimethoden der Komintern energisch Luft: ». . ..Eingeschnürt durch die spanischen Stiefel sogenannter Disziplin . . . beengt durch ihre Vorhutideologie und verblendet durch den Drang, zu jeder Stunde ›aktivieren‹ . . . ›aktionieren‹ und ›inszenieren‹ zu müssen, wird die Komintern immer wieder die über Bord werfen müssen, die früher sehen als die Disziplin gestattet . . .[9]« Die Empörung Reuters beweist jedoch letzten Endes, daß er nicht begriffen hatte, was von einem Berufsrevolutionär verlangt wird. In den 21 Bedingungen läßt Lenin darüber keinen Zweifel. Im Jahre 1920 schrieb er: ». . . Das einzige, was die Partei bei Aufkommen von Differenzen von jeder Organisation und von jedem einzelnen Mitglied fordern muß, ist *unbedingte Disziplin*, unweigerliche Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit . . .[10]«

Nach dem März-Putsch büßte die Partei nicht wenig von ihrem politischen Kredit bei der Arbeiterschaft ein, und als Folge davon begann ein starker Mitgliederschwund. Die KPD-Führung verschwieg in ihren Berichten nach Moskau sorgfältig dieses Alarmzeichen sowie überhaupt das Ausmaß der Niederlage. Die Praxis der verlogenen Berichte an die Komintern nahm damals ihren Anfang. In der KPD gab es aber auch offene Befürworter des März-Putsches, die ihn mit der sogenannten Offensivtheorie, wonach man das Geschick der Partei und der Revolution zwingen und die Offensive ergreifen müsse, hartnäckig verteidigten. Zu ihnen gehörte Arkadij Maslow, ein guter Freund und Fraktionsgenosse von Ruth Fischer, der kommenden Parteiführerin der KPD. Zu diesem Thema äußerte Maslow: »Fragt man, was eigentlich in der Märzaktion neuartig war, so muß man antworten: Gerade das, was unsere Gegner tadeln, daß nämlich die Partei in den Kampf ging, ohne sich darum zu kümmern, wer ihr folgen würde . . .[11]«

In Moskau auf dem III. Weltkongreß der Komintern im Juni 1921 hatten jedoch die Anhänger der Offensivtheorie wenig Glück. Man brauchte Schuldige. Während sich Lenin in manchem der kritischen Beurteilung Levis näherte, wusch das EKKI seine Hände in Unschuld, und die Führung der KPD mußte für das mißlungene Moskauer Experiment die Prügel einstecken. Die verhängnisvolle Rolle der Bela Kun, Guralski und Poganyi wurde auf dem Kongreß nicht erwähnt, wahrscheinlich bekamen diese hinter verschlossenen Türen ebenfalls den Buckel voll. Zur Verdammung Levis trug sicher auch die Tatsache mit bei, daß er es gewagt hatte, an ein Tabu zu rühren, nämlich offen auf die Einmischung Moskaus hinzuweisen. Wie die Zukunft beweisen sollte, hatten die Bolschewiki durch den Fehlschlag des befohlenen Aufstandes nichts gelernt.

Zu den gemeinsam mit Paul Levi aus der KPD-Führung ausgeschiedenen Oppositionellen gehörte auch Klara Zetkin, die einen großen Ruf in der internationalen sozialistischen Bewegung genoß und von den deutschen kommunistischen Arbeitern hoch verehrt wurde. Zu welchem Zeitpunkt sie ihre heftige Kritik an den Methoden der Komintern bereute, steht nicht eindeutig fest. Jedenfalls kehrte sie noch im Laufe des Jahres 1921 in den Schoß der Komintern zurück, und stand Ende desselben Jahres sogar an der Spitze des kommunistischen Schwindelfeldzuges über die Ereignisse im März. Um sich der Komintern gegenüber wieder ganz ehrlich zu machen, verlangte man in Moskau von ihr jedoch noch ein Mehr an Selbsterniedrigung. Im Dezember 1921 gab sie, zusammen mit dem polnischen Revolutionär A. Warski, eine Erklärung ab gegen die von Paul Levi veröffentlichte Broschüre Rosa Luxemburgs »Die russische Revolution«, ein nachgelassenes, nicht vollendetes Manuskript, an dem Rosa Luxemburg während ihrer Schutzhaft im deutschen Gefängnis bis zum Herbst 1918 gearbeitet hatte. Aus der Erklärung Klara Zetkins und Warskis, die weder vor Verleumdungen Paul Levis noch vor lügnerischen Behauptungen über angebliche Äußerungen Rosa Luxemburgs zurückschreckte, geht hervor, wie sehr die russischen Kommunisten die Kritik Rosa Luxemburgs an den Methoden der Bolschewiki fürchteten. Klara Zetkin, die nicht die Kraft aufbrachte, mit der kommunistischen Partei zu brechen, sondern sich Moskau unterwarf, war von da ab eine Gefangene. So ließ sie sich sogar zu der Behauptung treiben, der enge Mitarbeiter Rosa Luxemburgs, Leo Jogiches, habe vor seiner Ermordung einige Blätter der besagten Aufzeichnungen »den Flammen übergeben wollen«, und ließ dabei durchblicken, daß Rosa Luxemburg mit der Vernichtung des Manuskripts, dessen Inhalt angeblich nicht mehr ihrer Meinung entsprach, einverstanden gewesen sei.

Manche in diesem Manuskript niedergelegten Gedanken Rosa Luxemburgs sind auch wahrhaft vernichtend für die Bolschewiki. Energisch macht sie ihrem Unmut über die Errichtung der Diktatur durch Lenin und seine Trabanten Luft: ». . . Gewiß, jede demokratische Institution hat ihre Schranken und Mängel, was sie wohl mit sämtlichen menschlichen Institutionen teilt. Nur ist das Heilmittel, das Trotzki und Lenin gefunden: die Beseitigung der Demokratie überhaupt, noch schlimmer als das Übel, dem es steuern soll . . .« An anderer Stelle: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei . . . ist keine Freiheit. Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden . . . Das öffentliche

Leben der Staaten mit beschränkter Freiheit ist eben deshalb so dürftig, so armselig, so schematisch, so unfruchtbar, weil es sich durch Ausschließung der Demokratie die lebendigen Quellen allen geistigen Reichtums und Fortschritts absperrt . . .[12]« Der Verlauf der politischen Entwicklung in Sowjetrußland sollte ihre Kritik und ihre Befürchtungen ganz und gar bestätigen. Rosa Luxemburg bewies ihren politischen Weitblick jedoch vor allem darin, daß sie bereits im Jahre 1918, nach erst einjährigem Bestehen der Sowjetmacht, auf den Teufelsfuß der bolschewistischen Herrschaft hinweist. Geradezu prophetisch klingt ihre Darstellung der Folgen solcher Diktaturmethoden: ». . . Lenin und Trotzki haben an Stelle der aus allgemeinen Volkswahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzige wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf (das waren übrigens, und gewiß nicht zufällig, auch die Forderungen der Kronstädter Rebellen), erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker . . . solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiselerschießungen usw. . . .« Ob wohl die kluge Rosa Luxemburg geahnt hat, daß diese Zustände in Sowjetrußland schließlich zur Ausrottung von Millionen unschuldiger Menschen führen würden?

Im Juni 1922 fand in Moskau der Prozeß gegen die 22 Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei statt. Es war der erste sowjetische Schauprozeß; die Angeklagten standen nicht vor Richtern, sondern vor ihren politischen Todfeinden. Im Gegensatz zu den Opfern der Stalinschen Schauprozesse gestanden jedoch die Sozialrevolutionäre nichts ein, was sie nicht begangen hatten. Der Prozeß zog sich über Wochen hin. In der Redaktion der Berliner »Roten Fahne« hatte man von Anfang an keinen Zweifel an der Schuld der Angeklagten, denn jede Nummer stimmte in das gleiche blutrünstige Geschrei ein wie die sowjetrussische Presse. Das gleiche taten die kommunistischen Zeitungen der ganzen Welt; sie unterwarfen sich dem Wunsch Moskaus und verlangten die Köpfe der Angeklagten, obgleich sie von deren angeblichen Verbrechen keine Ahnung hatten.

Am 3. August 1922, dem Tage, an dem das Urteil gefällt wurde, mußte Klara Zetkin, die nach ihrer Unterwerfung zu allem bereit war, vor dem Moskauer Tribunal eine Anklagerede halten. Das sowjetische Gericht benötigte eine Demonstration; das Urteil stand sowieso schon fest: 14 Angeklagte erhielten die Todesstrafe, zehn wurden zu Gefängnis verurteilt und zwei freigesprochen. – Zu Klara

Zetkins Auftreten vor Gericht bemerkt »Unser Weg« am 15. August 1922 unter dem Titel »Henkerdienste«: ». . . Wir haben sehen müssen, daß diese Frau sich von jenen üblen Elementen des russischen Bolschewismus, die sie einstmals als *politische Huren* charakterisiert hat, dazu mißbrauchen ließ, ihren einst ehrwürdigen Namen als Deckmantel über jedes Verbrechen zu breiten, das den bolschewistischen Machthabern in den Kram paßt . . .«

Mochte dieser Prozeß von der kommunistischen Presse des Auslandes auch kritiklos begrüßt worden sein, unter den Sozialisten in aller Welt erregte er ungeheures Aufsehen. Die Empörung war allgemein, und selbst eine Reihe bekannter russischer und nichtrussischer Kommunisten setzte sich für die Angeklagten ein, teils aus Gründen der Menschlichkeit, teils aus Klugheit, da sie befürchteten, eine Vollstreckung des Urteils werde das noch sehr wenig gefestigte Ansehen der jungen Sowjetrepublik in der ganzen Welt schädigen. Der eben von seinem Krankenbett aufgestandene Lenin löste das Dilemma auf seine Weise. Begnadigung zu Gefängnisstrafe? Das erschien ihm zu gering. Vollstreckung des Urteils? Das konnte unangenehme Nachwirkungen haben. Also ordnete er an, die Verurteilten sozusagen als permanente Faustpfänder einzukerkern, als Geiseln, die man erschießen konnte, sobald irgendein »offener Anschlag« gegen Sowjetrußland unternommen wurde. Viele Jahre lagen die unglücklichen Sozialrevolutionäre im Gefängnis, bis Stalin sie dann eines Tages wirklich hinrichten ließ.

Auf dem Jenaer Parteitag der VKPD, der im September 1921 illegal stattfand, ging die Führung der Partei offiziell auf Heinrich Brandler über. Hugo Eberlein wurde zum Vorsitzenden des Orgbüros gewählt, und Ruth Fischer kam ins Politbüro. Von da ab machte die linke Opposition in der Partei von sich reden. Die markantesten Vertreter dieser Gruppe, Maslow und Ruth Fischer, waren nicht mehr mit sozialdemokratischer Denkungsart beschwert. Ihnen eignete die Mentalität von Berufsrevolutionären, die ihre Aufgabe darin sahen, mit der KPD als Vorhut der Arbeiterklasse die große Menge der Werktätigen zu revolutionieren. Ihr politischer Optimismus war ungebrochen, denn für sie stand Deutschland unmittelbar vor der großen revolutionären Aktion des Proletariats. Unter dem Einfluß der starken linken Opposition verlief nach Jena die Politik der KPD gewissermaßen zweigleisig. Eines blieb jedoch unverändert. Auch das rechte Zentralkomitee mit Brandler an der Spitze stand unter dem direkten Einfluß der russischen Beauftragten aus der Komintern, wobei, wie sich Heinrich Brandler 40 Jahre später in einem Gespräch mit mir äußerte, die sogenannte »Heilige Familie«, Jelena Dimitrowna Stassova, die aus Moskau nach Berlin geschickt worden war, Wilhelm Pieck und Hugo Eberlein, eine besondere Rolle spielten. Die finanzielle Hilfe für die KPD kam ebenfalls auch weiterhin aus Moskau, und außerdem hatte inzwischen der M-Apparat, der Geheimapparat der KPD, dessen Aufbau Lenin auf dem II. Weltkongreß im Jahre 1920 allen Sektionen der Komintern zur Pflicht gemacht hatte, Gestalt angenommen. Mit diesem neuen Instument betrieb man nun von Moskau aus Zersetzungs- und Aufstandsvorbereitungen in Deutschland.

5

Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück

Die Bolschewiki hatten in Rußland schon in den ersten Monaten nach dem Oktoberumsturz von 1917 die folgenden Programmpunkte des Kommunistischen Manifestes von Karl Marx und Friedrich Engels konsequent durchgeführt: Enteignung des Grundbesitzes, Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, Abschaffung des Erbrechtes, Konfiskation des Emigranteneigentums, Zentralisation der Kommunikationsmittel, Vermehrung der Nationalfabriken und Produktionsinstrumente nach gemeinschaftlichem Plan, Arbeitszwang und Errichtung industrieller Arbeitsarmeen, Vereinigung des Betriebs von Industrie und Landwirtschaft, öffentliche und unentgeltliche Erziehung der Kinder. Von 1917 bis 1921 hatte es in Rußland vor allem kein Privateigentum an den Produktionsmitteln mehr gegeben. Lenin selber war bereits im Jahre 1918 davon überzeugt, daß in kürzester Frist der Sozialismus verwirklicht und Sowjetrußland das mächtigste Reich der Welt geworden sein werde. Um dieses Zieles willen ließ er selbst den kleinen Eigentümern alles wegnehmen und sogar das Handwerk und den gesamten Handel sozialisieren. Diese Maßnahmen führten bald zu einem völligen Chaos und schließlich zu einer schweren wirtschaftlichen und politischen Krise in Sowjetrußland. Diese Krise hatte sich in Petrograd bereits zu Streiks und Unruhen ausgeweitet, und der Kronstädter Aufstand kündigte sich an, als Lenin am 8. März 1921, auf dem X. Parteitag der RKP, die Einführung der Neuen Ökonomischen Politik, kurz NEP genannt, verkündete. Eineinhalb Jahre später, am 20. November 1922, stellte er im Plenum des Moskauer Sowjets fest: »Wir machen jetzt einen Rückzug, aber wir tun es, um, zunächst zurückgehend, einen Anlauf zu nehmen und einen größeren Sprung vorwärts zu machen. Wir machen einen Rückzug, jedoch nur darum, um uns umzugruppieren, anzupassen, umzuorganisieren, um nach dem Rückzug einen zähen Vormarsch zu unternehmen[1].«

Die NEP war in der Tat ein entscheidender Schritt weg vom Sozialismus, zurück zu etwas, was Lenin mit Staatskapitalismus bezeichnete. Mit diesem Schritt zurück rettete er wahrscheinlich die kommunistische Diktatur. Die Neue Ökonomische Politik sollte Wirtschaft und Valuta stabilisieren, die landwirtschaftliche Produktivität sowie die Industrialisierung fördern und den Bauern einen Anreiz zu Getreidelieferungen an die Städte geben. Die kommunistischen Machthaber gestatteten nun wieder privaten Handel und in begrenztem Maße sogar private Fabriken, also »Privateigentum an den Produktionsmitteln«. Lenin konnte sich diesen gewagten Schritt – eine rein taktische Maßnahme – durchaus leisten, denn

der entscheidende Faktor blieb unangetastet, nämlich die Machtbefugnisse der kommunistischen Partei, die die Kommandohöhen des Staates, der Wirtschaft, der Armee und der Polizei umfaßten.

Als Neumann zu jener Zeit, gegen Ende des Jahres 1922, zum erstenmal nach Sowjetrußland kam, erlebte er die Auswirkungen der NEP. Eine seltsam intensive Lebendigkeit, ein hoffnungsvoller Unternehmungsgeist schien die Menschen zu erfüllen. Was zuvor erstarrt und leblos gewesen sein mochte, jetzt war es aus der Starre erwacht. Neumann erinnerte sich später vor allem der malerischen und munteren Szenen auf den russischen Bahnhöfen. Dorthin nämlich strömten die Bauern mit ihren Produkten und hielten sie für die Reisenden feil. Sie boten Obst und Gemüse an sowie Geflügel und russisches Bauernbrot. Moskau, das im Laufe der Jahrzehnte so viele Wandlungen durchmachen sollte, war zu jener Zeit eine Stadt, die sich aufatmend auf eine in den ersten Jahren der bolschewistischen Diktatur und des Kriegskommunismus verschüttete Seite ihres Lebens besann: Moskau hatte wieder entdeckt, daß es Freude und Vergnügen im menschlichen Leben gab. Kleine Restaurants, in denen man billig essen und trinken konnte, waren eröffnet worden. Mit Verblüffung entdeckte Neumann an der Wand eines solchen Lokals – religiös-erbauliche Sprüche.

Aber die NEP hatte auch Gegner. Nicht nur die im Interventions- und Bürgerkrieg herangereiften »jungen Bolchewiken«, auch viele ältere Bolschewiki waren in ihrem tief verwurzelten Puritanismus erbitterte Feinde der NEP. Machte sich nicht jetzt alles das breit, was durch den Sieg der proletarischen Revolution überwunden schien? Profitgier, Genußsucht, Egoismus, kurz, alles das, was als Charakteristikum der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gegolten hatte? Diese Kritik fand ihren beißendsten Ausdruck in einer Satire des Revolutionsdichters Wladimir Majakowski. »Die Wanze« ist eine erbarmungslose Abrechnung mit den Auswüchsen der NEP. Neumann jedoch zeigte wenig Spuren eines solchen Puritanertums. Vielleicht erhob seine bürgerliche Herkunft ihr Haupt, jedenfalls hinterließ das unter den Lockerungen der NEP aufatmende Moskau einen Eindruck bei ihm, dessen er sich in späteren Jahren gern entsann.

Die Einführung der NEP blieb auch auf die Komintern nicht ohne Folgen, denn Lenin und die Führung der bolschewistischen Partei waren entschlossen, mit allen Mitteln aus der verheerenden Krise herauszukommen. Sie warfen die ideologischen Hemmungen über Bord und suchten nach wirtschaftlichen Verbindungen mit dem vielgeschmähten kapitalistischen Ausland, waren sogar bereit, den gehaßten Ausbeutern auf russischem Boden Konzessionen für Fabriken zu geben. Diese neue außenpolitische Linie Sowjetrußlands zog eine radikale politische Schwenkung in der Komintern nach sich. Sowjetrußland plante, sich die internationale Sozialdemokratie mit ihrem Einfluß auf die Regierung vieler westlicher Länder gewogen zu machen. Für diesen Schachzug benutzte Moskau die kommunistischen Bruderparteien. Bereits im April 1921, unmittelbar nach der von Moskau verschuldeten Niederlage in Mitteldeutschland, deutete Karl Radek in einem Brief an die Führung der KPD das erstemal Einheitsfrontabsichten der Komintern an, zwar noch mit größter Vorsicht, denn er, ein Meister der Wendigkeit, fürchtete, seine deutschen Befehlsempfänger zu schockieren: ». . . Es unterliegt keinem

Zweifel, daß wir wieder in eine Periode eintreten, wo der Ausbau der Organisation (legal oder illegal) die Belebung des politischen Lebens in den Organisationen, die Weiterführung der Taktik des Offenen Briefes vielleicht in geänderter Form (sich jetzt nicht mehr an die Parteileitungen und die Bürokratie, sondern direkt an die gewerkschaftlichen Massen wenden) ausschlaggebend sein wird. Die Stärkung des gewerkschaftlichen Zentrums ist von größter Bedeutung. Vielleicht denkt ihr an folgende Geschichte: Ließe sich nicht irgendwie eine Gruppe *Rechtsunabhängiger* gewinnen, (dabei dachte Radek an die Mitglieder des rechten USPD-Flügels unter Hilferding, die zur SPD zurückgingen), die zusammenarbeiten würde unter der Losung: Einigkeit der klassenkämpferischen Gewerkschaftler gegen die reformistischen Gewerkschaftsspalter. Ich fürchte, daß die Niederlage momentan das Minieren des Gegners erschwert. Das Heranziehen einer nicht offen kommunistischen Gruppe wäre sehr nützlich. Ich unterstreiche: es sind erst ungegorene Gedanken ... Der Grundgedanke ist der, um den kommunistischen Kern sammeln wir jetzt leichter die Peripherie, wenn wir *Zutreiber* haben, die nicht offen als Kommunisten arbeiten ...[2]« Der streng vertrauliche Brief Radeks fiel neben einer ganzen Reihe anderer in die Hände eines Mitgliedes der Paul-Levi-Opposition, die diese einmaligen Dokumente in ihrer Zeitschrift »Unser Weg« veröffentlichte.

Auf dem III. Weltkongreß der Komintern im Sommer 1921 warf Karl Radek, vom EKKI vorgeschickt, die Idee der Einheitsfront mit den Sozialdemokraten in die Debatte. Doch die offiziellen Veröffentlichungen zu diesem Thema erschienen erst Ende 1921 in den Zeitschriften der Komintern und fanden ihren Niederschlag in einem Artikel Radeks mit dem Titel »Die nächsten Aufgaben der Kommunistischen Internationale«[3]. Mit Erstaunen lasen darin die Mitglieder der KPD, daß die Komintern den Sozialdemokraten die Bruderhand reiche, denselben Sozialdemokraten, die sie bis gestern »Mistvolk, Bande, Gesindel, Lumpen, Betrüger« usw. tituliert hatte. Das war anscheinend vergessen, ebenso vergessen wie Grigori Sinowjews wilde Attacken auf dem Spaltungskongreß der USPD in Halle, wo er genau vor einem Jahr, im Dezember 1920, von denselben Gewerkschaftsvertretern, denen er nun die Bruderhand hinstreckte, behauptet hatte, sie seien »der Arbeiterklasse viel gefährlicher als die offenen Weißgardisten aus der Organisation ›Orgesch‹ [Organisation Escherich], sie seien »die beste weiße Garde des deutschen Kapitals« sowie die »unersetzlichen Kettenhunde der Bourgeoisie«, die sie jedesmal vorschiebe, »wenn es einen gemeinsamen unsauberen Henkerposten zu besetzen gilt«[4]. Und an dieses »Gesindel«, nämlich an die Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, hatten sich nun, wie Radek bekannt gab, die Kommunistische Internationale und die Rote Gewerkschaftsinternationale gewandt mit dem Vorschlag der gemeinsamen Organisierung der Hilfe für Sowjetrußland.

Allerdings blieb dieser erste »taktische Vorstoß« ohne Erfolg. Die Amsterdamer lehnten eine Zusammenarbeit ab, was bei Radek Empörung hervorrief. Worum es Lenin und der Führung der bolschewistischen Partei bei der neuen Taktik der Einheitsfront mit den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften wirklich ging, verriet Radek in seinem Artikel, als er von dem Vorschlag sprach, »zusammen zu demonstrieren für die Anerkennung Sowjetrußlands und eine Anleihe zwecks

Wiederherstellung der russischen Wirtschaft, ohne die die Wirtschaftskrise und damit die Arbeitslosigkeit in allen Ländern sich nur steigern wird ...[5]« Damit hatte Radek die Katze aus dem Sack gelassen und seiner unverblümten Aufforderung zur Unterstützung auch noch durch eine handfeste Erpressung nachgeholfen. Wer vertraut ist mit den seltsamen Denkprozessen der Kommunisten, den wird es wahrscheinlich nicht verwundern, daß Karl Radek, ein leitender Funktionär derjenigen Partei, die ihre ganze Hoffnung auf die Weltrevolution setzte und damit auf den Zusammenbruch des kapitalistischen Wirtschaftssystems, zu einer Hilfsaktion für die russische Wirtschaft aufforderte mit dem Argument, eine solche Hilfsaktion könne eben dieses kapitalistische Wirtschaftssystem nur stärken. Bis zum heutigen Tage ist Rußlands Beziehung zum Westen eine ununterbrochene Kette ähnlicher logischer Purzelbäume.

Doch durch Karl Radek, der ja nicht als Privatperson Artikel veröffentlichte, sondern im Namen der Komintern, erfuhren die Kommunisten der Internationale noch etwas anderes, etwas Erstaunliches, daß nämlich »seit Mitte des Jahres 1919 nicht mehr mit einer internationalen Explosion in absehbarer Zeit, sondern mit einem langsamen, neuen Reifen der Weltrevolution zu rechnen« sei[6]. Dieses Eingeständnis erfolgte Anfang des Jahres 1922. Aber trotz dieser frühen Erkenntnis schickte Moskau im Januar 1921 Bela Kun nach Deutschland, um einen Aufstand auszulösen und rechnete Lenin im Sommer 1920 mit einer Erhebung in Ostpreußen. Für eine derartige Unlogik gibt es nur eine Erklärung: Die sowjetische Politik und somit auch die der Komintern war immer zweigleisig. Die Hand, die man aus taktischen Gründen den Bruderparteien zur Einheitsfront entgegenstreckte, wurde von dem gleichen Hirn gelenkt, das auch die andere lenkte, die mit Waffen und Dynamit, durch Streiks und Aufstände den Kommunisten auf untaktische, gewaltsame Weise zur Macht verhelfen sollte.

Die gemeinsame Konferenz der drei Internationalen, die vom 2. bis 25. April 1922 in Berlin stattfand, als eine Art Gegengewicht zur gleichzeitig tagenden Kriegsschuldenkonferenz von Genua, war Radeks erster, zwar nicht ungetrübter, aber doch spürbarer Erfolg in dieser Einheitsfrontkampagne. Es war ihm gelungen, die Parteiführungen der Zweiten und der Gewerkschaftsinternationale sowie den Österreicher Friedrich Adler und die Spitzen der internationalen unabhängigen sozialistischen Gruppen, denen Adler vorstand und die Lenin einmal als »zweieinhalbte« Internationale bezeichnet hatte, an einen Tisch zu bringen. Auf dieser Berliner Konferenz wurde die Bildung eines Neunerausschusses beschlossen, der allerdings sehr bald sein Leben aushauchte, vor allem deshalb, weil eine der wichtigsten Forderungen der Vertreter der II. Internationale nicht erfüllt worden war. Diese hatten verlangt, daß die sozialdemokratischen Anwälte Kurt Rosenfeld, Emile Vandervelde und Theodor Liebknecht, der Bruder Karl Liebknechts, bei dem Prozeß gegen das Parteizentrum der Sozialrevolutionäre, der zu jenem Zeitpunkt in Moskau stattfand, als Verteidiger zugelassen wurden. Die drei Anwälte fuhren zwar nach Rußland, aber sie mußten unverrichteter Dinge wieder nach Hause fahren. Die Russen dachten nicht daran, sie mit ihren Mandanten auch nur ein Wort wechseln zu lassen. Hatte der Neunerausschuß aber durch diese Brüskierung auch den Todesstoß erhalten, konnte Radek doch mit dem Ergebnis

seiner Bemühungen einigermaßen zufrieden sein, denn er hatte es immerhin erreicht, daß ein gemeinsames, recht rußlandfreundliches Schlußkommuniqué herausgegeben wurde.

Besonders kennzeichnend für die Wirksamkeit der Komintern war die Art der Beurteilung des weltpolitischen Geschehens durch die EKKI-Vertreter. Zu ihren Aufgaben gehörte unter anderem die Analyse der politischen Situation. Diese Analyse mutete oft seltsam schablonenhaft an, weil man die Verschiedenartigkeit der einzelnen Länder nicht berücksichtigte, sondern sie alle über einen Kamm schor. Es geschah daher nicht selten, daß Moskau den kommunistischen Parteien der Internationale häufig haargenau dieselben politischen Kampagnen aufzwang. Ein besonders drastisches Beispiel für diese allzu sehr vereinfachte Methode lieferte die Kampagne für die Einheitsfront. Eine Erklärung für diese Schablonenhaftigkeit liegt in der auf Marxismus und historischem Materialismus basierenden Analyse, wie sie die Kommunisten praktizieren. Für sie gibt es im Weltgeschehen keine Zufälle, nichts Pragmatisches, weder in der Gegenwart noch in der Vergangenheit oder Zukunft. So führte die marxistische Analyse der Kommunisten dann auch begreiflicherweise zu fortwährenden Fehlbeurteilungen der politischen Situation und als Folge davon zu einer ständigen brüsken Umstellung der sogenannten Generallinie der Komintern. Dazu herrschte bei den Kommunisten, wie bei allen Eiferern, den politischen wie den religiösen, eine Sucht zu simplifizieren, sobald sie die Weltsituation beurteilten, denn sie dachten in feststehenden Begriffen, wie etwa »imperialistische Weltverschwörung«, »weltweite Macht der Petroleumtrusts« oder »Herrschaft der Wallstreet«.

Die Einheitsfrontparolen und die Propaganda für eine »Arbeiterregierung« wurden von vielen deutschen Kommunisten nicht als ein taktisches Manöver im Interesse Sowjetrußlands erkannt. Sie nahmen es ernst. Es leuchtete ihnen ein, daß nun die Zeit des Bürgerkrieges vorbei sei, und hielten daher gute Beziehungen zur sozialdemokratischen Bruderpartei für das natürlichste von der Welt. Man führte nicht mehr die Parole von der Diktatur des Proletariats im Munde, sondern leistete brav reformistische Kleinarbeit. Schnell verlor die KPD an vielen Orten den Charakter einer Partei von Avantgardisten, und auch ihre organisatorische Struktur veränderte sich merklich, sie ging gewissermaßen in die Breite. Man dehnte seine Agitation und Propaganda auf die verschiedensten Schichten der Bevölkerung aus, wandte sich nicht mehr nur an das Industrieproletariat, sondern warb um Frauen, Jugendliche und Kinder und begab sich aufs flache Land zu den armen Bauern und Tagelöhnern. Die Zahl der KPD-Zeitungen und -Zeitschriften sowie der sonstigen Publikationen wuchs ständig. Neben den 38 Tageszeitungen erschienen nun auch spezielle Frauen- und Jugendzeitschriften sowie solche für die einzelnen Berufsgruppen, vor allem für Lehrer und Studenten, auf deren Gewinnung die KPD besonderen Wert legte. Ganz groß geschrieben wurde natürlich die marxistische Schulung der Parteigenossen. Bald besaß jeder Bezirk seine eigene Bezirksparteischule, ganz abgesehen von den marxistischen Arbeiterkursen, die man in allen Städten in den Abendstunden absolvieren konnte. Durch diese Kleinarbeit konnte die Partei ihre Einbuße vom März 1921, den Verlust von etwa 190 000 Mitgliedern, schon während des Jahres 1922 zum Teil wieder aufholen.

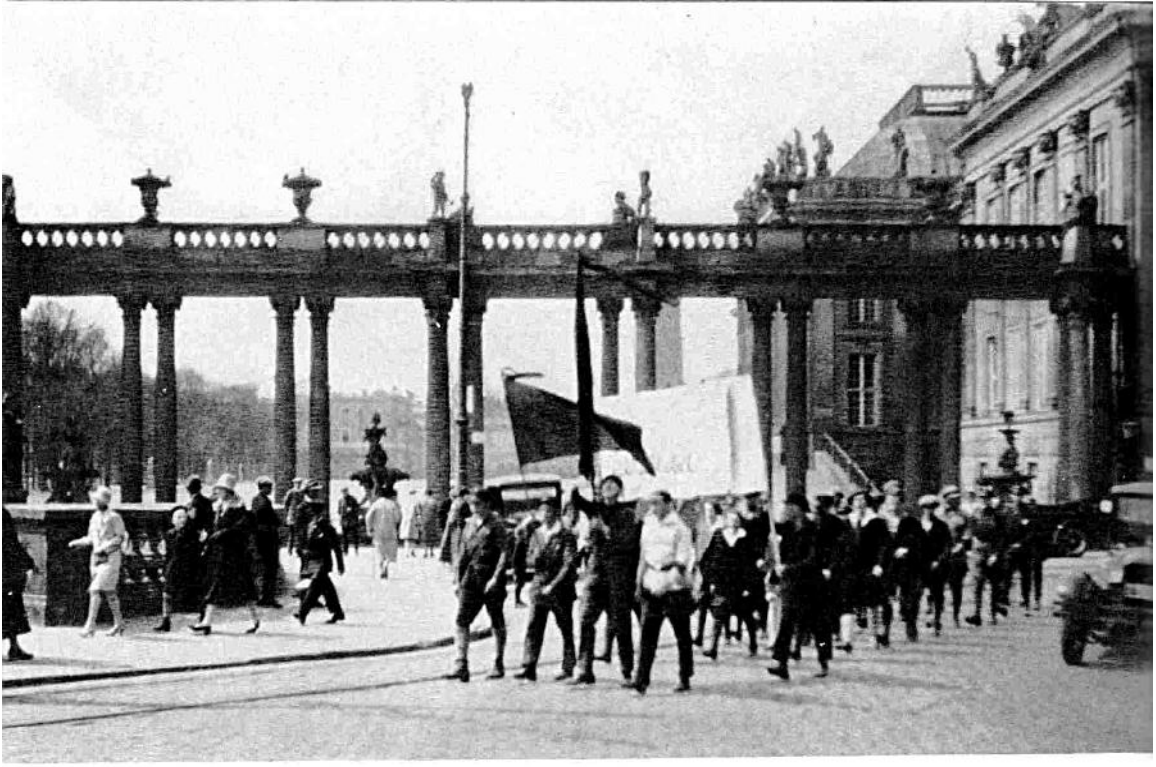
An die Stelle der Hoffnung auf eine sofortige revolutionäre Lösung in Deutschland trat bei vielen der einfachen kommunistischen Arbeiter und auch bei zahlreichen Funktionären eine mystische Verehrung für die Sowjetunion. Als in Rußland eine furchtbare Hungersnot ausbrach, von der etwa 40 Millionen Menschen unmittelbar bedroht wurden, betraute Lenin den ehemaligen Vorsitzenden der Kommunistischen Jugendinternationale, Willi Münzenberg, mit der Aufgabe, alle sozialistischen Hilfskomitees unter kommunistischer Führung zusammenzufassen. Das gelang zwar nur zum Teil, aber aus diesen Bemühungen entstand die Internationale Arbeiterhilfe (IAH), deren erste Aktivität, die Rußlandhilfe, zu einem bemerkenswerten Erfolg wurde. Nicht nur die Parteimitglieder, auch breite Kreise von Sympathisierenden und viele Intellektuelle gaben für das hungernde russische Volk, was sie nur konnten und waren zu persönlichen Opfern bereit, damit das Land ihrer Hoffnung sich wieder erhole.

Folgendes Ereignis ist typisch für diese Opferbereitschaft. Im Sommer 1921 lebte ich in Jena. Da stand in den Zeitungen eine seltsame Meldung. Durch einen Zufall hatte man auf dem Jenaer Friedhof, in der Gruft eines Erbbegräbnisses, Mengen von optischen Geräten entdeckt und bald darauf auch diejenigen erwischt, die sich nachts zu diesem Lager schlichen und ihm immer neues Diebesgut hinzufügten. Auf diese Weise verhaftete die Polizei eine ganze Gruppe Jugendlicher, Lehrlinge aus den Zeisswerken, die fast alle Mitglieder der Guttempler waren, einer Organisation, die damals dem Kommunistischen Jugendverband nahestand. Bei den Verhören stellte sich heraus, daß die Jugendlichen, die durch die KPD-Kampagne für die Rußlandhilfe erfahren hatten, welche Not und was für ein verheerender Mangel an allen Industrieprodukten in Sowjetrußland herrschten, in ihrer Begeisterung für das Land der siegreichen Oktoberrevolution den Plan gefaßt hatten, Rußland zu Hilfe zu kommen. Monate hindurch stahlen sie im Betrieb optische Instrumente und Geräte, sammelten diese kostbaren Schätze an, um sie bei irgendeiner Gelegenheit nach Sowjetrußland bringen zu lassen. Diese phantastische Hilfsaktion auf eigene Faust brachte die Jungen für Jahre ins Jugendgefängnis oder in Zwangserziehung.

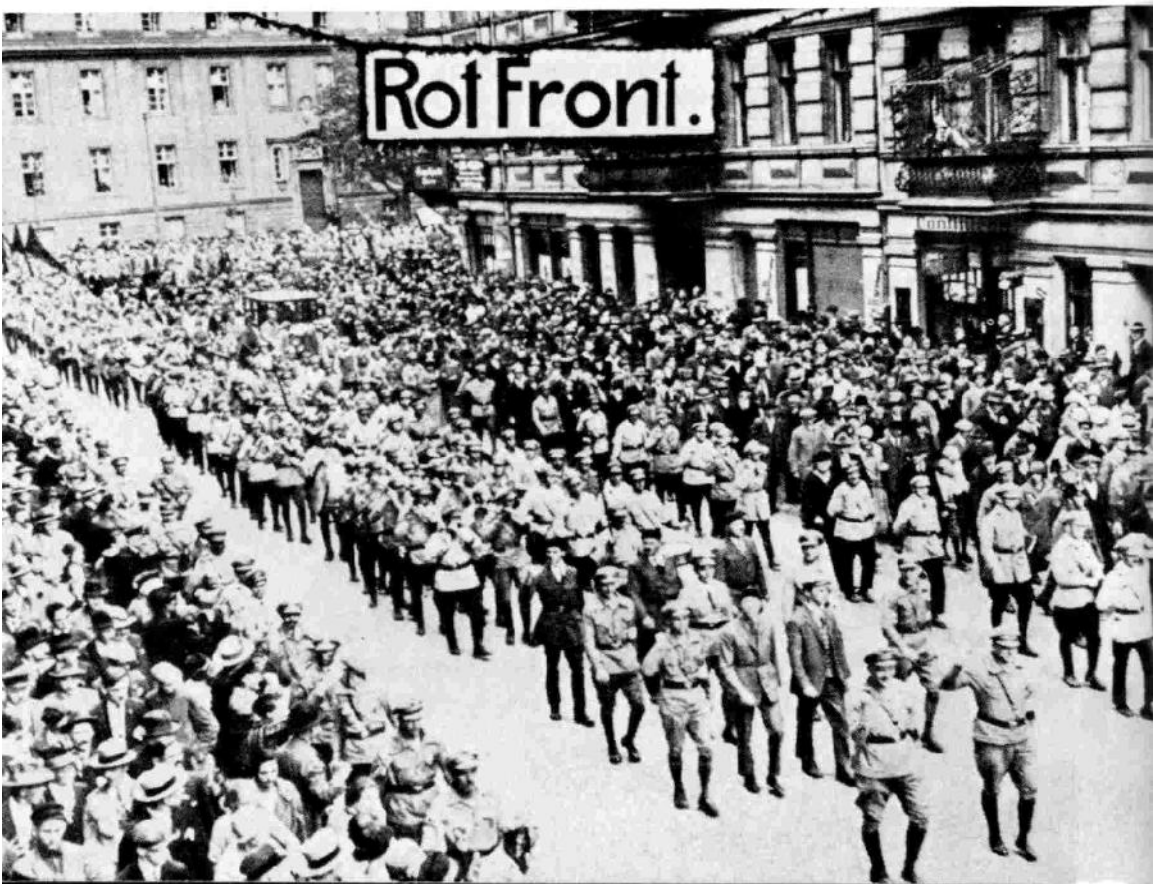
Am 26. August 1921 wurde der Reichsfinanzminister Matthias Erzberger, ein führender Vertreter der Zentrumspartei, der 1918 Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission gewesen war, von Angehörigen der rechtsradikalen Organisation Consul ermordet. Die Reichsregierung verhängte daraufhin den Ausnahmezustand. Dieser Fememord war gegen einen sogenannten »Erfüllungspolitiker« gerichtet. Unter diesem Schlagwort griff man von rechts wie von links die Vertreter der Koalitionsregierung unter dem Reichskanzler Joseph Wirth an. Die Vorgänger der Regierung Wirth, die Regierung Fehrenbach-Simons, hatte demissioniert, nachdem ihre Vertreter auf der Londoner Konferenz im Februar/März 1921 den Reparationsforderungen der Entente Gegenvorschläge unterbreitet hatten, und diese nicht nur strikt abgelehnt worden waren, sondern sogar Sanktionen gegen Deutschland ausgelöst hatten. Es kam zur Besetzung Düsseldorfs, Duisburgs, Ruhrorts und später auch Mühlheims und Oberhausens. Die gleiche Maßnahme drohte für das gesamte Ruhrgebiet. Unter diesem Druck unterzeichnete die Koalitionsregierung Wirth am 5. Mai 1921 das alliierte Finanz-

Mitteldeutscher
Aufstand (1921)

Kommunisten empfangen den amnestierten Max Hölz im Jahre 1923. Von rechts nach links: Hugo Eberlein, Max Hölz, Artur Gohlke, Werner Hirsch.



Rotfrontkämpferbund (1929)



Ultimatum, das von Deutschland im Laufe von 37 Jahren die Zahlung einer Reparationssumme von 132 Milliarden Goldmark verlangte. Die rigorosen Versuche der Durchsetzung der Reparationsforderungen des Versailler Friedensvertrages, die im Oktober 1921 zur Abtrennung des oberschlesischen Industriegebietes von Deutschland und im Januar 1923 zur Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen führten, trugen wesentlich zur Radikalisierung in Deutschland bei und zu deren verhängnisvollen Folgen für ganz Europa.

Im Frühjahr 1922, nachdem sowohl Deutschland wie Sowjetrußland aus der Konferenz von Genua, die eine Regelung der Reparationsprobleme bringen sollte, weitgehend ausgeschlossen worden waren, trafen sich im benachbarten Rapallo der sowjetrussische Vertreter Tschitscherin und der deutsche Außenminister Walther Rathenau zu geheimen Verhandlungen und schlossen am 17. April 1922 einen deutsch-russischen Sondervertrag ab. Danach wurden zwischen Sowjetrußland und Deutschland nicht nur die diplomatischen Beziehungen aufgenommen, sondern russischerseits auch auf alle Ansprüche aus der Zeit des Krieges und auf solche im Zusammenhang mit dem Versailler Vertrag verzichtet.

Die Mitglieder der KPD, und sogar die Führung der Partei – mit Ausnahme Heinrich Brandlers –, die dieses Ereignis aus den Zeitungen erfuhren, waren sprachlos, verwirrt und von Pessimismus ergriffen. Nun konnte man die Hoffnung auf die Revolution wahrhaft begraben! Doch schließlich obsiegten Disziplin und Vertrauen zu Sowjetrußland, und man glaubte den Versicherungen der Parteiführung, daß dieser Vertrag ohne jeden Einfluß auf die Kominternpolitik bleibe. In der deutschen Öffentlichkeit steigerten die Abmachungen von Rapallo sehr spürbar die Sympathien für den Kommunismus und für Sowjetrußland.

Nur zwei Monate nach der Unterzeichnung des Vertrages von Rapallo nahmen die rechtsradikalen Banden an dem Unterzeichner blutige Rache. Am 24. Juni 1922, gegen Mittag, wurde Walther Rathenau im Grunewald durch Schüsse aus einer Maschinenpistole und durch eine krepierende Handgranate tödlich verwundet. Der Anstifter dieses infamen Mordes war ein junger ehemaliger Marineoffizier, der sich der Organisation Consul angeschlossen hatte. Dieser Mord war der aufsehenerregendste von mehr als 360 politischen Morden, die zwischen 1918 und 1922 verübt wurden. Die Täter waren ausnahmslos auf der Rechten zu suchen.

Der Mord an Rathenau löste ungeheure Empörung aus. Hunderttausende fanden sich zu Riesendemonstrationen zusammen; ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit waren sich Sozialdemokraten und Kommunisten diesmal einig in der Erkenntnis: Der Feind steht rechts. Kurz darauf setzten sich Vertreter der SPD, des ADGB und der KPD an einen Tisch und berieten über gemeinsame Aktionen. Sie beschlossen, gemeinsam für das Republikschutz-Gesetz zu stimmen, das vom Reichstag verabschiedet werden und der blutigen Anarchie von rechts ein für allemal einen Riegel vorschieben sollte. Es sah so aus, als habe man endlich zur Einheitsfront gefunden. Aber die über das Attentat tief betroffenen KPD-Funktionäre hatten die Rechnung ohne die Moskauer Befehlsstelle gemacht. Rathenau mochte der gute Geist von Rapallo gewesen sein, aber eine so weitgehende gemeinsame Aktion mit den Sozialdemokraten war denn doch zuviel des Guten.

Also wurden die deutschen Genossen »zurückgepfiffen« und mußten, als es zur Abstimmung kam, gemeinsam mit den Deutschnationalen, der Bayrischen Volkspartei und dem Bayrischen Bauernbund gegen das Gesetz zum Schutz der Republik stimmen. Auf dem IV. Weltkongreß berichtete dann Karl Radek von Sinowjews gerechtem Zorn: »Als wir die ›Rote Fahne‹ hier zu Gesicht bekamen, sagte Genosse Sinowjew ein paarmal: ›Der Teufel soll sie holen, was haben sie nur mit dieser Republik, was haben sie nur mit diesem Rathenau! Kein einziges kritisches Wort zu diesen Dingen!‹« Radek fügte hinzu: »Und das war unser allgemeines Empfinden. Die Partei hat aus Angst vor der Isolierung sich viel zu sehr an die Sozialdemokraten geklammert[7].«

Nach dem tragischen Ende Walther Rathenaus begann der Zusammenbruch der deutschen Valuta, die Inflation. Dadurch sollte nicht nur die Arbeiterschaft völlig verarmen, sondern auch der deutsche Mittelstand mit in den Elendsstrudel gerissen werden. Im September 1921 stand der amerikanische Dollar auf 89 Mark, am 8. November 1922 mußte man bereits 9000 Mark für ihn zahlen. Ein Schwarzbrot kostete im Herbst 1921 5,85 Mark; ein Jahr später verlangte man dafür bereits über 200 Mark. Mit der deutschen Wirtschaft ging es rapide bergab. Durch direkte und indirekte Lohnkürzungen versuchten sich die Unternehmer zu retten. Die Gewerkschaften und die Kommunistische Partei riefen zu Streiks auf, die in nicht abreißender Kette einander folgten. Die Unternehmer antworteten darauf mit Aussperrungen. Die wirklichen Leidtragenden dieser Wirtschaftstragödie waren die Arbeiter und ihre Familien.

Heinz Neumann bei einer Rede

Anmerkungen

Einleitung

1 Protokoll der »Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale« in Moskau vom 17. Februar bis 15. März 1926, Hamburg–Berlin 1926, S. 15.
2 Ebenda, S. 15.
3 Ebenda, S. 15 f.
4 W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 5, Berlin 1959, S. 385 f.
5 Jules Monnerot, Soziologie des Kommunismus, Köln–Berlin 1952, S. 134.
6 Ebenda, S. 249.

Die Komintern – Ein Instrument Lenins

1 Aus dem Tagebuch Karl Radeks, zitiert bei Otto Ernst Schüddekopf, »Karl Radek in Berlin«, 1962, Bd. 2, S. 119.
2 Über Gegensätze zwischen Spartakus und Ledebour-Haase-Opposition. Siehe Vorwort von Ernst Meyer zu »Spartakusbriefe«, Berlin 1958.
3 »Unser Weg«, Jg. 1922, S. 45.
4 »Unser Weg«, Jg. 1922, S. 43.
5 »Die Kommunistische Internationale«, Nr. 1, Jg. 1919, S. IV ff.
6 Protokoll des II. Weltkongresses der Komintern, Hamburg 1921, S. 14 f.
7 »Die Kommunistische Internationale«, Nr. 1, Jg. 1919, S. IX ff.
8 »Die Kommunistische Internationale«, Nr. 1, Jg. 1919, S. 24 f.
9 Ebenda, S. 28.
10 »Freiheit«, vom 24. Juni 1919.
11 Paul Axelrod, Die russische Revolution und die sozialistische Internationale, Jena, 1932, S. 177 f.
12 »Die Kommunistische Internationale«, Nr. 1, Jg. 1919, S. III ff.
13 Protokoll des II. Weltkongresses der Komintern, Hamburg 1921, S. 392.
14 Ebenda, S. 393.
15 Ebenda, S. 389 f.
16 Ebenda, S. 77 f.
17 Ebenda, S. 583.
18 Ebenda, S. 585.
19 Ebenda, S. 594.
20 Ebenda, S. 598.
21 Ebenda, S. 75.
22 Joseph M. Bochenski und Gerhart Niemeyer (Hrsg.), Handbuch des Weltkommunismus, Freiburg–München 1958, S. 218.
23 Über die Rolle Stalins im polnischen Feldzug siehe S. 477 f.
24 Bericht über den V. Parteitag der KPD, Berlin 1921, S. 27 f.
25 Ebenda, S. 35 f.
26 Protokoll des II. Weltkongresses der KI, 1. Paragraph der Statuten, S. 604.
27 Ebenda, S. 604.

Der Kapp-Putsch

1 »Die Rote Fahne« vom 13./14. März 1920.
2 Carl Severing, »Im Wetter- und Watterwinkel 1919/1920«, Berlin 1922.

Zweimal Sinowjew

1 Willi Münzenberg, »Die Dritte Front«, Berlin 1928, S. 322 f.
2 Grigori Sinowjew, »Die Entwicklung der Weltrevolution und die Technik der Kommunistischen Parteien im Kampf um die Diktatur des Proletariats«, Berlin 1919, S. 13.
3 Grigori Sinowjew, »Zwölf Tage in Deutschland«, Berlin 1921, S. 88.
4 Ebenda, S. 90.
5 »Unser Weg«, Jg. 1921, S. 242.
6 Zitiert nach Alexander Berkmann, »The Kronstadt rebellion«, S. 7 f.
7 Ebenda, S. 23 f.
8 Ebenda, S. 19.
9 Ebenda, S. 26 ff.
10 Ebenda, S. 36 f.
11 Lenin, Ausgewählte Werke (englisch), Bd. 8, S. 97, 194 ff.

»Vor Leuna sind viele gefallen . . .«

1 »Unser Weg«, Jg. 1921, S. 249.
2 »Freiheit« vom 30. März 1921.
3 »Der Parteiarbeiter«, Jg. 1924, S. 186.
4 »Unser Weg«, Jg. 1922, S. 255 f.
5 »Unser Weg«, Jg. 1922, S. 249.
6 »Freiheit« vom 25. April 1921.
7 »Unser Weg«, Jg. 1921, S. 156 ff.
8 Paul Levi, »Unser Weg, Wider den Putschismus«, zitiert in »Freiheit« vom 14. April 1921.
9 »Unser Weg«, Jg. 1922, S. 54.
10 »Die Kommunistische Internationale«, Jg. 1920, S. 1558.
11 »Sowjet«, Jg. 1921, S. 104.
12 Rosa Luxemburg, »Die russische Revolution«, Hamburg 1948, S. 48, 53, 56.

Zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück

1 Lenin, Gesammelte Werke, Bd. 33, Berlin 1962, S. 423.
2 »Unser Weg«, Jg. 1921, S. 255.
3 »Die Internationale«, Jg. 1922, S. 2 ff.
4 Grigori Sinowjew, »Zwölf Tage in Deutschland«, Berlin 1921, S. 87.
5 »Die Internationale«, Jg. 1922, S. 5.
6 »Die Internationale«, Jg. 1922, S. 6 f.
7 Protokoll des IV. Weltkongresses der KI, Hamburg 1923, S. 99.

31

Der Wolf frißt Kreide

Am 28. Juli 1935 wurde im sogenannten Kolonnensaal des Moskauer Gewerkschaftshauses der VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale eröffnet. In diesem Saal hatte man elf Jahre vorher den verstorbenen Lenin aufgebahrt. Als die mit bombastischem Gehabe zelebrierte Tagung begann, ahnten nur wenige der Delegierten, daß wiederum in diesem geschichtsträchtigen Saal ein Katafalk aufgestellt werden sollte, diesmal für einen Leichnam anderer Art. Eine politische Konzeption, die schon längst brüchig geworden war, sollte jetzt offiziell totgesagt werden. Stalin schickte sich an, Überzeugungen und politische Grundhaltungen über Bord zu werfen, die einstmals zum Herzstück der Lehre Lenins gehört hatten.

Der Kongreß begann mit einer Demonstration groteskesten Byzantinismus. Palmiro Togliatti, der Vorsitzende der KP Italiens, schlug im Namen der anwesenden Vertreter von 65 kommunistischen Parteien vor, eine Begrüßungsadresse an Stalin zu richten. Natürlich wurde der Vorschlag angenommen, und das Resultat ist es wert, wenigstens auszugsweise festgehalten zu werden: »Unter deiner Führung hat der Sozialismus in der Sowjetunion gesiegt und wurde die unerschütterliche Basis der proletarischen Weltrevolution geschaffen ... Unsere heldenhaften Kämpfer in Deutschland, China, Japan, Spanien, Polen, Italien und anderen Ländern führen – mit deinem Namen, Genosse Stalin, in ihren Herzen – die Massen in den Kampf ... Du hast uns Kommunisten gelehrt und lehrst uns, daß die prinzipientreue Politik die einzig richtige Politik ist ...[1]«

Prinzipientreue Politik? Was Stalin, der »Führer, Lehrer und Freund des Proletariats und der Unterdrückten der ganzen Welt«, darunter verstand, ging erst aus dem Hauptreferat des Kongresses hervor. Diese Rede von historischer Bedeutung hielt Georgi Dimitroff, der auf dem Kongreß zum neuen Generalsekretär der Komintern ernannt wurde. Allen nicht in den Theatercoup Stalins eingeweihten Delegierten des Kongresses mußte es die Sprache verschlagen, als Dimitroff »die Schaffung einer ... Volksfront des Kampfes gegen den Faschismus« verlangte[2], als er die »Herstellung der Aktionseinheit aller Teile der Arbeiterklasse« zur »zentralen nächsten Aufgabe der internationalen proletarischen Bewegung« erhob[3]. Der Redner setzte sich mit Nachdruck für die Einheitsfront von oben ein, eine Forderung, die bis dahin verpönt wie keine zweite gewesen war.

Es war nicht ganz einfach, den verblüfften Genossen diese Wendung um

180 Grad plausibel zu machen. Aber auch das fiel Dimitroff, dem Sprachrohr Stalins, nicht allzu schwer. Er warf eben die Fehler, die bisher die Politik der Komintern so empfindlich gelähmt hatten, denjenigen vor, die etwa nicht »wendig« genug sein sollten, die neue Linie zu der ihrigen zu machen: »Wir müssen aufs schonungsloseste den unsere Genossen nicht selten lähmenden Hang nach ausgeheckten Schemen, leblosen Formeln, fertigen Schablonen ausrotten. Wir müssen mit einem Zustand Schluß machen, wo Kommunisten, denen es an Kenntnissen und Fähigkeiten zu einer marxistisch-leninistischen Analyse gebricht, diese Analyse durch allgemeine Redensarten und allgemeine Losungen ersetzen, wie ›revolutionären Ausweg aus der Krise‹, ohne irgendeinen ernsthaften Versuch zu erklären, unter welchen Umständen, bei welchem Kräfteverhältnis der Klassen, bei welchem Grad der revolutionären Reife des Proletariats und der werktätigen Massen, bei welchem Niveau des Einflusses der Kommunistischen Partei ein solcher revolutionärer Ausweg aus der Krise möglich ist[4].« Wäre diese Erkenntnis einige Jahre früher gekommen, wieviel unnötige Opfer an Menschenleben hätten gespart werden können! Jetzt ist das Gebot der Stunde Geschmeidigkeit, und Lenin wird zum Kronzeugen angerufen: »Lenin warnte uns mit allem Nachdruck vor dem ›Schablonisieren, der mechanischen Gleichstellung, der Identifizierung der taktischen Regeln, der Regeln des Kampfes[5].«

Und vor allem: die Sozialdemokratie, mit welcher man sich jetzt auf Gedeih und Verderb verbinden soll, ist nicht mehr die Sozialdemokratie von einst. »Man muß im Auge haben, daß die Stellung der Sozialdemokratie im bürgerlichen Staat und ihr Verhältnis zur Bourgeoisie sich in einer ganzen Reihe von Ländern geändert hat, beziehungsweise änderte[6].« Unter den sozialdemokratischen Parteien, hatte Dimitroff schon am 1. Mai 1935 von demselben Podium herab verkündet, vollziehe sich »ein Differenzierungsprozeß, ein Prozeß der Revolutionierung der Arbeitermassen[7]«. Wer Ohren hatte zu hören, konnte kaum überhören, daß die alten Illusionen noch immer mächtig waren. Sie blieben es auch in Dimitroffs Referat auf dem VII. Weltkongreß, als er zum Bündnis mit den Sozialdemokraten aufrief, die plötzlich unter dem Druck der Verhältnisse – als habe dieser Druck in den vergangenen zwei, drei Jahren nicht bestanden! – aufgehört hatten, »Sozialfaschisten« zu sein und zu »sich revolutionierenden« Arbeitermassen geworden waren, »einerseits unter dem Einfluß der Lehren der Niederlage der Arbeiterschaft Deutschlands, Österreichs und Spaniens . . ., andererseits unter dem Einfluß des Sieges des Sozialismus in der Sowjetunion als Ergebnis der bolschewistischen Politik und der Anwendung des lebendigen, revolutionären Marxismus[8]«.

Falls die Führer der Sozialdemokratie jedoch, was nach den Beschimpfungen, mit denen sie die Kommunisten jahrelang überhäuft hatten, immerhin denkbar gewesen wäre, die brüderlich ausgestreckte Hand zurückwiesen, so entlarvten sie sich selber, wie Dimitroff es schon in seiner Rede am 1. Mai, die bezeichnenderweise erst am 25. Juli, am Vorabend des VII. Weltkongresses, im Druck erschien, angedeutet hatte: »Und wenn die sozialdemokratischen Führer sprechen und schreiben: ›Wir wollen keine Einheitsfront mit den Kommunisten

eingehen, weil wir keine Befehle aus Moskau empfangen wollen‹ – beweisen diese Führer nur, daß sie gegen den Staat des Proletariats sind.« Immer wieder hatten die Kommunisten die »Verleumdung«, die Komintern werde von Moskau aus dirigiert, empört zurückgewiesen. Dimitroff indessen bestätigte sie in vollem Umfang. Wer sich aber damit nicht abfinden wollte, der bewies nur, daß er bereit war, »dem Klassenfeind des Proletariats zu helfen[9]«.

Auf dem VII. Weltkongreß wurden die Häresien zuhauf kanonisiert. Wer es vor kurzem noch gewagt hätte, über die kommunistische Einschätzung des Faschismus eine Meinung wie der Genosse Dutt zu vertreten, der wäre schleunigst aus der Partei ausgeschlossen worden. Jetzt aber hatte der Genosse Dutt recht, »als er behauptete, daß in unseren Reihen die Tendenz bestand, den Faschismus im allgemeinen zu betrachten, indem man die konkreten Besonderheiten der faschistischen Bewegungen in den einzelnen Ländern nicht berücksichtigte und fälschlicherweise alle reaktionären Maßnahmen der Bourgeoisie als Faschismus und sogar das gesamte nichtkommunistische Lager als faschistisch betrachtete. Die Folge davon war nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung des Kampfes gegen den Faschismus[10]«. Mit Staunen vernahmen es die Delegierten, mit nicht geringerem Staunen vernahm es die Welt.

Aber es ging schließlich nicht an, mit der Bougeoisie einen Frieden zu machen, solange man sie noch als faschistisch diffamierte. Denn die brüderliche Hand wurde nicht nur den Sozialisten entgegengestreckt: »Heute greift die faschistische Konterrevolution die bürgerliche Demokratie an ... Heute haben die werktätigen Massen in einer Reihe von kapitalistischen Ländern konkret zu wählen nicht zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus[11].« Eine reichlich verspätete Erkenntnis, deren Fehlen in Deutschland dazu geführt hatte, daß die Kommunisten jahrelang mithalfen, die bürgerliche Demokratie zugrunde zu richten.

Das wurde ihnen jetzt auch angekreidet: »In Deutschland kämpften sie gegen die Weimarer Republik nicht deshalb, weil sie eine Republik war, sondern deshalb, weil sie eine *bürgerliche* Republik war, die die revolutionäre Bewegung des Proletariats unterdrückte, besonders in den Jahren 1918 bis 1920, 1923. Konnten aber die Kommunisten diese Stellung auch noch dann einnehmen, als die faschistische Bewegung ihr Haupt zu erheben begann, als zum Beispiel 1932 in Deutschland die Faschisten Hunderttausende von SA-Leuten gegen die Arbeiterklasse organisierten und bewaffneten? ... Der Fehler der Kommunisten ... in Deutschland bestand darin, daß sie die eingetretenen Veränderungen nicht berücksichtigten, sondern fortfuhren, jene Losungen zu wiederholen und auf jener taktischen Position zu verharren, die vor einigen Jahren richtig waren, besonders zur Zeit, ... als sich um das Banner der Weimarer Republik, wie das 1918 bis 1920 der Fall war, die ganze deutsche Konterrevolution scharte[12].«

Dimitroff dachte nicht daran, einzugestehen, daß die »Losungen« auf Befehl Moskaus »wiederholt« worden waren. Er bemerkte tadelnd, daß nach wie vor in den kommunistischen Reihen »Angst vor der Aufstellung positiver demokratischer Forderungen zu verzeichnen« sei und zog wiederum Lenin als Kronzeugen heran,

der gesagt habe: »Es wäre ein grundlegender Fehler, zu glauben, daß der Kampf für die Demokratie imstande sei, das Proletariat von der sozialistischen Revolution abzulenken ...« Eingedenk dieser Worte Lenins müsse »man sich vor allem von der schematischen Behandlung der Frage der Verteidigung der bürgerlichen Demokratie freimachen[13]«.

Damit war der Weg zu Bündnissen jeglicher Spielart frei geworden, und es war nur folgerichtig, daß auch Regierungen der Einheitsfront nicht nur gutgeheißen, sondern als »unmittelbare praktische Aufgabe« bezeichnet wurden, Regierungen der Einheitsfront und – was noch weiter ging, weil es auch bürgerliche Verbündete einbezog – Regierungen der »antifaschistischen Volksfront[14]«. Was nun die Frage angehe, ob die proletarische Einheitsfront den Vorrang vor der antifaschistischen Volksfront habe oder umgekehrt, so, meinte Dimitroff, dürfe man auch sie nicht schematisch behandeln. »Natürlich müssen wir überall eine breite Volksfront des Kampfes gegen den Faschismus anstreben. Aber in einer ganzen Reihe von Ländern werden wir über allgemeines Gerede über die Volksfront nicht hinauskommen, wenn wir es nicht verstehen werden, durch die Mobilisierung der Arbeitermassen den Widerstand der Sozialdemokratie gegen die einheitliche Kampffront des Proletariats zu brechen.« Das gelte vor allem für Länder, in denen »die Arbeiterklasse die Mehrheit der Bevölkerung« ausmache wie in England, Belgien oder den skandinavischen Ländern. Anders stehe es mit Ländern, in denen sich »neben der Arbeiterbewegung eine starke Bauernbewegung entwickelt habe wie etwa in Polen oder Spanien. Dort müsse die Bemühung um eine Einheitsfront der ideologisch stark zersplitterten Arbeiterschaft, ehe man sich um die Bildung einer antifaschistischen Volksfront kümmere, dazu führen, daß zwischen Arbeiter- und Bauernschaft ein verhängnisvoller Keil getrieben werde. Also auch in dieser Hinsicht Beweglichkeit, denn »Universalismus in einer solchen Sache, die Anwendung ein und derselben Rezepte auf alle Länder wäre gleichbedeutend ... mit Ignoranz. Ignoranz aber muß man sogar dann und am meisten prügeln, wenn sie in der Hülle universeller Schemen auftritt[15]«.

Als habe man Angst vor der Kühnheit dieses dialektischen Balanceaktes bekommen, baute man hier und da Rückversicherungen ein, die wie das Gegenteil dessen klangen, was Dimitroff gefordert hatte, die sich wie Zeugnisse der von Dimitroff gegeißelten »universalistischen Ignoranz« ausnahmen, im Grunde genommen aber wohl vor allem der Unsicherheit gegenüber der Reaktion der eigenen Genossen entsprangen. Sie änderten wenig am Tenor der Kongreßreden und korrigierten noch weniger die neue Generallinie, aber sie ließen blitzartig erkennen, in welchem Maße diese neue Linie taktisches Manöver war. So betonte etwa die Resolution zum Bericht Dimitroffs, daß die Schaffung einer einheitlichen Partei der Kommunisten und Sozialisten nur möglich sei unter der Bedingung der »völligen Unabhängigkeit von der Bourgeoisie und völligen Zerreißung des Blockes der Sozialdemokratie mit der Bourgeoisie, unter der Bedingung der vorherrschenden Verwirklichung der Aktionseinheit, unter der Bedingung der Anerkennung der Notwendigkeit des revolutionären Sturzes der Herrschaft der Bourgeoisie und der Errichtung der Diktatur des Proletariats, in der

Form der Sowjets[16]«. Vielleicht war es einfach die – bestimmt nicht ganz ungerechtfertigte – Überzeugung, daß keiner der Bundesgenossen, die in Zukunft umworben werden sollten, das Protokoll des Kongresses in allen Einzelheiten nachlesen werde? Auf andere Weise wären derartige falsche Zungenschläge nur schwer zu erklären.

Endgültig aber hätte die Sozialdemokratie begreifen müssen, was hinter der neuen Linie der Komintern zu suchen war, als Manuilski in seiner Rede auf dem VII. Weltkongreß die Schwenkung historisch zu begründen suchte: »Manchen scheint es, daß das heutige Verhalten der Kommunistischen Internationale zur Sozialdemokratie in schreiendem Widerspruch zu der Position des Bolschewismus steht, der während seiner ganzen Geschichte unbarmherzig gegen die Menschewiki gekämpft hat... Im Jahre 1910 z. B. traten die Bolschewiki in einen Block mit den parteitreuen Menschewiki zum Kampfe gegen die rechten und linken Liquidatoren. Bedeutet das, daß durch den Eintritt in diesen Block die Bolschewiki gegenüber dem Menschewismus abrüsteten?... Keinesfalls. Durch diesen Block spalteten die Bolschewiki die Menschewiki und versetzten, indem sie einen Teil der Menschewiki zum Parteistandpunkt überzugehen halfen, eben dadurch dem Menschewismus als einer Strömung, die den Einfluß der Bourgeoisie auf das Proletariat übertrug, einen Schlag[17].« Eine prägnantere Darstellung dessen, was die Kommunistische Internationale unter Einheitsfront und gemeinsamer Aktion in Wirklichkeit verstand, hätte der schlimmste Feind des Kommunismus nicht formulieren können!

In seiner Mai-Rede hatte Dimitroff jedoch mit Befriedigung darauf hingewiesen, daß es Beispiele für gemeinsame Aktionen der Arbeiterschaft bereits gebe. So sei zur Zeit des Reichstagsbrandprozesses »zur Verteidigung der unschuldig angeklagten Kommunisten eine Einheitsfront im Weltmaßstabe« entstanden, die nach dem Leipziger Prozeß »weitere Fortschritte« gemacht habe: Wir haben bereits ein formelles Abkommen der französischen Sozialistischen Partei über die Aktionseinheit, ein Abkommen der italienischen Kommunisten mit den italienischen Sozialisten, Abkommen einer Reihe von kommunistischen mit sozialistischen und mit einer Reihe antifaschistischer Organisationen[18].«

Die gleiche Rede hatte aber auch seinen ekstatischen Ausruf enthalten: »Für jeden ehrlichen Arbeiter in Frankreich oder England, in Amerika oder Österreich, Deutschland oder Spanien, in China oder Japan, in den Balkanländern oder auf den Kanarischen Inseln – für jeden ehrlichen Arbeiter ist Moskau *sein* Moskau, die Sowjetunion – *sein* Staat[19].« Solche unvorsichtigen Dithyramben wurden auf dem VII. Weltkongreß weitgehend vermieden, hatte der Wolf doch, wie es im Märchen so schön heißt und wie Wilhelm Röpke, auf die Koexistenzangebote der Russen anspielend, einmal so treffend sagte, Kreide gefressen, um seine Stimme geschmeidig und einschmeichelnd zu machen. Da wäre es unklug gewesen, den sieben Geißlein, die man zu verschlingen gedachte, mitzuteilen, daß man nicht die liebe Mutter, sondern der böse Wolf war. So ganz konnte man aber doch nicht verschweigen, wer man in Wirklichkeit war. Darum endete Dimitroffs Schlußwort zur Diskussion über seinen Bericht in der gewohnten Tonart enthusiastischer Überheblichkeit: »Die Arbeiter-

klasse hat das begeisternde Beispiel der Sowjetunion vor sich, des Landes des siegreichen Sozialismus, das Beispiel dessen, wie man den Klassenfeind besiegen, die eigene Macht aufrichten und die sozialistische Gesellschaft aufbauen kann . . . Die Arbeiterklasse besitzt eine starke, geschlossene revolutionäre Avantgarde, die Kommunistische Internationale. Sie besitzt den erprobten und anerkannten, großen und weisen Führer *Stalin*[20].«

Der »weise Führer« Stalin hatte die Kehrtwendung des VII. Weltkongresses allerdings keineswegs im stolzen Vertrauen auf die Macht der Sowjetunion, auf die führende Rolle der »starken, geschlossenen revolutionären Avantgarde, der Kommunistischen Internationale« angeordnet. Im Gegenteil: Daß er der Komintern, diesem Instrument seiner Außenpolitik, befahl, alle Grundsätze fahren zu lassen und Pakte mit den erbitterten Feinden von gestern zu suchen, war nur die Krönung seiner Annäherungsversuche an den Westen, die bereits 1934 begonnen hatten und seiner wachsenden Angst vor einer Isolierung der Sowjetunion entsprangen. Die Prognose, die er einst Heinz Neumann gegenüber geäußert hatte, daß Hitler in einen kriegerischen Konflikt mit den Westmächten geraten werde, hatte sich bislang nicht erfüllt. Statt dessen beunruhigten ihn im Westen Deutschlands Annäherungsversuche an Polen, im Osten der immer aggressiver werdende Imperialismus Japans. Schon im Jahre 1934 hatte Stalin Anschluß an den Völkerbund gesucht, den Deutschland und Japan soeben verlassen hatten.

Dem Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund waren dialektische Drahtseilakte vorausgegangen, die denjenigen des VII. Weltkongresses in nichts nachstanden. Wie jede Institution der demokratisch regierten Welt, hatte Moskau auch den Völkerbund seit seiner Gründung nur mit Geringschätzung betrachtet. Ihn für die Kommunisten salonfähig zu machen, war unter anderem Karl Radek, dem »intellektuellen Jongleur[21]« vorbehalten, der damals – wieder in Gnaden in die Partei aufgenommen – als außenpolitischer Ratgeber Stalins wirkte. Er schrieb: »Der Völkerbund erwies sich als unfähig, der politische Ausdruck der ›organisierten‹ kapitalistischen Welt zu sein, ihre Interessen in Einklang zu bringen und ihre Expansion gegen die Sowjetunion zu lenken . . . Der Völkerbund ist außerstande, die Rüstungen zu vermindern und den Frieden zu sichern . . . Alles, was die Bolschewiki bei der Entstehung des Völkerbundes darüber gesagt haben, hat sich vollkommen bestätigt.« Doch, fuhr Radek fort, auch Staaten, die an der Erhaltung des Friedens interessiert seien, gehören dem Völkerbund an. Darum habe Stalin auf die Frage des amerikanischen Journalisten Duranty, ob er dem Völkerbund »immer ausnahmslos ablehnend« gegenüberstehe, geantwortet: »Nein, nicht immer und nicht unter allen Umständen . . . Ungeachtet des Austritts Deutschlands und Japans . . . kann der Völkerbund ein gewisses Hemmnis sein, um den Ausbruch von Kriegshandlungen aufzuhalten oder zu verhindern. Falls dem so ist, . . . dann sind wir nicht gegen den Völkerbund. Es ist dann nicht ausgeschlossen, daß wir den Völkerbund ungeachtet seiner kolossalen Unzulänglichkeiten unterstützen.« Was war das? Waren es Unstimmigkeiten, Widersprüche? Vertrat etwa Radek eine andere Meinung als sein Meister? Nein, es war die »Dialektik der Geschichte«! »So grundlegend«, triumphierte Radek, »veränderte

sich die historische Entwicklung der Rolle des Völkerbundes[22]«. In diesen durch die historische Entwicklung geläuterten Völkerbund konnte die Sowjetunion am 19. September 1934 eintreten, ohne sich etwas zu vergeben. Es war offenbar die gleiche »Dialektik der Geschichte«, welche die Kommunisten auf dem VII. Weltkongreß zu »Demokraten« werden ließ. Kurz, es war ein Triumph der Mimikry.

Allerdings war es ein ziemlich leicht errungener Triumph. Der Zeitpunkt war außerordentlich günstig gewählt. Antifaschismus war ein Zauberwort, das viele Türen aufschloß. Nicht wenige Türen blieben jedoch nach wie vor verschlossen. Das sollten die deutschen Kommunisten bald erfahren. Kurz nach der Schlußsitzung des VII. Weltkongresses versammelten sich etwa 40 deutsche Kommunisten zur sogenannten Brüsseler Parteikonferenz, die in Wirklichkeit in der Nähe Moskaus stattfand und ihren Namen nur aus Gründen der Tarnung erhielt. Außer den Mitgliedern des Auslandskomitees der KPD, einigen Vertretern des ehemaligen Zentralkomitees, darunter auch solchen, die als Emigranten in Moskau lebten, wurden Bezirkssekretäre und Funktionäre der illegalen Partei aus Deutschland zu dieser Tagung gerufen. Die deutschen Kommunisten waren von der neuen Politik der Komintern am stärksten betroffen, ihre bisherige Haltung war am heftigsten kritisiert worden. Daher mußten sie ihre Linie am gründlichsten korrigieren.

Herbert Wehner, der als leitender Funktionär an der »Brüsseler Konferenz« teilnahm, schrieb in seinen bereits erwähnten autobiographischen »Notizen«, daß »die Zusammensetzung der Konferenz viel zu wünschen übrig ließ. Unter den Delegierten waren nur wenige, die ich als bodenständige Funktionäre bezeichnen möchte[23]«. Die »Bodenständigkeit« der Funktionäre dürfte auf dieser Tagung nicht ausschlaggebend gewesen sein; auf ihr ging es vor allem darum, die Schuld an der Niederlage der KPD von 1933 auf andere abzuwälzen, vor allem auf die »Fraktionisten« Neumann und Remmele, die nicht zu dieser Konferenz zugelassen waren. Ihnen wurde von neuem falsche Politik gegenüber den Nationalsozialisten vorgeworfen, und auch alle jene Fehler wurden ihnen aufgebürdet, die auf das Konto der Generallinie des EKKI gingen. Darüber hinaus nahm der interne Kampf um die Nachfolge Thälmanns, um die Bildung der neuen Parteispitze, einen breiten Raum ein. Thälmann saß im Zuchthaus, John Scheer war von den Nazis ermordet worden, jetzt sah Ulbricht seine Zeit gekommen; jetzt galt es alle diejenigen auszuschalten, die ihm den Anspruch auf die Parteiführung streitig machen könnten.

Das Manuskript Herbert Wehners, der 1935 ein Gefolgsmann Ulbrichts war, verrät die Methoden, mit denen auf der Brüsseler Konferenz um die Macht in der Partei gekämpft wurde. »Daß im Hintergrunde auch noch andere überraschende Lösungen erwogen wurden, sah ich ... daran, daß bei einem meiner Besuche in Barwicha Heinz Neumann bei Manuilski zu Gaste war, um ihn zur Zustimmung für seinen Wiedereintritt in die deutsche Parteiarbeit zu gewinnen. Manuilski, der Neumann immer gewogen gewesen war und ihn wegen seiner intellektuellen Wendigkeit schätzte, zeigte sich nicht abgeneigt ...« Für Ulbricht und somit auch für Wehner war Neumann das rote Tuch, und so mußte alles getan werden, um diese Gefahr abzuwenden. »Bevor es zur Wahl

des Zentralkomitees kam, traf eine von Heinz Neumann an die Konferenz adressierte umfangreiche Erklärung ein«, berichtet Herbert Wehner weiter, »durch die er um die Wiedereinreihung in die deutsche Parteiarbeit ersuchte. Ich wußte, daß der anwesende Smoljansky bei dieser Erklärung Pate gestanden hatte; es handelte sich offenbar um einen ernstzunehmenden Versuch, Neumann wieder anzubringen. Zusammen mit einigen anderen Genossen wandte ich mich gegen die Annahme der Erklärung. Durch eine Abstimmung wurde sie zurückgewiesen, weil diesen Beteuerungen Neumanns kein Vertrauen entgegenzubringen sei ... Mir erschien die Möglichkeit seiner Rückkehr in die deutsche Parteileitung als eine der verhängnisvollsten Varianten[24]«. Diese Meinung teilte Wehner sicherlich mit Ulbricht. Ab April 1937 hatten sie nicht mehr zu befürchten, Neumann könne je wieder in die »deutsche Parteileitung zurückkehren«. Diese Sorge nahm ihnen die NKWD ab. Das gleiche Schicksal teilten die Genossen Schubert und Schulte, die zum Thälmannschen Zentralkomitee gehört hatten, von Ulbricht und seinen Gefolgsleuten auf der Brüsseler Konferenz »abgeschossen« wurden und im Jahre 1937 für immer in den Gefängnissen Sowjetrußlands verschwanden.

Mitglieder, bzw. Kandidaten des neuen Politbüros waren Ulbricht, Pieck, Wehner, Florin, Heckert, Dahlem, Merker, Ackermann und Thälmann. Der im nazistischen Zuchthaus sitzende Thälmann konnte Ulbricht nicht mehr gefährlich werden; ihn konnte er sich als Aushängeschild leisten. Die auf der Brüsseler Konferenz verkündete politische Linie entsprach natürlich derjenigen des VII. Weltkongresses, und so wurde in der abschließenden Resolution die »Schaffung einer einheitlichen politischen Massenpartei, ... die Schaffung der antifaschistischen Volksfront, die Vereinigung aller Gegner des faschistischen Regimes auf ein politisches Kampfprogramm gegen die faschistische Diktatur ...« gefordert[25].

Wie das in Deutschland, wo die Partei in die Illegalität gedrängt worden war, vor sich gehen sollte, erklärte die neue Parteiführung unter der Rubrik »Die nächsten Aufgaben der deutschen Kommunisten«. Sie nahm »zur Lebensmittelknappheit und Teuerung, zur Vorbereitung der Vertrauensrätewahlen, zum verschärften faschistischen Terror und den Massenprozessen« Stellung, entwarf also ein Bild von Deutschland, in welchem sich richtige Erkenntnisse bunt mit unfundierten Wunschvorstellungen mischten, und forderte »die Schaffung der Einheitsfront ... Von der Verständigung zwischen den kommunistischen, sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und christlichen Funktionären und Gruppen über die gemeinsame Verteidigung der täglichen Interessen der Werktätigen hängt es entscheidend ab, wie weit sich die Empörung der Massen zu Widerstandsaktionen und zur Schwächung des faschistischen Regimes steigert ...[26]«

Mit schönen Worten allein ließ sich die Einheitsfront jedoch nicht herstellen. Daher fuhren Ulbricht und Koenen nach Prag, um im Gespräch mit zwei Mitgliedern des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Stampfer und Vogel, die Grundzüge einer Einheitsfront zwischen den beiden Parteien festzulegen. Sie erhielten eine eindeutige Abfuhr. Anstatt aber über diesen Mißerfolg mit Stillschweigen hinwegzugehen und es auf weitere, möglicherweise geschicktere Versuche ankommen zu lassen, verfielen sie sofort in ihren alten,

in Moskau jetzt so unpopulären Fehler und veröffentlichten ihre Version dieser Zurückweisung, um den Vorstand der SPD als Saboteure der Einheitsfront anzuprangern. Nun gaben auch die Sozialdemokraten bekannt, warum sie eine Zusammenarbeit abgelehnt hatten. »Die SPD mißtraute der neuen Wendung, die sie nur für ein taktisches Manöver hielt. Sie erinnerte die Kommunisten daran, daß sie jahrelang die Einheitsfrontparole als Kampfmittel gegen die SPD mißbraucht hatten. Sie wollte bei ihren Parteimitgliedern im Dritten Reich nicht den Eindruck erwecken, als ob sie zu den Bolschewiki übergegangen wäre.« Der entscheidende Einwand der sozialdemokratischen Parteiführung aber war: »Für die SPD war die Demokratie kein taktisches Mittel, sondern das Endziel; sie wollte das ganze deutsche Volk von der Hitlerdiktatur befreien, während das Endziel der Kommunisten nach wie vor die Diktatur des Proletariats blieb[27].« Schon der erste Versuch der deutschen Kommunisten, die Linie des VII. Weltkongresses in die Tat umzusetzen, war damit fehlgeschlagen. Auch weiterhin blieben Ulbrichts Auslandskomitee Erfolge in dieser Richtung versagt. Lediglich mit kleinen linken Splittergruppen innerhalb der SPD kam es zu einer Zusammenarbeit, die politisch jedoch wirkungslos blieb.

Was der »offiziellen« Führung der KPD nicht gelang, das erreichte der fähige Propagandist Münzenberg. Am 2. Februar 1936 bildete er in Paris ein »Komitee zur Schaffung der Deutschen Volksfront«. An der Gründungsversammlung nahmen 118 linksgerichtete Politiker und Intellektuelle teil, unter ihnen bekannte Schriftsteller wie Heinrich Mann, Emil Ludwig, Lion Feuchtwanger, Ernst Toller. Auch namhafte Sozialdemokraten befanden sich darunter, so Rudolf Breitscheid und Bernhard Grzesinski. Aber auch Münzenberg gelang es nicht, Zugang zum Parteivorstand der SPD zu finden. Die Sozialdemokraten, die seinem Komitee beitraten, taten es als Privatpersonen, ohne offizielle Billigung ihres Vorstandes. Doch nicht allein Linksorientierte stießen, beunruhigt durch die Festigung der nationalsozialistischen Macht in Deutschland, zu Münzenberg, sondern auch bürgerliche deutsche Politiker wie Otto Klepper, der Finanzminister der letzten preußischen Regierung, und Karl Spiecker, der ehemalige Pressechef im Kabinett Brüning, liberale Journalisten wie Leopold Schwarzschild und Georg Bernhard. Doch den Münzenbergschen Bemühungen war kein dauernder Erfolg beschieden. Der Einfluß der kommunistischen Parteiführung machte sich immer deutlicher bemerkbar. Das mußte zu Unstimmigkeiten führen, da sich sehr bald herausstellte, daß die Kommunisten nicht etwa an einer gleichberechtigten Zusammenarbeit interessiert waren. Für sie war das Pariser Volksfront-Komitee nichts als ein Werkzeug ihrer Politik. Bald brach Münzenbergs Schöpfung auseinander. Als mit dem Abschluß des Stalin-Hitler-Paktes die gesamte Volksfrontpolitik gescheitert war, bestand von Münzenbergs Komitee schon längere Zeit keine Spur mehr. Als letzter hatte der unermüdliche und bedenklich leichtgläubige Heinrich Mann ausgehalten. Auch der Spiritus rector Münzenberg hatte sich inzwischen von der Komintern gelöst.

Mit der auf dem VII. Weltkongreß vollzogenen taktischen Schwenkung erreichte die Komintern noch einmal, wenn auch nur für kurze Zeit, ein erstaunliches Ansehen in der westlichen Welt. Im Jahre 1935 brachte es Moskau fertig,

da es nun »auf die unpopulären bolschewistischen Schlagworte verzichtete, mit denen es in beinahe zwei Jahrzehnten nicht gelungen war, auch nur in einem einzigen fremden Land festen Fuß zu fassen, die Hochburgen der Zivilisation als Vorkämpfer des Friedens und der Demokratie, als Todfeind Hitlers« zu betreten. »In Großbritannien . . . gelang es, mit den antifaschistischen Schlagworten eine ansehnliche Zahl von Studenten, Schriftstellern und Gewerkschaftsführern einzufangen . . .[28]« Spektakuläre Resultate zeitigte die Volksfrontpolitik der Komintern aber nur in zwei Ländern, in Spanien und in Frankreich, wo die Kommunisten gemeinsam mit den Sozialisten sogenannte Volksfrontregierungen bildeten.

Moskau ließ es jedoch nicht allein bei einer Verkündigung seiner neuen Linie bewenden. Im Juni 1936 setzte es die Welt – und zweifellos auch das russische Volk – durch die Vorlage einer neuen Verfassung in Erstaunen, die mit Freiheiten nur so um sich warf. Im Artikel 125 versprach sie »Freiheit des Wortes, Freiheit der Presse, Freiheit der Versammlungen und Meetings, Freiheit der Straßenumzüge und Kundgebungen«. Der Artikel 127 sicherte »den Bürgern der UdSSR die Unantastbarkeit der Person. Niemand darf ohne Gerichtsverfügung oder ohne Zustimmung des Staatsanwalts verhaftet werden«, und das zu einer Zeit, da die Vorbereitungen zu den großen Schauprozessen bereits in vollem Gange waren. Im Artikel 128 hieß es: »Die Unantastbarkeit der Wohnung der Bürger und das Briefgeheimnis werden durch das Gesetz geschützt[29].« Das Echo auf diesen Katalog von Freiheiten, die man in Wirklichkeit niemals zu gewähren gedachte, entsprach den kühnsten Erwartungen. In Villeneuve begeisterte sich Romain Rolland: »Diese Verfassung bedeutet die Errichtung der wahren Demokratie, die nur in der klassenlosen Gesellschaft möglich ist; sie ist die Verwirklichung der großen Losungen, die bisher nur der Traum der Menschheit waren: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.« Und André Gide verstieg sich angesichts dieser Verfassung, die er als »natürliche Krönung« dessen bezeichnete, »was mit solch ungeheurer Energie geschaffen wurde«, zu der Prophetie: »Der kapitalistische Staat hat nichts mehr zu bieten. Wer ihn noch unterstützt, beginnt allmählich zu begreifen, daß vor ihm eine Sackgasse und der Tod stehen[30].«

Als Münzenberg im Frühjahr 1936 aus Moskau nach Paris zurückkehrte, brachte er nicht nur Mutter und Schwester von Luiz Carlos Prestes mit, um seinem Propagandafeldzug für die Rettung des brasilianischen Freiheitshelden Nachdruck zu verleihen, sondern auch den Auftrag, eine andere seiner Propagandaideen vorzubereiten. Im Herbst sollte ein Weltfriedenskongreß abgehalten werden. Man mußte die moskaufreundliche Stimmung ausnutzen und der Welt mehr denn je vor Augen halten, daß keine Macht ehrlicher am Frieden interessiert war als die Sowjetunion. Der Sommer des Jahres 1936 stand ganz im Zeichen der kommunistischen Friedenspropaganda: »Das Land des Sozialismus, des Wohlstandes, das Hunger, Elend, Armut und Erwerbslosigkeit für immer beseitigt hat, ist in den Augen der Massen der ganzen Welt der Hort des Friedens[31].« Es gelang den Organisatoren, die wie immer weitgehend im Hintergrund blieben, tatsächlich, Anfang September in Brüssel einen von zahlreichen sympathisieren-

den und liberalen Intellektuellen aus aller Welt besuchten Kongreß zustande zu bringen, der nicht zuletzt den Zweck hatte, die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit ein wenig vom Schauprozeß gegen Sinowjew, Kamenew und weitere 14 alte Kommunisten abzulenken, der kurz zuvor in Moskau stattgefunden hatte.

Es war ein denkwürdiges Jahr in der Geschichte der Sowjetunion und der Komintern! Hatte man, von einigen unverbesserlichen Reaktionären abgesehen, nicht die ganze Welt in der Tasche!? Eine erkleckliche Portion der Selbstbeweihräucherung für diese Siege entfiel auf den Genossen Dimitroff, den Manuilski auf dem VII. Weltkongreß mit feuriger Begeisterung als den »Steuermann der Komintern« apostrophiert hatte, obgleich er natürlich nichts anderes gewesen war als das Sprachrohr Stalins. Die unaufhörlichen Lobeshymnen ließen mich zurückdenken an die Zeit, als ich den Gefeierten zum erstenmal getroffen hatte.

Im Jahre 1929 hatte er mit seiner Frau Ljuba längere Zeit in meiner Potsdamer Wohnung gelebt. Als das Ehepaar einzog, kannte ich weder ihren richtigen Namen noch wußte ich etwas über ihre Tätigkeit, denn sie kamen als »illegale Genossen« zu mir und lebten unter den strengen Bedingungen der Konspiration. Er nannte sich »Helmuth«, sie trat als »Klara« auf. »Helmuth« sah keineswegs so aus, wie ich mir einen illegalen Berufsrevolutionär vorgestellt hatte. Sein Gesicht war alles andere als asketisch oder von Fanatismus geprägt. Er wirkte eher wie ein zur Fülle neigender Opernsänger mit seinem massigen Schädel, der von dunklen Locken bedeckt war. Seine Stimme war laut und satt, und bei jedem Anlaß brach er in ein dröhnendes Gelächter aus. Alles an diesem Mann strahlte Lebensfreude aus. Wenn mir damals jemand gesagt hätte, daß dieser »Helmuth« Leiter des WEB, des Westeuropäischen Büros, sei, jener Institution, die in Verbindung mit der OMS arbeitete, hätte ich ihn ausgelacht. »Helmuth« war der klassische Typ des Draufgängers, ein lustiger Kerl, der alle angenehmen Seiten des Lebens liebte und vor allen Dingen die Frauen. Da ich damals keine Ahnung hatte von seiner illegalen Tätigkeit im Kominternapparat, war ich absolut bereit, diese seine Schwäche zu entschuldigen. Manchmal allerdings konnte ich es mit der so streng anempfohlenen Konspiration nicht in Einklang bringen, wenn mein »Berufsrevolutionär« sich nach Mitternacht auf dem Potsdamer Bahnhof vor Abgang des letzten Vorortzuges unter den indignierten Blicken der im Zuge sitzenden Potsdamer mit leidenschaftlichen Küssen und Umarmungen von seiner Freundin verabschiedete. Erst im Spätherbst 1929, kurz bevor das Ehepaar bei mir auszog, erfuhr ich durch einen Zufall, daß mein Untermieter »Helmuth« in Wirklichkeit Georgi Dimitroff hieß.

Als Dimitroff und seine beiden Mitarbeiter Taneff und Popoff im Februar 1933 von der Gestapo verhaftet wurden, hatte er wieder einmal gegen die Regeln der Konspiration verstoßen. Die drei saßen ein paar Tage nach dem Reichstagsbrand im »Bayernhof« in Berlin, einem von Nazis wimmelnden Bierlokal, und unterhielten sich auf bulgarisch, weil nur Dimitroff die deutsche Sprache beherrschte. Ein Kellner, der Mitglied der NSDAP war, zeigte sie an. Als Dimitroffs Frau Ljuba, die zu jener Zeit schon in Moskau lebte, von der Verhaftung erfuhr, beging sie Selbstmord.

Georgi Dimitroff wurde durch seine Haltung im Prozeß um den Reichstags-

brand in den Augen aller Antifaschisten zu einem Helden. In der Tat war dieser lebensvolle bäurische Mann seinen Richtern und dem »Zeugen« Göring weit überlegen. Dimitroff mag zwar gewußt haben, ehe er im Berliner Gerichtssaal seine mutige Schlußrede hielt, daß es bereits eine geheime Abmachung zwischen der Gestapo und der NKWD gab, ihn und seine beiden Mitarbeiter nach Sowjetrußland auszuliefern, dennoch war seine Haltung bewunderungswürdig. Dieser Mensch hatte trotz des demoralisierenden Lebens als Befehlsempfänger Moskaus seine Persönlichkeit bewahrt. Seine Verwandlung vollzog sich erst, als er auch räumlich in den Bannkreis des Kreml geriet und in Moskau zu Amt und Würden aufstieg.

Schon bevor ich Dimitroff in Moskau wiedersah, erzählte man mir manches Negative von ihm; er habe sich die Allüren eines großen Mannes zugelegt und ähnliches mehr. Ich wollte es nicht glauben. Immer noch sah ich ihn vor mir, wie ich ihn in Potsdam gekannt hatte, nicht gerade ein bedeutender Mann, aber bestrickend in seiner lebensvollen und fröhlichen Art. Dann traf ich ihn eines Tages in Rublewo. Er erschien mit seiner neuen Gattin, einer resoluten Wienerin, die zu einer farbenprächtigen Toilette rote Glacéhandschuhe trug und geradezu beängstigend aussah. Dimitroff hatte sich sehr verändert. Alle Offenheit, alle heitere Großzügigkeit war aus seinem Gesicht verschwunden. Es war zur Maske des Funktionärs erstarrt. Er bewegte sich hölzern und unnatürlich und schien nur darauf bedacht, daß man ihm gegenüber auch ja die gebührende Distanz wahrte. Heinz Neumann und ich hatten damals ganz unter uns eine besondere Bezeichnung für diesen Typ des Funktionärs, und ich flüsterte Neumann erschüttert zu: »Gott, der Dimitroff ist auch eine ›Kalkfratze‹ geworden!«

Der Wolf frißt Kreide

1 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 1659.
2 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2603.
3 »Rundschau«, 1935, S. 2601.
4 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2601.
5 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2602.
6 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2603.
7 »Die Kommunstische Internationale« vom 25. Juli 1935, S. 16.
8 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2604.
9 »Die Kommunistische Internationale« vom 25. Juli 1935, S. 15.
10 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2602.
11 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2605.
12 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2605.
13 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2605.
14 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2604.
15 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2603.
16 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2622.
17 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2626.
18 »Die Kommunistische Internationale« vom 25. Juli 1935, S. 16.
19 »Die Kommunistische Internationale« vom 25. Juli 1935, S. 15.
20 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2610.
21 K. Mann, »Der Wendepunkt«, Frankfurt a. Main 1953, S. 350.
22 »Rundschau«, Jg. 1934, S. 1331.
23 Herbert Wehner, »Notizen«, S. 102.
24 Herbert Wehner, »Notizen«, S. 102, 105.
25 »Der neue Weg zum gemeinsamen Kampf aller Werktätigen für den Sturz der Hitlerdiktatur. Dokumente zur Geschichte der KPD aus den Jahren 1935 bis 1939.« Berlin o. J., S. 22 ff.
26 »Rundschau«, Jg. 1935, S. 2879.
27 B. L. Groß, »Die Volksfrontpolitik in den dreißiger Jahren« in »Das Parlament«, Bonn vom 24. Oktober 1962, S. 536.
28 W. G. Krivitsky, »Ich war in Stalins Dienst«, Amsterdam 1940, S. 86 f.
29 »Rundschau«, Jg. 1936, S. 1099.
30 »Rundschau«, Jg. 1936, S. 1133.
31 »Rundschau«, Jg. 1936, S, 1295.

* * * * * * *